

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),  
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanisch, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreizehnpennige Beitzelle oder deren Raum 80 A.

**Inhalt:** Nütze den Tag! — Amerikanische und deutsche Arbeiter. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Aus der Schweiz: Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. — Schlussbericht vom Bau Braunschweig. Verbot oder Reform der Affordarbeit? — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeitsschutz, Subventionen usw. — Jahresbericht über die Tätigkeit im Stadtbauamt III in Würzburg in Bezug auf den Arbeitsschutz. Bauarbeiterverhältnisse in Preußen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Treiben und mangelhaftes Abbinden des Zements.

## Nütze den Tag!

Nütze den Tag! Benütze die günstige Gelegenheit, arbeite und schaffe in der Zeit, die für deine Pläne am besten paßt! Das ist eine alte Lebensweisheit, die jeder kluge Mann befolgt.

Es ist die Zeit der Ernte. Das reife Korn rauscht in der Morgendämmerung, der Segen der Natur, der Preis mühseliger Arbeit harret des Schnüters. Aus den Frühnebeln hebt sich der Sonnenball, der wolkenlose Himmel verheißt einen heißen Tag. Einen Erntetag. Einen Tag, wo die Garben ungefährdet von Regengüssen unter das schützende Dach der Scheuer gebracht werden können. Von einem solchen Tage heißt es für den Landmann: nütze ihn! Geh' hinaus aufs Feld in den Sonnenbrand, verrichte dein Werk, solange es noch Zeit dazu ist. Säume nicht! Die nächsten Tage bringen vielleicht schon Sturm und Regen, die die Ernte zerstören; darum nütze den Tag!

Von hoher See kommt das Schiff mit Gütern beladen. Der Führer sieht das Gestade, das Ziel seiner Fahrt, wo er seine Ladung auf den Markt bringen will, um den Lohn für wochenlange Fahrnisse und Mühen zu erheben. Aber die Fahrtrinne, die zum Hafen führt, ist nur leicht, und wenn der Wasserstand nicht hoch genug ist, so gerät das Schiff auf den Grund und Tage können darüber hingehen, ehe es wieder flott ist. Doch es ist die Zeit der Flut. Von der See drängen die Wassermassen in die Fahrtrinne, ihr Spiegel erhöht sich mächtig — jetzt ist die Zeit für den Schiffer, sein Fahrzeug hineinzutreiben, jetzt gerät es nicht auf den Grund. Und wenn auch schon die dunklen Schatten der Nacht herniederstinken, nun darf er nicht ruhen, nun heißt es für ihn: nütze den Tag! Säumst du bis zum Morgen, so hat sich die Flut verlaufen und dein Schiff ist hier draußen festgebannt. Deine Ladung fehlt auf dem Markte, die günstige Gelegenheit ist verpaßt. Aber er wird nicht säumen, er wird die Zeit ausnützen und der Erfolg wird es ihm lohnen.

Auch für die Gewerkschaftsbewegung, für die gewerkschaftliche Agitation heißt es jetzt: nütze den Tag! Auch sie hat ihre günstigen und ungünstigen Zeiten. Wären wir nicht Toren, wenn wir die günstigen Tage nicht ausnützen wollten!

Ein Blick auf die bisherige Entwicklung der gesamten Gewerkschaftsbewegung wie auf die Entwicklung unseres Verbandes lehrt uns, daß es auch hier Zeiten gibt, die für die Werbearbeit ganz besonders die Gewähr des Erfolges in sich tragen. Und zwar wird diese Zeit für uns bestimmt durch die allgemeine Geschäftslage im Wirtschaftsleben, oder durch die Konjunktur, wie wir es mit einem Fremdwort bezeichnen. Die Gründung unseres Verbandes, wie auch das Aufleben der gesamten modernen Gewerkschaftsorganisationen nach dem Sozialistengesetz fiel in eine Zeit des größten wirtschaftlichen Tiefstandes; demzufolge stand die ganze ohnehin noch sehr schwache Bewegung völlig still. Dann kam mit dem Jahre 1896 ein Aufschwung und sogleich entwickelten sich die gewerkschaftlichen Organisationen. Der Aufschwung dauerte ungefähr bis zum Ausgang

des Jahrhunderts; schon mit dem Jahre 1900 kante die Konjunktur ab — und sofort tritt ein Stillstand der Gewerkschaften ein, der erst, als sich im Jahre 1903 die ersten Anfänge der wiederkehrenden Prosperität zeigten, einem weiteren großartigen Steigen der Mitgliederzahlen Platz machte. Die folgenden Zahlen lassen das recht deutlich erkennen.

Die Zunahme (+) resp. Abnahme (—) betrug:

In den Jahren	Bei allen Verbänden	Beim Maurerverband
1891—1895 .....	— 18484	+ 8260
1896—1900 .....	+ 421252	+ 67604
1901—1902 .....	+ 55696	+ 741
1903—1905 .....	+ 611597	+ 78688

Es ist also sowohl bei der Gesamtheit der Gewerkschaften wie bei unserem Verband die gleiche Erscheinung, die wir oben gekennzeichnet haben. Gegenwärtig stehen wir im Zeichen einer überaus günstigen Geschäftsperiode. Die große Industrie ist stärker als je beschäftigt. Im Baugewerbe ist, abgesehen von einigen Orten, dasselbe der Fall. Aber wie lange wird es noch dauern? Das kann kein Mensch sagen. Der Apparat der privatrechtlichen Produktion ist zu kompliziert geworden, das Wirtschaftsleben zu vielseitig und zu großartig, als daß es überhaupt noch nach dieser Richtung hin zu überblicken wäre. Darum ist es ungewiß, ob nicht schon die nächste Zeit schwere Geschäftskrisen bringen wird, oder ob die gegenwärtige Blüte noch einige Jahre anhält. Gewiß ist nur das eine, daß eine Umschwung kommt, früher oder später kommen muß.

Ein solcher Umschwung trifft die Arbeiter stets am schwersten. Seine erste Wirkung sind Arbeitsentlassungen. Aber dabei bleibt es nicht. Was das Kapital durch verminderte Beschäftigung an Profit nicht erhaschen kann, das sucht es durch größere Ausbeutung zu ertrogen. Jede Krise zeitigt Verluste des Unternehmertums, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Und diese Angriffe der Unternehmer abzuhewern ist dann äußerst schwer.

Darum heißt es für uns jetzt: Nütze den Tag! Noch stehen wir mitten in der Hochkonjunktur, noch können wir durch unsere Agitation Tausende und Abertausende der gewerkschaftlichen Organisation zuführen; noch ist es Zeit! Benützen wir sie, sie ist kostbar. Die mächtig angeschwollenen Unternehmervereinigungen handhaben immer struppelbarer das Mittel der Aussperrung. Schon in der für uns günstigen Zeit ist es nicht immer ganz erfolglos geblieben, wieviel mehr werden die Unternehmer in den Zeiten der Krise den Arbeitern schwere Wunden damit schlagen können. Es ist darum der natürliche Selbsterhaltungstrieb, der uns zwingt, alle Kräfte anzuspannen, um die Organisationen zu stärken; denn je stärker wir sind, um so stärker ist auch der Widerstand, den wir später leisten können. Die hocherkundlichen Fortschritte, die die Gewerkschaften in den letzten drei Jahren machen konnten, beweisen uns, daß unsere Arbeit auch noch weiter von Erfolg gekrönt sein wird, wenn wir mit zäher Begeisterung dafür wirken. Jetzt darf es kein Säumen, kein Ruhen und kein Besinnen geben; die Parole heißt Agitation! Noch ist es Tag, noch scheint die Sonne der Prosperität das Wirtschaftsleben. Darum nützen wir den Tag!

## Amerikanische und deutsche Arbeiter.

Ueber die amerikanischen Verhältnisse, namentlich über die Lage und die Bestrebungen der Arbeiter, sind in Europa viele unrichtige Anschauungen verbreitet. Um so dankenswerter ist es, daß in den letzten Jahren einige deutsche Gelehrte von Ruf, die Professoren

Philippowicz und Sombart, sich der Mühe unterzogen haben, Studienreisen dahin zu machen und nach und nach ihre Erfahrungen zu publizieren. Unlängst hat Sombart im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ (XXI. Band) „Studien zur Entwicklungs-geschichte des nordamerikanischen Proletariats“ veröffentlicht, die ein gutes Bild von den Verhältnissen dieses Proletariats und dem inneren Getriebe seines Lebens geben. Sombart geht von der Tatsache aus, daß in Nordamerika der Kapitalismus am stärksten entwickelt, die Kapitalkonzentration (Trustwesen) am weitesten fortgeschritten ist, und die Gegensätze zwischen arm und reich noch viel weiter ausgebildet sind als bei uns, und daß trotzdem dort von Sozialismus viel weniger zu spüren sei. Zur Erklärung dafür nimmt Sombart die allgemeine Weltanschauung der Amerikaner und ihr Parteilieben. Wir können es unterlassen, auf diese Beschreibung uns völlig fremder Verhältnisse näher einzugehen. Uns interessiert vornehmlich der Teil seiner Abhandlung, der sich mit der Stellung der Arbeiter zu den Unternehmern und mit der Lebensweise der Arbeiter beschäftigt. Und das um so mehr, als Sombart zum Vergleich deutsche Verhältnisse heranzieht.

Er untersucht zunächst den Unterschied in der Höhe der Geldlöhne und stellt die (bei der letzten amerikanischen Volkszählung mit festgestellten) Durchschnittslöhne den aus der deutschen Unfallversicherungsstatistik sich ergebenden Löhnen gegenüber. Der Unterschied ist ein auffallender. Durchschnitt der Verdienste in Deutschland im Jahresdurchschnitt ungefähr M. 894, in Amerika aber zwischen M. 1747 bis 2234. In der Eisen- und Stahlindustrie schwanken die Löhne in Deutschland zwischen M. 733 und 1014, in Amerika aber zwischen M. 1642 und 3074. Die Weberlöhne, diese sprichwörtlichen Hungerlöhne, schwanken in Amerika zwischen M. 1130 und 2192, in Deutschland zwischen M. 506 und 777. 41 pSt. der Tabakarbeiterinnen in Baden verdienen M. 4 bis 7 die Woche, weitere 46 pSt. M. 7 bis 12 und nur 8 pSt. mehr als M. 12. In Amerika fängt der Mindestlohn der Tabakarbeiterinnen erst bei M. 17 an, 44 pSt. verdienen M. 17 bis 25, 47 pSt. zwischen M. 25 und 38. Kurz, Sombart kommt zu dem Schluß, daß „die Geldarbeitslöhne in Amerika zweie- bis dreimal so hoch wie in Deutschland sind“.

Die Höhe der Geldlöhne sagt natürlich nichts über ihren Wert, über das, was man dafür kaufen kann. Hier einen internationalen Vergleich anzustellen, dürfte kaum möglich, jedenfalls sehr schwierig sein. Sombart vergleicht die Preise, aber auch die Ansprache an Nahrung, Wohnung und Kleidung. Aus seinen Berechnungen ergibt sich, „daß die Beschaffung der gleichen Menge notwendiger Unterhaltsmittel nicht wesentlich kostspieliger ist als in Deutschland“.

Aber der amerikanische Arbeiter verdient zwei- bis dreimal soviel Lohn als der deutsche. Was macht er mit diesem Lohnüberschuß? Sombart zeigt, daß die amerikanischen Arbeiter ihre Bedürfnisse viel reicher und besser befriedigen, als die deutschen: „Die besseren Arbeiterwohnungen drüben machen durchaus den Eindruck der Wohnung eines deutschen Mittelbürgers; sie sind mit guten Betten, bequemen Stühlen, Teppichen und so weiter reichlich ausgestattet. ... Es scheint, als ob der amerikanische Arbeiter sich erst nach und nach seine Einrichtung komplettiert, während der deutsche sich mit der ersten Anschaffung und den allernotwendigsten Reparaturen begnügen muß.“

Aus dem Vergleich der Haushaltsbudgets ergibt sich, daß der amerikanische Arbeiter fast dreimal so



viel Fleisch, dreimal so viel Mehl, viermal so viel Zucker als der deutsche verzehrt. Sombart faßt diesen Unterschied sehr hübsch in die Worte: „Der amerikanische Arbeiter speist schon, er ist nicht mehr bloß.“ Bei vielen unserer deutschen Arbeiter macht das „Essen“ sehr häufig den Eindruck eines hastigen Schlüssens, das nur dem Drang nach Befriedigung des Hungers dient. Auch die Kleidung der Arbeiter ist eine ganz andere als bei uns. Aus einem Buche zitiert Sombart: „Dort (in einer Fabrikfabrik) trugen viele, sogar gestärkte Hemden; die Kraven wurden während der Arbeit abgeknöpft und die — übrigens durchweg festgenähten — Manschetten bis zum Ellbogen zurückgeschlagen. Wenn es dann pfliff, sah man ihnen den Arbeiter kaum an. Viele benutzten zur Heimsahrt ihr Rad. Und mancher fuhr ab in elegantem Hut, gelben Schnürstiefeln und modischen Handschuhen, patent wie einer! Ungelernte Handarbeiter mit 1 1/4 Dollar (M. 5) Tagelohn!“

Eine Schriftstellerin beschreibt Arbeiterinnen, die während der Mittagspause in das Gasthaus zum Essen gehen, folgendermaßen: „Sie kamen in Gruppen, elegant gekleidet in rauschenden Seidenunterrocken, auf dem Hut einen ganzen Berg von Federn und Blumen. Künstliche Beiden, Glacehandschuhe, Gürteltaschen aus Silber, gestickte Kravatten, blühende Ringe vervollständigten die Toilette, bei der alles auf die Eleganz der Erscheinung angelegt war.“

Dass mit dieser Art der amerikanischen Arbeiter, zu leben in aufsteigender Richtung, sich die famose Spartheorie und -Praxis nicht verträgt, die man dem europäischen und vornehmlich dem deutschen Arbeiter von gewisser Seite so gern predigt, ist klar. Es bleibt dem amerikanischen Arbeiter nicht viel freier verfügbares Geld übrig. Er hat nur mehr vom Leben. Dahingegen ist aber auch nach Sombarts Schilderung „die Arbeit in Amerika eine viel anstrengendere, den Arbeiter viel mehr ausbeutende, als in Europa. Das Lohnsystem, verschiedene Mittel, durch die die Unternehmer den Arbeiter zur äußersten Anspannung seiner Kräfte anspornen, verbraucht die Arbeitskraft viel rascher. In Wirklichkeit steht die Sache so, daß dem deutschen Arbeiter noch immer mehr von seinem Lohn nach Abzug der notwendigen Ausgaben übrig bleibt als dem amerikanischen. Und doch, trotzdem dem deutschen Arbeiter somit mehr freies Einkommen übrig bleibt, hat er von diesem Einkommen nichts.“

Sombart glaubt die Erklärung für diese merkwürdige Tatsache darin gefunden zu haben, daß die ganze Differenz zwischen dem freien Einkommen des deutschen und des amerikanischen Arbeiters bei dem deutschen durch Ausgaben für alkoholische Getränke verschlungen wird. Von 2567 untersuchten amerikanischen Familien waren die Hälfte ganz abstinent. Die anderen Familien verausgabten im Jahresdurchschnitt M. 103. In Deutschland sind die

alkoholischen Getränke dreimal so billig als in Amerika. Berliner Familien verbrauchen aber im Jahre M. 111, also beinahe dreimal soviel. Dabei sind die Berliner noch die nüchternsten. Karlsruher Familien verbrauchen im Jahresdurchschnitt M. 219. Sie trinken im Jahre durchschnittlich 769 Liter Bier, 138 Liter Wein, 6 Liter Branntwein.

Interessant ist dann weiter, was Sombart über die Stellung des amerikanischen Arbeiters in der Gesellschaft und dem Unternehmertum gegenüber ausführt: „Wer jemals amerikanische Arbeiter oder Arbeiterinnen außerhalb der Fabrik oder der Werkstatt auch nur flüchtig beobachtet hat, hat auf den ersten Blick bemerkt, daß es sich um ein weitaus anderes Geschlecht handelt als bei uns. Wir haben schon, wie ich und oft elegant gekleidet die Arbeiter, und namentlich die Arbeiterinnen, ihren Weg zur Arbeitsstätte zurücklegen. Sie sind auf der Straße „Bürger“, ihrem Auftreten nach. Rein äußerlich fehlt das Stigma der Sonderklasse, wie es fast alle europäischen Arbeiter an sich tragen. Auch im Auftreten, im Blick, in der Art der Unterhaltung, nicht der amerikanischen Arbeiter grell vom europäischen ab. Er trägt den Kopf hoch, geht elastischen Schrittes und ist frei und fröhlich in seinem Ausdruck wie nur irgend ein Bürgerlicher. Das Gedröck, das Submissivität ihm. Er verkehrt mit jedermann wirklich — nicht nur in der Theorie — wie mit seinesgleichen. Der Gewerkschaftsführer, der an einem Festbankett teilnimmt, bewegt sich ebenso sicher auf dem Parkett, wie in Deutschland irgend eine Gzelle. Er trägt aber auch einen brillant stehenden Frackanzug, Lackstiefel, elegante Wäsche nach der neuesten Mode, so daß ihn auch äußerlich niemand vom Präsidenten der Republik zu unterscheiden vermag. Dieser Ton der „Gleichberechtigung“, auf den das gesellschaftliche und öffentliche Leben in den Vereinigten Staaten abgestimmt ist, herrscht nun aber auch innerhalb der kapitalistischen Unternehmung. Der rein geschäftliche Standpunkt bei der Behandlung des Lohnvertrages wurde von vornherein der herrschende. Die formelle Gleichstellung von Unternehmer und Arbeiter brauchte nicht erst in langem Kampfe erstritten zu werden. Noch heute sind selbst englische Arbeiter erstaunt über den respektvollen Ton, den Unternehmer und Werkmeister in den Vereinigten Staaten dem Arbeiter gegenüber einschlagen. Sind sie erstaunt über die Ungebundenheit des amerikanischen Arbeiters selbst in seiner Arbeitsstätte; sie wundern sich, daß er einen, zwei Tage auf Urlaub gehen kann, daß er austreten darf, um eine Zigarre zu rauchen, ja, daß er während der Arbeit raucht und sogar einen Zigarrenautomaten in seiner Fabrik zur Verfügung hat. Es ist auch eine Eigenart der amerikanischen Fabrikanten, daß sie in ihren Betrieben zwar die einfachsten Schutzvorrichtungen anzubringen unterlassen, daß sie sich nicht im geringsten um die objektiv gute Einrichtung der Werkstätten kümmern, die vielmehr überfüllt sind und verglichen,

daß sie dagegen bereitwillig alles tun, was vom Arbeiter subjektiv als Unnehmlichkeit empfunden werden könnte, das heißt, daß sie für „Komfort“ sorgen: Baderwannen, Duschgen, verschließbare Schränke, Temperierung der Arbeiterkammer, die im Sommer durch Ventilatoren gekühlt, im Winter angewärmt werden.“ Sombart berichtet dann auch, daß die amerikanischen Unternehmer es trefflich verstanden haben, den Arbeiter an dem Unternehmen zu interessieren. „So versuchen Aktiengesellschaften, ihre Aktien unter die Arbeiter zu bringen und sie dadurch zum „Teilhhaber“ der Fabrik zu machen. Sie haben auch die Gewohnheit, Anregungen, die aus den Kreisen der Arbeiter über die Verbesserungen des Betriebes kommen, bereitwillig zu erproben und, wenn sie sich brauchbar erweisen, sie nicht nur durchzuführen, sondern auch den Arbeitern, die die Erfindung gemacht haben, sie abzukufen. Kurz, der amerikanische Unternehmer ist nicht kleinlich, er braucht seinen Profit nicht aus mehr oder minder schmutzigen Praktiken zu holen.“

Somach könnte es scheinen, als sei Amerika ein „Paradies für die Arbeiter“. Sombart ist weit davon entfernt, dies glauben machen zu wollen. Er deutet scharf an, daß dort im Wesentlichen die Sache dieselbe ist, wie bei uns, wenn sie auch in anderen und für den Augenblick angenehmeren Formen auftritt. Ihm kommt es nur darauf an, vergleichsweise die günstigsten Seiten des amerikanischen Arbeiterlebens zu schildern. Doch er ist fest davon überzeugt, daß „alle Momente, die bis heute die Entwicklung des Sozialismus in den Vereinigten Staaten aufgehalten haben, im Begriff sind, zu verschwinden oder in ihr Gegenteil zu werden, und daß infolgedessen der Sozialismus im nächsten Menschenalter aller Voraussicht nach auch in der Union zu vollster Blüte gelangen wird.“

In einer anderen Zeitschrift, „Das Leben“, hat Sombart seine Ausführungen vor einigen Wochen ergänzt. Wir entnehmen daraus noch folgendes:

„Viele amerikanische Arbeiterfamilien hatten Wohnungen inne von durchschnittlich fast fünf Zimmern. Sider liegt der Durchschnitt der Zimmerzahl, über die die amerikanische Arbeiterfamilie verfügt, nicht weit unter vier, während man in Deutschland einen Durchschnitt von höchstens zwei wird annehmen dürfen. Für die viel ausgiebigere Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses zahlt nun aber der amerikanische Arbeiter kaum absolut mehr als der deutsche für seine so viel kleinere Wohnung, sicher aber einen viel geringeren Teil seines Lohnes. Das macht: die Mietpreise sind in Amerika verhältnismäßig niedriger, selbst wenn man nur den Gelddruck ins An. e faßt; die Geldlöhne aber sind zwei- bis dreimal so hoch als bei uns. Jede fünfzimmerige Wohnung kostet Doll. 118.4, das sind rund M. 500, jedes Zimmer kommt also auf M. 100 zu stehen. Da nun aber die 25.440 Familien der Enquete des arbeitsstatistischen Amtes in Washington ein Durchschnittseinkommen von Doll. 749.50, das heißt von M. 3148 bezogen, so

## Reiben und mangelhaftes Abbinden des Zements.

(Nachdruck verboten.)

Jeder Verarbeiter von Zement kennt die unangenehmen Begleiterscheinungen, die sich als Folgen mangelhaften Materials oder unrichtiger Behandlung leicht einstellen.

Da der Vorgang beim Erhärtungsprozess des Zements und seiner Mischung, des Sandbetons, noch nicht genügend geklärt ist und die Ergebnisse, daß durch Aufnahme von Wasser sowohl der gebundene Zement erhärtet, wie auch Sand mit ihm zu einer harten Masse verfestigt wird, wahrscheinlich nicht nur auf chemischen, sondern auch mechanischen Vorgängen beruht, ist es sehr leicht, bei der Verarbeitung oder Fabrikation Fehler zu machen, deren Ursachen sich nachher schwer feststellen lassen.

Eine sehr unangenehme Erscheinung ist das sogenannte Reiben des Zements. Es besteht darin, daß der Zement beim damit gefertigten Beton nach der Annahme mit Wasser und Vermauerung und nach der Erhärtung nach Rohsaure aus der Luft annimmt, die eine Ausdehnung des Mörtels veranlaßt. Eine unmittelbare Folge davon sind Sprengrisse in der Betonanlage oder dem Mauerwerk und sogar das Einstürzen samt hergestellter Anlagen. Die Ursache des Reibens ist gewöhnlich Schwachbrand, d. h. der Zement ist beim Brennen nicht bis zur Weißglut und vollständigen Sinterung im Ofen geblieben. Es können aber auch andere Fehler gemacht sein.

Eine Zementfabrik erhielt eine Zeitlang fortgesetzte Klagen über Reiben ihres Zements, obwohl beim Brand alle Vorsichtsmaßnahmen beachtet waren. Eine Analyse des Zements ergab einen Überschuß an schwefeliger Säure, der zunächst nicht erkannt werden konnte, da das Rohmaterial — Ton und Kreide — schwefelfrei war und Zufüge bei der Fabrikation nicht gemacht wurden. Schließlich stellte sich heraus, daß die zum Brennen benutzte Kohle Schwefel enthielt, der sich beim Brand als schwefelige Säure dem im Ofen befindlichen Zement mitteilte und so dessen Widerwertigkeit verursachte. Nach Auswaschung des Zementmaterials hörten die Reibererscheinungen auf.

Sehr häufig hört man auf Bauten die Klage, daß der Zement nicht hart werde, also nicht abbinde.

Die Behauptung der Verarbeiter, daß bei der Mörtelmischung nach Vorschrift verfahren sei, ist nun in den meisten Fällen schwer auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen, und so wird gewöhnlich der liefernden Fabrik der Fehler zugeschrieben. Es ist aber sehr leicht, hier Fehler zu machen, obwohl natürlich auch die Qualität des Zements Schuld an dem mangelhaften Abbinden tragen kann. Dies wird sicher dann der Fall sein, wenn der Zement feucht gelagert worden ist, also schon im Bag oder Sand teilweise abgedunden hat, oder wenn er zu hart gebrannt wurde, so daß er ins Schmelzen geriet. Sehr oft leidet aber der Zement erst auf der Baustelle, wo nicht immer passende Lagerräume vorhanden sind, durch Feuchtigkeit und wird ganz oder teilweise unbrauchbar. Das richtige Mischverhältnis von Zement und Sand, die korrekte Menge des Sandes und die verwandte Wassermenge sind nur durch die Erfahrung festzustellen; es ist also erklärlich, daß gerade hier bei Fehler vorkommen, die sich durch mangelhaftes Abbinden kennzeichnen, ohne daß sich der Verarbeiter bewußt ist, daß er einen Fehler gemacht oder werden. Die Streitigkeiten zwischen Lieferant und Abnehmer aus dieser Ursache sind gerade sehr häufig. Ihre Lösung nur dann möglich, wenn eine einwandfreie Probe des zu dem freitragenden Objekt benutzten Rohmaterials auf der Baustelle noch vorhanden ist. In diesem Falle wird eine Prüfung des Zements durch die maßgebende Materialprüfungsanstalt unabweisbar ergeben, ob er den deutschen Normen entspricht, ob also der Fehler in der Verarbeitung liegt oder nicht.

Frost ist bekanntlich ein Feind der Mauer, also auch der Betonarbeiten. Trat also während der Verarbeitung oder Erhärtungsperiode Frost ein, so wird die Abbindefähigkeit des Zements aufgehoben, ja, es kommt sogar vor, daß dieser Vorgang eintritt, wenn das zum Annahmen benutzte Wasser außergewöhnlich kalt war. Auch hierin kann also der Fehler liegen.

Es ist aber beobachtet worden, daß Risse in einzelnen Stellen das Abbinden überhaupt verhindert, so daß der Beton unbrauchbar wurde, während in anderen nur eine Suspension des Abbindens eintrat und nach Erhöhung der Lufttemperatur und Eintritt von Tauwetter das Abbinden regelrecht erfolgt. Man wird daher gut tun, falls

die Arbeiten von Frost überrascht werden, nicht sofort den nicht erhärteten Beton abzureißen, sondern erst das Verhalten desselben nach Rückgang der Kälte abzuwarten. Umbedingte zu warnen ist aber vor dem Betreten von Betondecken etc., deren vollständige Erhärtung und Tragfähigkeit noch nicht bestätigt worden ist. Sehr oft haben schon solche Anlagen, die am Außenrande erhärtet schienen, nach der Mitte zu unter den Füßen nachlassend darauf Kretender nachgegeben und Unfälle im Gefolge gehabt.

Es genügt keineswegs, die Erhärtung des Betons durch Proben mit dem Fingernagel zu konstatieren, denn eine oberflächliche Erhärtung ist noch kein Zeichen für die Tragfähigkeit der Anlage überhaupt, während andererseits gut durchgehärtete Anlagen an der Oberfläche manchmal eine leichte Schicht zeigen, die sich mit dem Fingernagel abtragen läßt, darunter aber einen guten, tragfähigen Beton aufweisen. Wir sind mehrere solche Fälle bekannt, deren Ursache aber stets unrichtige Verarbeitung war, obwohl die Poliere natürlich Stein und Beton auf ihre Sachkenntnis hinworf und einen Fehler für unmöglich erklärten. Bei einem derartigen Bau wurde sofort festgestellt, daß der verminderte Zement sehr gut war, daß aber die Betonmischung in ihrem Verhältnis Zement zu Sand nicht richtig beachtet und die Mischung daher zu mager war. Der Polier hatte allerdings vorher eine andere Zementmarke verarbeitet, für die jene Sandbeimischung ausreichen mochte. Ohne zu prüfen, ob auch die neue Marke diesem Mischverhältnis entspreche, warnte er einfach das bisherige Verfahren an, und natürlich war nun der Zement schuld an der unbrauchbaren Anlage. In einem anderen Falle war die Mischung so mangelhaft erfolgt, daß der Sand bei der Verarbeitung obenab blieb und natürlich nicht mit erhärtete, so daß man die Oberfläche abtragen konnte.

Es muß also nicht immer der Zement sein, der bei der Betonmischung Grund zur Klage gibt, wenn auch Fabrikationsfehler hier und da vorkommen. Sehr oft aber ist bei der Verarbeitung ein Fehler gemacht, der sich erst später zeigt.

J. L.



machte die Ausgabe für eine Wohnung von 5 Zimmern nur 15,8 pSt. ihres Einkommens aus, während man in Deutschland mindestens ebensoviel bei einer halb so großen Wohnung rechnen muß.

Und in der Wohnung selbst steht es wohllicher aus. Die ersten Anschaffungen sind reichlicher, Ergänzung und Erneuerung des Mobiliars finden häufiger statt. Nach einem Bericht, den wir über die Lage der Kohlenbergarbeiter Pennsylvaniens besitzen, beträgt dort der Preis einer Wohnungsausstattung Doll. 100—150, also M. 400—600. Beträchtlich größer als in deutschen Arbeiterfamilien sind die Summen, die jährlich auf Anschaffungen verwendet werden. Die Familien der deutschen großen Enquete vorausgaben dafür im Durchschnitt pro Jahr Doll. 31,13, also etwa M. 125. Dagegen beziffern sich die Ausgaben von 44 Nürnberger Arbeiterfamilien für Erneuerung und Reparatur ihrer Wohnungseinrichtung auf durchschnittlich M. 18—19.

Nicht wesentlich teurer als bei uns ist die Kleidung in Amerika. Trophäen vorausgaben die amerikanischen Enquetefamilien für Kleidung folgende Summen: der Mann Doll. 34,4, die Frau Doll. 26,4, die Kinder Doll. 54,2, zusammen also Doll. 115, mehr als M. 460. Dagegen: Geibelberger Arbeiterfamilien M. 163, Karlshäuser M. 219, Nürnberger M. 129.

Sombart bemerkt weiter, daß das was die Nahrung des amerikanischen Arbeiters kennzeichnet, die ganz andere, wesentlich bessere Zusammenfassung ist. Oben an steht der Fleischgenuss, der — wie schon erwähnt — ein Vielfaches größer ist als bei uns. Daneben werden viel Früchte konsumiert und massenhaft Zucker, während sich Brot und Weizen in normalen Grenzen halten, die Kartoffel zurücktritt. Eier, Milch, Gemüse spielen keine hervorragende Rolle, Rost wird bevorzugt. Im ganzen nähert sich die Nahrung des amerikanischen Arbeiters mehr der unserer wohlhabenden Bürgerfamilien. In 2567 besonders untersuchten amerikanischen Familien betrug der Konsum an frischem oder gefrorenem Fleisch, Geflügel oder Fisch jährlich 316,4 kg; bei den Karlshäuser Industriearbeitern dagegen an Fleisch und Wurst zusammen nur 112 kg. Dafür verschlangen diese 647 kg Kartoffeln im Jahre, die Amerikaner aber nur 376, die Deutschen Schwarz- und Weißbrot 714 kg, die Amerikaner 252,7 Salz; Weizen konsumierten die Deutschen 91, die Amerikaner 227. Der hohe Weizenkonsum zusammen mit dem beträchtlichen Zuckerverbrauch deutet auf die vortreffliche Gewohnheit der Anglofassen hin, viel Weizenbrot und Bubbings zu verzehren, an denen es im Haushalt des deutschen Arbeiters so gut wie ganz mangelt.

Sombart kommt auch hier wieder zu sprechen auf den „einen Punkt in der Lebenshaltung, worin der europäische, speziell der deutsche Arbeiter, dem amerikanischen Kollegen — aber sehr! — überlegen ist“ — auf den Konsum an Alkohol! Es darf nur nicht übersehen werden, daß diese Erscheinung — oder sagen wir richtiger und verständlicher, der übermäßige Alkoholgenuß — wesentlich in der schlechten Lebenshaltung der deutschen Arbeiter ihre Erklärung findet.

### Politische Umschau.

Die Feinde der Arbeiterorganisation und der Arbeiterbewegung, die „Ordnungspolitiker“ aller Richtungen, unterteilen den Verhängnis, dem kein Gegner einer guten und gerechten Sache sich entziehen kann; mit all ihren Praktiken zur Vernichtung dieser Sache erreichen sie das Gegenteil. Sie sind, um mit Goethe zu sprechen, „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und Guten schafft“. Sie erkennen alle möglichen Uebel für die ihre berechtigten Interessen wahrnehmende Arbeiterbewegung, und erfahren dann, daß „ein Geist des Guten“ auch im Uebel wirkt. Dafür ist folgende Notiz der ultramontanen „Eölnischen Volkszeitung“, ein neuer Beweis:

„Nichts rächt sich wohl so rasch, wie die Bekämpfung der christlichen Gewerkschaftsbewegung durch christlich und patriotisch sein wollende Leute. Der besten Beweis dafür liefert Neunkirchen, das be- rühmte „Königreich Stumm“. Im Neunkircher Bezirk der christliche Bauhandwerkerverband im vorigen Jahre noch eine blühende Zuchtstelle von etwa 200 Mitgliedern. Infolge der Maßregeln der Unternehmer, des Abtreibens der Eide durch die Behörden und der üblen kleinen Freundschaftsdienste der Herren von der Berliner Richtung, ging diese Zuchtstelle in die Brüche. Dem Erfolg der Neunkircher Patrioten folgte allerdings recht bald ein moralischer Schaden. Zu ihrem Schrecken mußten sie in diesem Jahre anlässlich des Maurerstreiks die Entbindung machen, daß der sozialdemokratische Maurerverband in Neunkirchen festen Fuß gefaßt hatte. Ein anderes Bild! Der Gewerkschein christlicher Bergarbeiterbezirk in Neunkirchen eine Zuchtstelle von 400 Mitgliedern. Gewerkschein, Polizei usw. unternahmen auch dieser Gewerkschaft gegenüber alles Mögliche, um sie zu vernichten. Als sich schließlich unter den Mitgliedern des Gewerkscheins immer mehr der Verdacht regte, daß die Polizeibehörde der Berginspektion die neuereitenden Mitglieder sofort weitermelde, wurde die Zuchtstelle von der Gewerkscheinsleitung kurzerhand aufgelöst und die Mitglieder fortan als Einzelmitglieder auf der Zentrale in Essen geführt. Und das Ende vom Rade? Was dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverband im ganzen Saarrevier nicht gelingen wollte, in Neunkirchen brachte er es

festig; in kurzer Zeit, in aller Heimlichkeit natürlich, gewann er über 100 Mitglieder. Jetzt ist es schon so weit gekommen, daß die Sozialdemokraten von dem „patriotischen Neunkirchen“ aus die Bergarbeiterbevölkerung der benachbarten Pflanz bearbeiten können. Auf dem Stummischen Werte selbst waren die christlichen Gewerkschaften ebenfalls streng bespottet. Generalleutnant v. Schubert, der Mitinhaber des Wertes, warnte seine Arbeiter anlässlich des Werksjubilaums eindringlich vor den „politisch ultramontanen“ christlichen Gewerkschaften. Von den Werksbeamten wurde diese „Warnung“ in bekannter Weise nach unten ziemlich energisch weitergegeben. Währenddessen hatten die Sozialdemokraten in aller Heimlichkeit einige Mitglieder vom „freien“ Metallarbeiterverband in das Stummische Wert verpflanzt und heute besitzen sie schon einen kleinen Stamm von Mitgliedern. Die angeführten Beispiele dürften genügen, um zu zeigen, wie man im „Königreich Stumm“ tüchtige — Patrioten züchtet!

Wir wissen den Schmerz des Zentrumsbüros zu würdigen. Es hat Grund zu klagen. Denn die Gründung der „christlichen“ Gewerkschaften und ihre Protegierung durch die Geistlichkeit und anderes formelles Verrentum ist doch nur auf die Absicht zurückzuführen, die katholischen Arbeiter zu verhindern, den freien, selbstständigen Gewerkschaften und der Sozialdemokratie beizutreten. Wer weiß wie oft haben wir ausgeführt, daß sie damit der Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Solidarität der Arbeiterklasse vorarbeiten. Die „christliche“ Gewerkschaft muß früher oder später wohl oder übel in diese Solidarität übergehen. Dagegen hilft alles nichts. Und dieser Prozeß würde auch dann sich vollziehen, wenn die „christlichen“ Gewerkschaften von „christlichen“ Unternehmern nicht so drangsaliert würden, als die „Eölnische Volkszeitung“ es besagt.

**Eine wohlverdiente Richtigung.** In Meßlen wurden von den „christlichen“ schamlose Verleumdungen über den Verbandsmann des Fabrikarbeiterverbandes, den Genossen Schneider, kolportiert. Aus Meßlen über das Wachstum des Fabrikarbeiterverbandes in Meßlen darf man ihm vor, er habe sich von einem Unternehmer betrogen lassen. Deshalb sei der Streik so schnell beigelegt worden, und ähnliche Kläubergeschichten. Lange wollte es nicht gelingen, einen der Burden so zu fassen, daß man ihn zur Redensart ziehen konnte. Endlich gelang es, und Genosse Schneider lud den Erweichten vor den Friedensrichter, vor dem er völlig hohnschreiend stand, daß er nur anderen nachgeredet hätte, und himmelhoch bat, ihn nicht vor den Richter zu bringen. Er unterließ sich dann folgende Erklärungen, die im „Meißner Tageblatt“ und im „Volksfreund“ zu lesen ist:

„Ich Endesunterzeichneter erkläre hiermit, daß meine Behauptung, der Verbandsmann des Verbandes der Fabrik, Land-, Gutsarbeiter und Arbeiterinnen sei von dem Unternehmer betrogen worden, jeder tatsächlichen Unterlage entbehre. Ich erkläre weiter, daß die Behauptung verbreitet habe, um die freien Gewerkschaften zu diskreditieren und für die christlichen Gewerkschaften Propaganda zu machen.“

Ich bitte hiermit Herrn Schneider um Verzeihung und verpasse, in Zukunft derartigen Gerüchten entgegenzutreten zu wollen.

Ernst Richter.

Mitglied des Christl. Verbandes Keram. Arbeiter.  
Diese Aktion mögen sich andere Verleumder der Arbeiterbewegung gefälligst hinter die Ohren schreiben.

**Ein unverständliches Urteil.** Dieser Tage ging eine Notiz durch die Presse, wonach der Kaiser der Zweigvereins Nordhausen des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter, Alvert, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern zu zwei Monaten Gefängnis und der Vorsitzende der Zentralkasse (Sitz des Verbandes und des Zentralvorstandes ist Hannover), Bauer, wegen Begünstigung, zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt seien. Diese Notiz bedarf der Erklärung, denn die Sache und das Urteil sind unverständlich. Die Zentralkasse Nordhausen des Brauereiarbeiterverbandes war mit der Abrechnung für das 3. und 4. Quartal 1905 im Rückstand. Als wiederholte Mahnungen des Verbandsvorstandes Bauer erfolglos blieben, beauftragte er den Hauptkassierer, nach Nordhausen zu reisen, um die Abrechnung, die auf den 11. März festgesetzt wurde, dort vorzunehmen. Bevor es aber dazu kam, kam am 10. März der Kassierer des Zweigvereins in Nordhausen, Alvert, nach Hannover, und erklärte, daß er nicht abreisen könne, der Vorsitzende Bauer möge ihm Frist bis zum 1. April lassen, dann werde die Abrechnung erfolgen; das Geld habe die Zentralkasse Nordhausen ihm bis dahin leihweise überlassen. Der Vorsitzende Bauer hand vor einer vollendeten Tatsache und wohl überdacht, daß die Abrechnung bis zum 1. April hinausgeschoben. Am 31. März resp. 2. April (der 1. April war ein Sonntag, an dem die Zentralkasse geschlossen ist, so daß Postkasten nicht bestellt werden) sandte denn auch Alvert von Nordhausen durch Postanweisung den rückständigen Betrag, insgesamt M. 441,95, ein. Damit war die Sache erledigt, abgesehen natürlich davon, daß sich der Verband resp. die Zentralkasse Nordhausen mit der Angelegenheit zu befassen hatte. Auf irgend welche Weise hörte nun wohl die Polizei davon und Alvert wurde wegen „Unterschlagung“ unter Anklage gestellt. Bei seiner Vernehmung teilte er den Sachverhalt so mit, wie er oben wiedergegeben ist, und Bauer konnte das seinerseits nur bestätigen. Darauf wurde auch er wegen „Begünstigung“ angeklagt, und es erfolgte das oben mitgeteilte Urteil, gegen das natürlich Revision angemeldet ist. — Soweit die aktienmäßige Tatsache, wie sie von allen Beteiligten bestätigt wird. Das Urteil bildet deshalb für alle Beteiligten ein Rätsel, für das sie keine Erklärung haben.

Offenlich wird sich das Reichsgericht auf einen anderen Standpunkt stellen, denn würde dieses Urteil vorbildlich werden, so würden bald alle Gewerkschaftsvorstände hinter Schloß und Riegel fallen. Die vom Vorstand des Brauereiarbeiterverbandes geleitete Praxis ist, so glauben wir annehmen zu dürfen, die Praxis der Gewerkschaften. Daß dies wird

dem Veruntreuer von Verbandsgeldern eine Gnadenfrist gewährt, um das Geld wieder herbeizuschaffen, und um ihn so vor dem Gericht und dem Gefängnis zu bewahren. Das soll nun plötzlich, nachdem es seit Jahrzehnten so gehalten worden ist, nach der Auffassung des Reichsgerichtes Staatsanwalts Begründung einer Unterschlagung sein! Mit diesem Rechtsgrundsatze könnte tatsächlich allen Gewerkschaften, vorfinden der Prozeß gemacht werden, vorausgesetzt, daß sich noch ein zweiter Staatsanwalt und ein zweites Gericht finden, die den schönen Grundsatzen ihrer Nordhäuser Kollegen huldigen.

**Die Streiklausel bei Vergebung öffentlicher Arbeiten.** Im Jahre 1903 ist das Kaiserlich Statistische Amt in eine Sammlung des Materials bezüglich der Bedingungen für Vergebung öffentlicher Arbeiten eingetreten. Es hat damals von 57 deutschen Städten die Submissionsbedingungen angefordert erhalten. Dieses Material ist erheblich erweitert worden und in Kürze soll die Beschreibung der einschlägigen Fragen des Arbeitsverhältnisses bei Vergebung öffentlicher Arbeiten in den „Beiträgen zur Arbeiterstatistik“ veröffentlicht werden. Die neueste Nummer des Reichs-Arbeitsblattes“ nimmt einige Ausführungen über die sogenannte Streiklausel vorweg, von denen wir folgende mitteilen:

Die Möglichkeit der Einhaltung vertraglich übernommener Termine hängt für den Arbeitgeber davon ab, daß er in seinen Anordnungen nicht durch einen Streik der beschäftigten Arbeiter gehindert wird. Umgekehrt liegen die Aussichten auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Arbeiter zum Teil darin, daß sie durch die strenge zeitliche Bindung des Arbeitgeber, die Arbeit an einem bestimmten Termin zu vollenden, in der Lage sind, einen starken Druck auf ihn in der Richtung der Gewährung ihrer Forderungen auszuüben. Es ist daher aus dieser Gegenüberstellung der Interessen ohne weiteres verständlich, daß die Aufnahme einer Bestimmung, nach der im Falle eines Streiks die Vertragsstermine um die Dauer des Streiks hinauszuverlängern sollen, von der einen Seite ebenso heftig gefordert, als von der anderen Seite bekämpft wird. Für die öffentlichen Behörden und die Stadtverwaltungen, die zu diesem Interessenskonflikt Stellung zu nehmen haben, liegt die Sache so, daß sowohl die Annahme wie die allgemeine Ablehnung der Klausel eine Parteinahme für die eine Vertragspartei bedeutet. Wird ohne weitere Prüfung der Einzelheiten allgemein in die Submissionsverträge die Bestimmung aufgenommen, daß Streik als höhere Gewalt gilt und daher die Fristen des Vertrages sich um die Dauer des Streiks verlängern, so wird dadurch der Standpunkt des Unternehmers in etwaigen Arbeitsstreiks ohne Prüfung seiner Berechtigung im Einzelfalle ganz generell als berechtigt anerkannt und den Arbeitern die Möglichkeit, bei wirklich vorhandenen Mängeln aus dem Submissionsverträge einen Druck auf die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen herbeizuführen, genommen. Andererseits wird es generell abgelehnt, wegen eines Streiks der beschäftigten Arbeiter die Fristen zu verlängern, auf deren Einhaltung meist hohe Konventionalstrafen stehen, so gibt man den Unternehmern dem Druck der Arbeiter auch bei Stellung unberechtigter Forderungen preis.

Diese Erwägungen sind für die Stellungnahme der Behörden und auch besonders der Stadtverwaltungen mehr oder minder maßgebend gewesen. Bei dieser Sachlage muß im allgemeinen die Stellungnahme der Behörde dahin gehen, daß sie nicht generell die Streiklausel annimmt oder ablehnt, sondern daß sie sich die Entscheidung von Fall zu Fall vorbehält, um die Berechtigung der beiden Standpunkte von Fall zu Fall zu prüfen und danach zu entscheiden. Dies ist denn auch der Standpunkt, der seitens des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten in einem Antwortschreiben an den Verband der Bau- und Gewerkschaften zu Berlin eingenommen wird, in dem er es als mit den staatlichen Interessen unvereinbar erklärt, die Einführung der Streiklausel in die von den Behörden aufzuführenden Verträge ein für allemal anzuordnen. In dem gleichen Sinne entscheidet sich auch der größte Teil der Stadtverwaltungen. Darüber hinaus findet sich noch, in Bayern insbesondere, die Verpflichtung beider Parteien, das Gewerkschaftsgericht zu unterwerfen.

Gruppirt man die Städte, deren Bestimmungen das Kaiserlich Statistische Amt untersucht hat, nach den drei erwähnten Gesichtspunkten: erstens unbedingte Ablehnung der Streiklausel, zweitens unbedingte Annahme der Streiklausel, drittens Entscheidung von Fall zu Fall, so ergibt sich folgendes Bild: Von den 57 Städten, die untersucht wurden, sind es nur zwei, die die Streiklausel unbedingte ablehnen. Es sind das Wiesbaden und Mühlhausen i. S. Den entgegengesetzten Standpunkt der unbedingten Annahme der Streiklausel nehmen vier Städte ein, nämlich Schöneberg, Ulm, a. O. und Gießen.

Die Entscheidung von Fall zu Fall ist das gewöhnliche. Auf diesen Standpunkt haben sich gestellt: München, Frankfurt a. M., Chemnitz, Charlottenburg, Augsburg, Straßburg i. E. sowie der Dresdener Entwurf.

Die große Mehrheit der untersuchten Städte erwähnt die Streiklausel in ihren Vertragsbedingungen bei Vergebung öffentlicher Arbeiten überhaupt nicht. In der praktischen Wirkung läuft das darauf hinaus, daß die Städte in der Behandlung dieser Frage keine Bindung eingegangen sind, weder nach der einen, noch nach der anderen Seite, und daher der Behandlung von Fall zu Fall durch sie an sich Schwierigkeiten nicht entgegenstehen.

Die Frage der Streiklausel ist hauptsächlich von den Baugewerkschaften und Unternehmerorganisationen in Diskussion gebracht worden. Sie interessiert vorwiegend die baugewerblichen Arbeiter- und Unternehmerkreise. Wir haben sie früher schon öfter besprochen. Die Unterscheidung, die das Reichs-Arbeitsblatt zwischen den hier in Frage kommenden Interessen der Unternehmer und der Arbeiter macht, ist im allgemeinen zutreffend, aber nicht erschöpfend. Das Unternehmertum hat die Streiklausel stets nicht nur als ein Mittel zur Vermeidung von Verzögerungen angesehen, sondern vor allem als ein Kampfmittel gegen die Arbeiterorganisationen. Daß die Arbeiter die ihnen gün-



fligle geschäftliche Konjunktur benötigen, um durch einen Streik schnell die Bewilligung ihrer Forderungen zu erreichen, ist selbstverständlich und ihr gutes Recht. Das Unternehmertum kann einen moralisch und rechtlich begründeten Anspruch darauf, in diesem Kampf die Unterstützung der mit ihr geschäftlich verbundenen Behörden zu erfahren, nicht erheben. Diejenigen Behörden, die ihm die Streikfreiheit einräumen, gewähren tatsächlich solche Hilfe gegen die berechtigten Interessen der Arbeiter. Sie wagen überdies ein für die öffentlichen Interessen höchst bedenkliches Experiment. Mit Einräumung der Streikfreiheit schaffen sie die Gefahr einer förmlichen Sanktionierung schwindelhafter Geschäftspraktiken. Ein Unternehmer, der die Streikfreiheit für sich hat, kann sich keinen vertraglichen Verpflichtungen gegen die bauleitende Behörde sehr leicht entziehen, indem er seine Arbeiter durch niederdrückende Behandlung zum Streik zwingt. Nicht selten mögen Unternehmer an solchen Praktiken ein erhebliches Interesse haben; die Streikfreiheit erlaubt den gewissenlosen Mißbrauch; mit ihrer Hilfe kann der Unternehmer sich seiner Verbindlichkeit entziehen. Deshalb lehnen die meisten Behörden die Streikfreiheit ab. Wir lassen auch die Entscheidung von Fall zu Fall nicht gelten; grundsätzlich soll sie bei Vergewaltigung öffentlicher Arbeiten ausgeschlossen sein.

Einge es nach unseren Baugewerkschaften, so müßte die Gesetzgebung die Arbeitsniederlegung als *fora* majeure aufheben und die Einführung der Streikfreiheit in alle behördlichen Bauverträge obligatorisch machen. Sie haben das schon vor Jahren offen gefordert. Auf diese Weise würde die Gesetzgebung den Bauunternehmern ein gegen die Arbeiter gerichtetes Kampfpriorität und zugleich ein Privileg schenken, welches Verträge am öffentlichen Wesen schaden.

**Arbeitswille Morbiden.** In Berlin wurde von einem arbeitswilligen Kohlenkuttler der Kohlenkuttler Schmidt niedergelegt. Schmidt übernahm als Streikposten den Kohlenplatz der Firma Kappo an der Großgörschstraße. In der Nähe des kleinen Gergierhauses am Tempelhofer See beim Bahnhöfchen traf er den Kuttler Schulz, der bei Kappo Arbeit nehmen wollte. Auf die Frage des Schmidt, ob er arbeiten wolle, antwortete Schulz: „Ja, was geht denn dich das an?“ Als Schmidt ihn auf den Streik aufmerksam machte, zog Schulz ein Dolchmesser und versetzte damit dem Streikposten zwei Stiche in die rechte Seite und einen Stich unter das rechte Auge. Der Messerstecher entfernte sich dann, ohne sich angedrückt um den Niedergelegenen zu kümmern. Dieser wurde von Kollegen zur nächsten Unfallstation gebracht und dort verbunden. Sein Zustand ist bedenklich. Der Täter befindet sich noch in Freiheit. Das „Berliner Tageblatt“ fügt dieser Meldung die unverständliche Bemerkung an: „So traurig ist sich auch der Vorfall ist, so beweist er doch nur, daß sich die Streikposten aller aufbegehrenden Tätigkeit entziehen sollten.“

Der Mörder unseres Genossen Fleißmann in Nürnberg befindet sich ebenfalls noch auf freiem Fuß. Ja, er ist sogar mit seinem Pächter, dem Fabrikanten Maurer, in die Sommerfrische gefahren. So werden arbeitswille Morbiden im Reiche der „Gottesfurcht und frommen Eitelkeit“ behandelt!

**Wo steht der Vertreter?** Eine Berliner anarchistische Zeitschrift hat nimmere auf einen Teil des Protokolls der Vorstandskonferenz veröffentlicht, der von Abwehrmaßnahmen gegen Ausperrungen handelt. Diese Veröffentlichung kann nur zu dem ausgesprochenen Zweck erfolgt sein, die gesamte Arbeiterbewegung zu schädigen. Zwar wird auch diese Abwehr nicht in Erfüllung gehen, um so weniger, da es sich auf der Konferenz nur um Erörterung der Vorurteile handelte und nicht um Beschlüsse, die in kürzeren oder längeren Fristen ausgeführt werden sollten. Immerhin ist die Angelegenheit so wichtig, daß man mit allem Nachdruck fragen muß, wo steht der Kampf, der den Anarchisten das Protokoll gegeben hat? War er unter den Konferenzteilnehmern oder hat er im Geschäft der „Vorwärts“-Druckerei oder sonst? Das wird ja leider kaum mit Sicherheit festzustellen sein. Sollte es aber herauskommen, dann an den Branger mit dem Schuß; jeder ehrliche Mensch müßte ihm ins Gesicht spucken.

**Deutschland, das Land der Schulen.** Aus Schließen wird berichtet: Im Kreise Habelschwerdt werden in Wölfelegrund von einem Lehrer 152, in Schredendorf von vier Lehrern 578 Schulkinder unterrichtet, wofür die Lehrer 1000 Grundgehalt und alle drei Jahre bare 120 Zulage erhalten; Patron ist Prinz Albrecht von Preußen. — In Wielgut, Kreis Oels, unterrichten zwei Lehrer 199 Schulkinder; Patron ist der Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen. — In demselben Kreise kommen in Elgut 135 und in Korfchitz 131 Kinder auf eine Lehrkraft; Patron: der König von Sachsen! Doch selbst da, wo die Preussische königliche Regierung die Patronatsrechte ausübt, ist es nicht besser. So kommen in Gorkau, Kreis Schneidmühl, auf einen Lehrer 185, in Polnisch Hammer, Kreis Trebnitz, 146, in Neuhendorf, Kreis Waldenburg, 163, und in Carlowitz, Kreis Breslau-Land, 160 Kinder. Die adeligen Landesherren, wie die Kfz. Hochberg, Heßbrand und andere, folgen natürlich diesem Beispiele. Darum waren im Wintersemester 1904/05 im Regierungsbezirk Breslau 132 Schulen, in denen mehr als 90 Kinder auf eine Lehrkraft kamen. Und die kleinen Städte stießen den Landpatronen nicht nach. In dem kleinen Wollenstein ist seit 1901 eine katholische Volksschule im Gutsbezirk. Zum preussischen Hofe untergebracht, alio die Schüler wegen Platzmangels zum Teil auf Gartenstühlen sitzen und ihre schriftlichen Arbeiten auf den Fensterbänken verrichten.

Kommentar überflüssig!

**Die Streiks in Frankreich im Jahre 1905.** Die Veröffentlichungen des französischen Arbeitsamtes bringen alljährlich eine Statistik über die Streiks und Aussperrungen. Nach der letzten Statistik fanden im Jahre 1905 insgesamt 830 (1904: 1028) Streiks mit 177 666 (271 097) direkt Beteiligten statt. Der Verlust an Arbeitstagen betrug 2 522 030 (3 227 587).

Während also die Zahl der Streiks und der Streikenden gegen das Vorjahr zurückging, wuchs dagegen die Durchschnittsdauer der Streiks ganz erheblich, sie stieg von 11 Tagen im Jahre 1904 auf 14 Tage im Jahre 1905. Nach Branchen waren hauptsächlich beteiligt: die Textilindustrie mit 121 Streiks und 25 446 Beteiligten, die Bauindustrie mit 112 Streiks und 26 540 Beteiligten, die Lederindustrie mit 94 Streiks und 16 284 Beteiligten und die Transportindustrie mit 87 Streiks und 15 886 Beteiligten. Die übrigen Streiks verteilten sich auf andere Berufs. Von den Streiks waren

	Streiks 1905	Jahresdurchschnitt 1894—1905	Beteiligte 1905	Jahresdurchschnitt 1894—1905
Erfolgreich.....	22,17	23,65	12,87	14,29
Teilw. erfolgreich.....	43,50	36,11	70,37	60,62
Erfolgslos.....	84,33	40,24	16,76	25,09

Es ergibt sich hieraus eine sehr beträchtliche Verminderung der erfolgreichen Streiks, und zwar von 23,65 pSt. der Streiks im Jahresdurchschnitt der letzten zehn Jahre auf 22,17 Streiks im Jahre 1905. Betrachtlich noch ist die Zahl der Beteiligten gesunken. Dagegen sind allerdings auch ganz erheblich die Zahl der erfolgreichen Streiks, während die Streiks mit teilweisem Erfolg entsprechend sich erhöhten. Doch muß hier eingeschaltet werden, daß in der Regel alle Streiks, wo die Unternehmer irgend ein nichtiges Versprechen abgeben, als „teilweise erfolgreich“ gebucht werden.

Das Resultat der Streiks nach Industrien ist prozentual folgendermaßen:

	Erfolgreiche Streiks	Teilweise erfolgreich	Erfolgslos
Lederindustrie.....	26,96	52,72	20,32
Textilindustrie.....	11,07	78,57	15,36
Bauindustrie (Maurer, Schreiner, Bauhilfsarb.)	9,70	82,45	7,85
Steinindustrie (Steinmetz, Ziegler, Arbeiter, Töpfer)	3,17	94,59	2,24
Metalbearbeitung.....	18,96	74,75	13,29

Bei 677 Streiks gehörten die Arbeiter sämtlich oder teilweise einer Organisation an, während 153 Streiks zu den „Wilden“ gerechnet werden müssen. Die Schwäche der Gewerkschaften tritt noch greller durch die Tatsache in Erscheinung, daß nur in 56 Streiks eine regelmäßige Streikunterstützung gezahlt wurde. Die Ursachen waren: Lohnerhöhung 471 Streiks, Maßregelungen 271 Streiks und Arbeitszeitverkürzung 183 Streiks. Auch daraus ergibt sich eine bedauerliche Schwäche der Organisationen.

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

#### Deutschland:

##### Maurer:

**Hansestädte:** Hamburg (Bauarbeiterstreik), Cuxhaven (Streik);

**Schleswig-Holstein:** Barmstedt (Sperre über Rathjens in Hemdingen);

**Mecklenburg:** Silze (Sperre über Holldorf), Laage (Sperre über Korf), Klütz (Aussperrung), Wismar (Sperre über Scharf);

**Pommern:** Gollnow (Sperre über Küster), Stralsund (Streik), Gollnow (Sperre über H. Schütter), Demmin, Greisdorf (Aussperrungen);

**Ost- und Westpreussen:** Könitz (Aussperrung), Memel, Braunsberg (Streiks);

**Schlesien:** Breslau (Streik der Plattensetzer), Görlitz (Streik);

**Posen:** Rawitsch (Sperre über Pustal);

**Brandenburg:** Belgitz, Dahme i. d. M. (Streiks), Trebitz (Sperre über Hamann), Finsterwalde (Differenzen), Alt-Garbe (mehrere Sperren), Öpplenick (Sperre über Schulze & Schröder aus Hannover), Spandau (Sperre über Makowke), Wittenberge (Massenregelung);

**Provinz Sachsen und Anhalt:** Gardelegen (Streik), Bernburg, Zeitz (Aussperrungen), Mühlberg a. d. Elbe (Sperre über Goldschmidt), Barby (Zimmererstreik);

**König. Sachsen:** Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, Otto Dietze in Wahren, Hallesche Strasse, F. Bieber in Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleichröder und Kaiser Friedrichstrasse, Willy Schöbel in Stötteritz, Bau Leipzigerstrasse, Müller & Damm in Leipzig-Gohlis, Ulanenstrasse, M. Steyskal und Seifert in Möckern, Sohrstrasse, für Rahlitzputzer die Gips- und Zementbaugesellschaft, Brandelstrasse, und Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau), Wurzen (Sperre über Lehmann in Püchan), Hirschberg, Reichenau (Aussperrungen), Grossröhrsdorf, Reichenbach i. V.,

Zittau, Freiberg, Mylan, Netzschkau (Streiks), Limbach (mehrere Sperren), Planen (Sperre über Männel), Penitz (Sperre über Hellriegel und Zöllner);

**Hannover, Oldenburg und Lippe:** Emden, Münden (Zimmererstreiks), Jork-Estebrügge (Sperre über den Neubau Headler in Cranz a. d. Elbe), Aurich, Lüneburg (Streiks), Uelsen (Aussperrung);

**Braunschweig:** Schöningen (Aussperrung), Braunschweig (Streik), Harzburg (Differenzen);

**Thüringen:** Erfurt (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch), Gotha (Streik), Sonneberg (Sperre über Schmidt), Rudolstadt (Sperre über Fischer), Jena (Sperre in dem Universitätsneubau);

**Rheinprovinz:** Vohwinkel, Ratingen, Neunkirchen-Wiebelkirchen-Friedrichthal, Kln a. d. Nahe (Streiks), Cöln (mit Aussperrung bedroht), Opladen (Sperre über Lindner aus Barmen), Neiviges (Sperren Gerharts und Husemann);

**Westfalen:** Siegen [ganzes Siegerland] (Aussperrungen);

**Bayern:** Nürnberg-Fürth (Aussperrung), Bayreuth, Burglarnbach, Landshut, Augsburg (Streiks);

**Hessen:** Borsdorf, Dillenburg, Weilburg, Bensheim (Streiks), Heppenheim (Sperren über Herschel und Held), Baudach bei Heppenheim (Sperre über Korneil), Frankfurt (Sperren über die Kaminbaufirma Heß);

**Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:** Colmar, Haxloch (Streiks), Metz (Sperre), Schwetzingen (Sperre über S. Umhey und J. Fackel & Co.), Mundenheim (Sperre über Fabrik Giulini), Rheingönheim (Sperre über Scherf), Slangen (Sperren über Schmal und Schweitzer), Philippsburg (Sperre über Gebr. Gillier);

**Württemberg:** Stuttgart (Gipserstreik);

#### Fliesenleger:

Nürnberg (Sperre über Ayerle), Breslau (Differenzen), Wanne (Sperre über Zwischenmeister G. Siebert).

#### Oesterreich:

Filsen, Wamtsdorf i. Böhmen, Lebnitz i. Steiermark (Streiks).

#### Schweiz:

Zürich, Lausanne, Neuchâtel, Kreuzlingen (Streiks).

Zuzug von Verbandskollegen wird gewünscht nach Ruhrort-Samborn. Meldungen im Verbandsbureau Duisburg-Weed, Selbst. 41.

**Gan Stettin.** Die Lohnbewegung im Bezirk Pascha a. l. a. n. d. d. n. zeigt, daß bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eines großen Bezirks eine Organisation der Unternehmer notwendig ist. Beim Verhandeln ohne Organisation hat jeder Unternehmer seine besonderen Wünsche und Schmerzen, so daß es fast unmöglich ist, einheitliche Bedingungen durchzuführen. Die bedeutendsten Firmen sind C. A. Schmidt-Waldin und Genschel-Basewall. Naturgemäß geht der Hauptstreit um diese beiden Geschäfte. Schmidt sichert sich einen Stamm Arbeitskräfte aus dem Bezirk Jagnd und Genschel stützt sich auf Wierde. Die dortigen Maurer waren bis 1904 unsere Mitglieder. Dann wurde auf Betreiben des neuen Erzpriefters eine katholische Fachabteilung errichtet. Uns wurde auf Betreiben Genschels die Tarifgemeinschaft vor die Füße gelegt. Die Mitglieder mußten einen Revers in Visitenkartenformat unterschreiben, daß sie mit dem bisherigen Lohn zufrieden seien. Schon 1905 haben die Unternehmer ein, daß ohne Tarif schwer auskommen ist, sie mußten 87½ % zahlen. Im Frühjahr 1906 hat C. A. Schmidt mit den Zimmerern den von uns erforderten Lohn vereinbart mit einer Zulage von 1 1/2 für 1907. Auf derselben Grundlage sollten wir einen zweijährigen Vertrag eingehen; Schmidt selbst hat es uns an. Eine Tarifabteilung war möglich, wenn Schmidt die zehnjährige Arbeitszeit, von 6 bis 6 1/2 Uhr, auf allen Arbeitsstätten, und einen Stundenlohn von 40 1/2 für 1907 bewilligt hätte. Aber die Verhandlungen waren mehr ein Diktieren, es brach ihm beinahe der Weistift beim Streichen unserer Anträge. Nun arbeitete ein Teil der Kollegen von 6 bis 6 1/2 Uhr, andere von 6 bis 7 1/2 Uhr. Verhandlungen konnten zu keinem Resultat führen; etwas Einseitiges mußte geschaffen werden, und so kam es am 6. August zur Arbeitseinstellung. Rund 100 Kollegen legten die Arbeit nieder. Gestritten wurde um einen Lohn von 40 1/2 pro Stunde, eine Arbeitszeit von 6 bis 6 1/2 Uhr und Bewahlung der Laufzeit. Nach einer Woche waren alle Kollegen zu den neuen Bedingungen in Arbeit. Bisher haben 13 Unternehmer die Forderungen schriftlich anerkannt. 14 Unternehmer bewilligten hinsichtlich, als die Arbeitseinstellung drohte. Genschel-Basewall berief sofort nach Eingang unseres Schreibens und Tarifentwurfes zwei Mitglieder der Fachabteilung zu sich und vereinbarte mit ihnen 38 1/2 bis März 1907; von da an 40 1/2. Die Laufzeit sollte bleiben wie bisher. Es soll also bis 7 1/2 Uhr weiter gearbeitet werden. Zum ersten Male bieten die Wierder zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen die Hand; 1905 waren sie durch Genschels Wortbruch die Geleiteten. Noch ist kein endgültiger Abschluß vollzogen, das Verdammt kann also noch nachgeholt werden. In Arbeit stehen nun 21 Kollegen, 371 Gesellen, 58 Lehrlinge und 108 Arbeiter. Im Lohn erhalten 286 40 1/2 und darüber; 41 erhalten 38 1/2 und 45 begünstigen sich mit 37 1/2. 313 Kollegen arbeiten zehn Stunden. Im Bezirk Pascha bleiben 58 bei der alten Leier. Mit vier Unternehmern des Bezirks Jagnd ist ein Vertrag bis zum



März 1908 abgeschlossen. C. A. Schmidt will sich über einen Abbruch noch befinden, weil wir wohl tatächlich richtig handelten, aber so „unabhängig“ waren, 40 s pro Stunde zu fordern und unseren Wünschen durch Arbeitsentziehung Nachdruck gaben. Zu einem geordneten Verhältnis scheinen die Unternehmer immer noch nicht den Weg finden zu können.

**Gau Götting.** In Götting streiken die Kollegen nun schon die fünfte Woche. Die Unternehmer werden es gewahr, daß seit dem Streik im Jahre 1898 ein Stüd Erziehungsarbeit durch die Organisation geleistet worden ist. Damals wurden die Streikenden in Scharen fahnenflüchtig. Damit scheint man auch diesmal gerechnet zu haben; aber jetzt sind die Unternehmer enttäuscht. Von ca. 300 am Streik beteiligten Kollegen sind bis jetzt ganze fünf zu Streikbrechern geworden. Bei den Unternehmern, die die Forderung bewilligten, arbeiten 64. Immer frampfhafter werden die Anstrengungen der Meister, Streikbrecher von auswärts heranzuziehen. Ganz besonders auf Wägen haben sie es abgesehen. Aber, a wohl auch dort weht seit 1898 ein anderer Wind. Nachdem sie noch lange einen Rechner in Leipzig, August u. Co. stationiert und überall in den dortigen Zeitungen annonciert hatten, gelang es, ganze sechs Mann herüberzubringen. Da war der Jubel groß, ein Stab von neun Baumeistern hatte sie ab. Trotzdem gelang es der Streikleitung, die sechs über den Sachverhalt aufzuklären. Am anderen Tage kehrten sie Götting wieder den Rücken. Die Angelegenheit wird noch ein Nachspiel auf dem Gewerbegericht haben. Der Agent hat es bei der Anwerbung bestritten, daß hier Streik sei, trotzdem ihn die sechs Kollegen wiederholt darum fragten. Die Baumeister mögen wohl nun zu der Einsicht gekommen sein, daß ihr Rechner nicht der geeignete Mann ist, darum hielten sie einen Agenten aus Osterfeld. Doch auch das war ein Mißfall. Die Streikleitung konnte sich mit ihm in Verbindung setzen und ihn von seinem Vorhaben abhalten. Zum großen Verger der Unternehmer sind die meisten Streikenden abgereist und anderwärts in Arbeit getreten. Die Baumeister fahren nun hin und her, um dafür zu sorgen, daß die Streikenden entlassen werden. Aber überall werden sie abgewiesen. Vielleicht kommen sie nun bald zu der Einsicht, daß es besser ist, wenn sie nach die 2 s Lohn zulagen.

**Gau Leipzig.** Von Schneberg erhalten wir von dem Baugeschäft A. Bretschneider folgende Zuschrift:

Von meinen Arbeitern erfuhr ich gestern, daß über mein Geschäft laut Notiz Ihres Blattes die Baupolizei noch verhängt ist. Da nun dieses bloß auf einem Irrtum beruhen kann, indem ich doch gleich von Anfang an gleich anderen Meistern Ihre Bedingungen anerkannt habe, erlaube ich Sie, die Sache in Ihrem Blatte sofort zu widerrufen, mit aber ein solches Exemplar unter Kreuzband zuzusenden. Hochachtungsvoll Anton Bretschneider.

Das Geschäft des Herrn Bretschneider ist gegerpert gewesen und wurde bereits zufolge einer Mitteilung des Gauvorstandes im Streikregister der vorigen Nummer gestrichen. Das Geschäft ist also nicht mehr gegerpert. Herr Bretschneider kann nun nach Belieben auf Mauerer bekommen. Wir wollen dabei den Wunsch aussprechen, daß wir es nie wieder nötig haben, die Firma Bretschneider im Streikregister anzunehmen.

**Gau Erfurt.** In Jena ist über den Neubau der Universität die Sperre verhängt worden. Dort hatte eine Kolonne bayerischer Mauerer einen Abfordvertrag mit dem Unternehmer abgeschlossen. Nachdem sechs Wochen nach diesem Vertrag gearbeitet worden war, versandam der Kolonnenführer plötzlich mit circa 400 Abfordern. Trotz dem gingen die Bayern einen neuen Abfordvertrag ein. Unsere Kollegen hatten aber nur die Geschichte fast und forderten die Aufhebung dieses Vertrages. Sowohl der Unternehmer als auch die Bayern verweigerten, die Sache auf die lange Bank zu schieben, was unsere Kollegen dann durch die Arbeitsentstellung durchkreuzten. Außer den 14 bayerischen Mauerern ist keiner stehen geblieben. Der Bezug ist streng fernzuhalten.

**Gau Nürnberg.** In Wahrenth ist in dem Stände des Streiks in der letzten Woche eine Veränderung nicht eingetreten, wohl aber in dem Verhalten der Polizei, die infolge der Ereignisse in Nürnberg schärfere Maßnahmen ergreifen, was aber unsere Kollegen in ihrem Kampfe gar nicht beeinträchtigt.

Im Nürnberg-Fürther Aussperungsgebiet ist in der letzten Woche gleichfalls eine Veränderung nicht eingetreten; der Kampf steht für uns noch ebenso günstig, als vom ersten Tage an. Die Herren Unternehmer werden sich wohl endlich bequemen müssen, unsere Forderung anzuerkennen. Am 1. September haben auch tatächlich Verhandlungen stattgefunden, die aber vorläufig ergebnislos verlaufen sind. Am 20. August wurden wir zu dem Vorstehenden des Gewerbegerichts geladen, der uns im Beisein eines Vertreters der Regierung von Mittelfranken sowie des Fabrik- und Gewerbe-Inspektors die Frage unterbreitete, ob wir, falls die Unternehmer dazu bereit seien, in eine Unterhandlung mit ihnen eintreten würden, was von uns bejaht wurde. Es fand dann am oben genannten Tage eine Unterhandlung statt, in der unsererseits die aufgestellten Forderungen nach reiflicher Überlegung in drei Teile geteilt wurden; dagegen machten die Unternehmer ein Angebot, das für uns als unannehmbar bezeichnet werden mußte; es sollte nämlich der bisherige Vertrag bis zum Schluß des Jahres Geltung haben, und von da ab wollten sie einen Durchschnittslohn von 32 s pro Stunde gewähren, wobei die Herren erklärten, daß der Württemberger Vertrag ihr Ideal wäre. Mit dieser beiden Vorschlägen ging die Sitzung auseinander, um in den Verhandlungen die Vorschläge zu beraten, worauf eine neue Sitzung anberaumt werden soll. Ob diese von Erfolg sein wird, bleibt abzuwarten. Daß unsere Forderungen den Unternehmern soweit wie nur irgend möglich entgegenkommt, geht daraus hervor, daß man das Streikpostenheft in Nürnberg verboten und auch, um diese Maßregel durchzuführen zu können, von allen Gegenden des Landes nach hier Gewandten gezogen hat; sogar Schulleute aus München sind hier eingetroffen, die besonders im Niederbairischen Arbeiter nach Münchener Muster eingelebt sein sollen. Ob

nun diese Maßnahmen den Unternehmern den erwünschten Erfolg bringen werden, erscheint mehr als fraglich; denn Streikbrecher haben sie sehr wenig, und neue anzuwerben, fällt sehr schwer.

**In Stein, Reichelsdorf und Eibach.** Vororte von Nürnberg, werden in den nächsten Tagen auf Veranlassung der Unternehmer gleichfalls Unterhandlungen stattfinden; ob sie aber Erfolg haben werden, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit sagen, da auch diese Unternehmern dem Mittelfränkischen Arbeitgeberverbande angehören. Diese Verhandlungen dürfen aber für die auswärts arbeitenden Kollegen kein Anlaß sein, nach den Streikorten zurückzukommen; denn es besteht noch gar keine Aussicht, daß der Kampf in diesen Jahre sein Ende erreicht.

**Gau München.** Aus Augsburg wird berichtet: Der Streik steht sehr gut, trotz des Geschwafels der gegnerischen Presse, die die Wäre verbreitet, daß die Unternehmer am 1. Oktober die Arbeit einstellen lassen. Diesen Schwund glaubt kein Mensch, denn es wäre ja heller Wahnsinn, wenn die Unternehmer ihre Streikbrecher aussperrten würden. Die Unternehmer lassen überall verbreiten, der Streik sei verfrachtet. Wir können erklären, daß der Streik den Unternehmern immer flüchtbarer wird. Bei Thormann & Stiefel waren vor dem Streik 107 Gesellen beschäftigt, jetzt sind noch elf Streikbrecher dort. Bei Peter Müller, dem Felden von Nürnberg (zugleich Innungsobmann), arbeitet überhaupt niemand, seinen einzigen inwaliden Mauerer hat die „Sturmflut“ geholt. Bei Wam Keller, dem Oberscharmacher, haben drei Bauten vollständig. Der Scharmacher Christoff Walter Kraus, der bei der Unterhandlung auf dem Gewerbegericht prolog erklärte, die Forderung der Mauerer unter seinen Umständen bewilligen zu wollen, der 100.000 zum Fenster hinauszuwerfen hat, hätte nicht mit Steinen um sich werfen sollen, da er selber im Glaspaus sitzt. Er hat nämlich auf seinen zwei großen Bauten seinen einzigen Mauerer. Er wollte einen Kniff anwenden, um Mauerer zu fapern, aber o weh, welche Mamage, wie tief er da hinein! Sein Bolter Alois Graf fuhr vor 14 Tagen nach Wien, um seine ungarischen Mauerer, die vor dem Streik hier arbeiteten, jetzt aber in Wien beschäftigt sind, mit leerem falschen Geschwätz, wie: der Mauererstreik ist so gut wie verfrachtet, es arbeiten bereits 398 Mauerer und dergleichen mehr, zu bewegen, wieder herher zu kommen; Winterarbeit wurde zugesichert. Am Sonntag, den 20. August, sollten sie in Augsburg ankommen. Das Streikkomitee kam hinter diesen Kniff, es war auf der Hut und durch telegraphische Maßregeln wurde die Gefahr beseitigt. Graf zog mit langem Gesicht ohne Mauerer ab, weil die ungarischen Kollegen sich mit uns solidarisch erklärten und nicht kamen. Man munkelt schon, daß der Gerichtsvollzieher ungeht, und daß unsere Gegner schon manfen. Außerlich lassen sie sich nichts merken. Aber wir sind recht und zum Nachgeben geneigt. Bei uns gilt die Parole: Jetzt oder nie. Lebenswert muß anerkannt werden, daß die 73 kirchlichen Dunderfischen Kollegen mit uns solidarisch kämpfen. Auch 8 bis 10 kirchlich Organisierte streiken mit, ohne aber mit uns in Verbindung zu kommen, da sie auf dem Lande wohnen und auch dort beschäftigt sind. Der kirchliche Vorstand Weßler und der Streikleiter Alexander machen Streikarbeit mit noch 8 bis 9 kirchlich Organisierten. Die Unternehmer und die Presse versuchen alles mögliche, Stimmung gegen uns zu machen; am liebsten wünschen sie Zustände und Folgen wie 1899 oder wie jetzt in Nürnberg herbei, was aber an unserer Disziplin scheitern wird.

Am 28. August tagte eine gut besuchte Frauenversammlung, wo die Referentin, Frau Greifenberg, über die Pflichten der Frauen im gegenwärtigen Streik referierte. Sie forderte die Frauen auf, ihren Männern den Kampf nicht zu erschweren, die Wäre, die jetzt herrsche, solle statt entnützend ermutigend, anspornend wirken, daß der Streik erst recht mit aller Macht geführt werden könnte. Die Frauen spendeten lebhaften Beifall.

**Gau Mannheim.** Von Neunfichen wurde in der vorigen Nummer des „Grundstein“ bereits berichtet, daß die Wäre der dortigen Unternehmer keine Grenzen kennt und allmählich in Maseri auszuarten droht. Daß die Unternehmer dem Wahnfinn nahe sind, zeigt ein planmäßiger Ueberfall, den der Unternehmer Wöhr gegen fünf streikende Kollegen in Szene setzte. Am Dienstag Nachmittag nahmen einige streikende Mauerer eine Streiktafel auf und kamen an dem Bau des Unternehmers Wöhr vorbei, der, als er diese sah, schimpfend und tobend aus der Baubude herausstürzte und auf einen Mauerer ohne weiteres mit dem Stod einschlug, worauf dieser sich zur Wehre setzte. Währenddessen kamen die Streikbrecher mit Pfeilen, Schaulen, Bausteinen usw. und schlugen in der furchtlichsten Weise auf die Streikenden ein. Der Kollege Kamp, der den Streik leitete, wollte einen furchtlichen Gieß mit einem arabischen Wöhl, der nach seinem Kopfe gleich mit, abwehren, wobei ihm die rechte Hand buchstäblich zerquetscht wurde. Zwei andere Mauerer erlitten schwere Verletzungen am Kopf und an den Händen. Die Streikenden waren im Nu umringt von Streikbrechern und Vorarbeitern der Güte, so daß an ein Entweichen nicht zu denken war. Ein Kollege, der wegspringen wollte, wurde von der rasenden Wäre mit Bausteinen verfolgt, ihm wurde ein Baustein ins Kreuz geschleudert, daß er nach wenigen Schritten bewußtlos zusammenbrach. Nun wurde er mit Schaulen, Fuchstritten und Bausteinen derartig mißhandelt, daß er am ganzen Körper blutdürstig ist und stellenweise das Fleisch bloßliegt. Die Streikbrecher, der Unternehmer und die Gütentratzen wütelten gegen die paar streikenden Mauerer, wie wilde Banden. Die Polizei, die haufenweise zum „Schutze“ der Streikbrecher aufgeboten ist, kam erst, als die Mauerer zu Ende war und nahm ein Protokoll auf. Der Unternehmer Wöhr ist derselbe, der einige Tage vorher zwei Mauerer mit den Händen hefte und mit dem Revolver bedrohte. Daß die Polizei den Mann, der so gemeingefährlich haust, ruhig weiter gewähren läßt, zeigt von einer beispiellosen Nachsicht. Der Mann suchte den ganzen Tag schon die Streikposten zu provozieren und beschimpfte sie in gemeinster Weise auf offener Straße. Offenlich steht die Polizei bald ein, wer des Schutzes bedürftig ist: friedliche Arbeiter, die von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen, oder bewaffnete Unternehmer und Streikbrecher, die die reinsten Ueberfälle organisieren. Da wäre es wahr-

haftig nicht nötig, daß die Gendarmen jeden Tag Unfrage bei den Streikbrechern hält, ob sie nicht beschäftigt worden sind und daß zu jedem Streikposten zwei Gendarmen postiert werden. Die Hauptkraft der Arbeiterschaft wird aus dem Mauererstreik und seinen Erscheinungen mehr Nutzen ziehen, als aus Duzenden von Versammlungen. Mit die Hüttenflaben und die unfreien Vergleite, die jahrzehntelang unter dem größten Druck der Stummigkeit dahingebegitteren, muß der Lohnkampf einer gutorganisierten, aufgestellten Schar Arbeiter, die unter den widerlichsten Verhältnissen für ihr Recht zu kämpfen weiß, befeindend wirken. Der Streik ist ein Stüd Anschauungsunterricht, unter dem der letzte Rest Furcht vor den Scharmachern zum Zerkeln gehen muß. Der Streik steht im ganzen trotz des Tobens der Unternehmer sehr gut. Die kostspieligen Anstrengungen der Unternehmer, um Arbeitswillige zu erhalten, sind erfolglos. Wirkliche Mauerer arbeiten sehr wenig; die Handvoll Streikbrecher werden die Unternehmer auf die Dauer nicht raufreiben.

Von Heppenheim ist neues nicht zu berichten. Es scheint, als ob die Gendarmen im Kreis Heppenheim sonst nichts zu tun hätten, als Streikposten zu setzen. Da dies jedoch die Streikenden in ausreichendem Maße selbst besorgen, so könnte eigentlich der Staat das Gehalt für die Gendarmen sparen.

Der Zementwerke Streik in Freiburg ist beendet. Die kirchlich Organisierten bei der Firma Krebs waren nicht willens, solidarisch zu handeln; aus diesem Grunde zogen es die Streikenden vor, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Auch von Colmar ist neues nicht zu berichten. Die Sperre über den Unternehmer Kauer in Bandau wird aufgehoben, da letzterer den Tarif unter schriftlich anerkannt hat.

Die Sperre über die Gulinfabrik in Rudenheim, den Unternehmer Scherf in Heppenheim sowie über Hageloh bleiben bestehen.

**Gau Hannover.** In Braunschweig tobt der Kampf mit großer Heftigkeit fort. Die Unternehmer machen Gesichter wie die betäubten Roggerber, denen die Helle fortgeschwommen sind. Und wofür, mit den ausländischen Hausreißern haben sie kein Glück gehabt. Die Italiener sehen sich nach dem Süden zurück, denn solch miserablen Unternehmern wie hier haben sie noch nicht gehabt. Nicht nur, daß ihnen eine hundertbärmliche Behandlung zu teil wird, kurz man ihnen auch noch den erbärmlichen Lohn (48 s pro Stunde), indem man fahrgelb, Transportkosten usw. haben abzieht. Die Bauten, auf denen die „Fremden“ beschäftigt sind, gehen in einem solchen Schandekamp vorwärts, daß die Unternehmer mehr Schaden als Vorteil von der Arbeit haben. Die Unternehmerorganisation läßt nichts unberücksichtigt, um unsere außerhalb in Arbeit stehenden Kollegen wieder auf die Straße zu setzen. Um dieses zu ermöglichen, werden nach allen Orten Sendboten geschickt. Der Erfolg dieser Anstrengungen ist jedoch gleich Null. Als es den Scharmachern aber einmal gelang, in einem nahegelegenen Orte unsere Kollegen arbeitslos zu machen und diese, fünf Mann an der Zahl, auf dem hiesigen Bahnhof einzufangen, verzerrten sich die Gesichtszüge der als Wäre anwesenden Unternehmer zu einem Grinsen. Vielleicht aus Freude, daß ihnen wieder einige Braunschweiger Mauerer mit Geschick zu Geficht kamen. Der Stand des Streiks ist für uns äußerst günstig; über zwei Drittel der Kollegenchaft sind abgereist.

Der Schöninger Streik ist vollständig mit dem Braunschweiger beizugeht. Der Braunschweiger Arbeitgeberverband ist auch hier Reiter. Die Schöninger Unternehmer trotten eben mit. Natürlich auch zu ihrem Schaden. Wie weit die Nervosität hier schon eingegriffen, beweist folgendes Beispiel: Als kürzlich die neue Abortanlage der städtischen Schule gerichtet werden sollte, erwies sich, daß das ganze Gebäude 50 Zentimeter zu breit geraten war. Natürlich war der ganze Dachstuhl, der nach der Zeichnung angefertigt und schon fix und fertig vor dem Bau lagerte, zu schmal. Allgemeine Verzweiflung! Lange Gesichter! Neuer Dachstuhl! O, weh!

Der Streik in Vöhringen ist beendet. Die Arbeit ist am 8. September wieder aufgenommen worden. Der Kampf hat nahezu fünf Monate gedauert. Seine Ursache war der Zimmererstreik, in dessen Verlauf die Mauerer ausgesperrt wurden. Die Zimmerer haben bereits am 6. August die Arbeit aufgenommen. Unsere Kollegen glaubten, durch längeres Streiken noch mehr erreichen zu können, welche Hoffnungen sich aber als trügerisch herausgestellt haben. Mit Aufnahme der Arbeit erhöht sich der Stundenlohn von 40 auf 42 s, am 1. April 1909 auf 44 s und vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 auf 46 s.

**Gau Bremen.** In Leer (Ostfriesland) waren am 28. August unsere Kollegen in den Streik eingetreten, weil die Unternehmer die vom 20. August angestandene Lohnerhöhung von 2 s pro Stunde nicht ausgezahlt hatten. Dies soll nach Angabe der Unternehmer auf ein Mißverständnis zurückzuführen sein, indem der Stellenausschuss die Zustimmung der Gesellen nicht schriftlich mitgeteilt habe, das sei vielmehr nur mündlich erfolgt. Am Mittwoch, den 29. August, fand nun abermals eine Verhandlung mit den Unternehmern über die Lohnfrage statt, an der auch der Gewerkschaftsteilnahm. Diesmal bewilligten die Unternehmer einen weiteren Pfennig vom 1. April 1907 an, so daß der Stundenlohn von da an 43 s beträgt. Weiter soll den Kollegen auch die Lohnniederlegung von 2 s vom 20. August an nachgezahlt werden. Mit diesem Angebot beschäftigte sich die Versammlung unserer streikenden Kollegen. Die Versammlung dauerte von 7½ bis 12 Uhr und nahm teilweise einen recht stürmischen Verlauf, jedoch wurde das Angebot mit 80 gegen 23 Stimmen angenommen und der Streik für beendet erklärt. Am Streik hatten sich 67 Kollegen beteiligt.

#### Aus der Schweiz.

Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Dies trifft auch für Krenzingen zu. In Nr. 34 konnte berichtet werden, daß die Polizei ihren Eifer eingestellt habe; darüber hat sie sich, wie es scheint, geärgert, aber haben die Unternehmer das als Unrecht empfunden? Es muß etwas geschehen, sagten sich die Herren und Bau-



meister. Aller übernahm die Führung. An den Streikenden kann man keinen Kerner nicht auslassen, da sie alle anerkennend untergeordnet sind, daher mußten die vier Streikposten herhalten. Am Bau des Wegers Schmidt schafften zwei Arbeitswillige; mit diesen wollten zwei Streikposten Bierbräute nehmen und warteten auf den Feierabend. Hieran hatte Herr Müller bekommen, ging hin und sagte den beiden Kollegen eine Menge Schmeicheleien, worauf sie selbstverständlich antworteten und verlangten, man solle sie in Ruhe lassen oder sie würden sich auf andere Art Ruhe verschaffen. Darauf ging der Herr Baumeister ins Gasthaus und forderte dort die Wegersburschen auf, die Streikposten zu verprügeln, was diese rohe Gesellschaft auch ungerührt ausführte. Sie fielen, ohne ein Wort zu sagen, über einen der ahnungslos Dastehenden her und warfen ihn dreimal zu Boden; der andere konnte sich durch schleunige Flucht retten. Nun wird wohl jeder rechtlich denkende Mensch annehmen, daß die Polizei die beiden rohen Kampfbereiten verhaften und abführen sollte. Der Geprügelte wanderte ins Hoch! Am anderen Tage wurden der Verbandssekretär, sowie ein Kollege des Verprügten beim Gemeindeamt vorstellend und forderten, man solle den Inhaftierten freilassen, da er in Kreuzlingen anständig sei und obenbein kein Grund zur Verhaftung vorliege. Der Gemeindeamtmann erklärte nun, der Streikposten sei dem Gericht ausgeliefert und das Streikpostenfürer sei Grund genug zum Verhaften; die Schweizer Bürger seien jetzt in großer Erregung über das fortwährende Streiken der Ausländer, und dieser Stimmung müsse Rechnung getragen werden, übrigens stehe in den schweizerischen Gesetzen nichts, daß das Streikpostenfürer erlaubt sei, das Gesetz besage nur, daß die Arbeiter streiken dürfen. Er sei der Meinung, daß beim Streiken das Postenfürer überflüssig sei. Der mitanwesende Polizist zeigte obendrein recht viel „soziales Verständnis“, indem er sagte, im Sommer sind die Streikenden zu faul zum Schaffen und im Winter kommen sie zu uns Suppen betteln. Daß aber die Streikenden durch ihre Steuern den sauberen Polizisten vor dem Suppenbettel schützen, scheint er nicht zu begreifen; die Maurer aber wollen durch den Streik erreichen, daß auch sie höhere Löhne bekommen, die sie im Winter vor dem Betteln schützen.

In Zürich hat das Streikpostenverbot und Militäraufgebot dazu beigetragen, daß die Arbeiter unterliegen mußten, aber auch der Mangel an Organisation, Disziplin und Geld ist Schuld daran, daß in diesem Jahre der Kampf erfolglos blieb. Die Züricher Maurer haben nun beschlossen, über Zürich die Sperre zu verhängen, um die Baumeister für das nächste Jahr müde zu machen. In Zürich fehlt es auch nach Aussage der Meister an guten Maurern; die deutschen Maurer können die Züricher dadurch unterstützen, daß sie Zürich meiden; obendrein ist es auch nicht verwerflich, die Prücherei der Streikbrecher zu reparieren. Für die Maurer in Zürich aber muß nun das Schimpfen und Drohen aufhören; denn dadurch ändert man die Sache nicht mehr; jetzt heißt es: frisch an die Agitation! Die Organisation muß ausgebaut werden, damit man im Frühjahr schlagerfertig ist. Auch den Kollegen, die während des Streiks abgefallen sind, muß man klar machen, daß sie wieder mithelfen müssen; denn wenn das auch nicht direkt war, was sie taten, so ist es bei dem Mangel an Geld zur Unterstützung, sowie bei der fehlenden Disziplin begreiflich. Ueber die Art der Agitation dürfte nun auch kein Zweifel mehr herrschen; durch Versammlungen allein erreicht man den Zweck nicht, die Agitation muß auf der Baustelle und in der Wohnung ausgeübt werden. Einzelne muß man die Jagensflüchtigen auffuchen und sie auffären; dies scheint im Anfang zwar schwer, aber der Erfolg ist desto sicherer. Auch von der Illusion dürfen die Maurer in Zürich geheilt sein, daß es genügend ist, den Streik zu beschließen, um andere Arbeiter für die Streikunterstützung sorgen zu lassen. Diese Zeiten sind vorbei; selbst ihr der Mann, und wenn es so gemacht wird, wie wir hier angestrebt haben, dann werden die Unternehmer schon Respekt bekommen; denn auch die Meister richten sich nach der Stärke unserer Organisation, nicht nach dem Gehalt, das in den Zeitungen gemacht wird. Anderen organisierten Arbeitern zuzumuten, die Kosten der Maurerstreiks zu tragen, ist wohl auch etwas dreist, wenn man in Maurerkreisen die Ansicht verbreitet, die eigenen Beiträge seien zu hoch. Also selbst etwas leisten und das jetzt Gelernte verwerten, dann ist der Kampf nicht umsonst gewesen.

In Neuchâtel ist ein großer Teil der Arbeitswilligen zum Militär eingezogen, und wenn die Unternehmer keinen Ersatz dafür schaffen können, dürfte es wohl noch zu Verhandlungen kommen. Streikpostenfürer ist auch hier verboten, weil eben die Herren Meister es wollen, und weil die Bürger erregt sind.

Ein verheißener Kampf ist der Streik in Lausanne. Ein altes Mittel hatten hier die Meister probiert, und bei nahe mit Erfolg. Eine ganze Woche lang wurde in den bürgerlichen Zeitungen geschrieben, die Meister und die Organisation der Maurer würden am 18. August zu Verhandlungen und sicher auch zu einer Verständigung kommen. Die Verhandlung fand statt; die Meistervertreter erklärten sich mit den Forderungen einverstanden und wollten am Abend in ihrer Versammlung für Annahme des Vereinbarten eintreten. Ueber die Meisterversammlung drang nichts in die Öffentlichkeit; in jeder kleinen und großen Dorfgemeinde des ganzen Kantons aber war zu lesen: „der Streik der Maurer in Lausanne ist beendet, die Maurer haben gesiegt“. Die Folge davon war, daß am Montag und Dienstag darauf die Maurer in Scharen eintrafen, die vorher in Lausanne geschäftig hatten; die Meister schmeuzelten und teilten der Streikkommission mit, sie hätten in ihrer Versammlung die Forderungen der Maurer wieder abgelehnt. Jetzt galt es, die Zugereisten abzuschieben, was auch zum größten Teil gelang; die anderen aber schlossen sich den Streikenden an und nicht ein Maurer wurde zum Streikbrecher. Für diesmal hatten sich die Herren verrecknet. Den Mut hatten sie aber noch nicht verloren. Die Zementarbeiter, meist auch Maurer, wurden aufgefordert, Streikbrecherdienste zu leisten, und obwohl in den Zementwarenfabriken viel Arbeit für auswärtig vorliegt, entließ man einige Arbeiter, die sich weigerten, Streikbrecherarbeit zu verrichten. Die Zementfabriken sind

in den Händen der Baumeister, also waren die Zementarbeiter für ihre Arbeiter und sie konnten nach ihrer Meinung mit ihnen machen, was sie wollten. Die Zementierer sind bis auf den letzten Mann organisiert. Am 28. August fand, ohne daß es öffentlich bekannt wurde, eine Versammlung statt, an der alle Mitglieder teilnahmen; der Streik wurde beschlossen, und am anderen Morgen arbeitete kein Mann. Das gab lange Gesichter bei den Meistern, und noch längere wird es geben, wenn die Meister ihre Arbeit verlieren, und das wird kommen. Eine Anzahl Neuhauten sollen begonnen werden. Die Auftraggeber hatten die Frist zum Beginn der Bauten verlängert, doch jetzt dauert es ihnen zu lange; deshalb haben sie sich an den einzigen Baumeister, der von Anfang an die Forderung der Streikenden bewilligte, behufs Uebernahme der Arbeiten gewandt. Dadurch wird zwar der Streik nicht beendet, aber die Streikenden bekommen Arbeit und die Organisation spart die Streikunterstützung. Es wird also doch wahr, in der Schweiz wird es Maurer geben, und schon in diesem Jahre, die nur neun Stunden arbeiten.

Aus den meisten Sektionen laufen Beschwörungen ein, daß sich die deutschen Mitglieder, die nach der Schweiz kommen, weder an noch abmelden. Dem könnte vielleicht abgeholfen werden, wenn man mit diesen Kollegen ein erstes Wort reden würde, wenn sie sich in einem deutschen Zweigverein mit den Worten anmelden: „Ich war in der Schweiz“. Wir verlangen von ihnen, daß sie hier beim Ausbau der Organisation helfen und nicht durch schlechte Beispiele andere zur Nichtachtung der Statuten veranlassen.

Gestohlen oder verloren gegangen ist das Verbandsbuch 26 184 des Kollegen Hans Schlichter, eingetreten in Altona.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der Verbandskalender ist in seiner ersten Auflage (80 000 Exemplare) überzogen. Um die Höhe der zweiten Auflage bestimmen zu können, ist es notwendig, daß uns der noch vorhandene Bedarf mitgeteilt wird. Eine ganze Anzahl Zweigvereine hat überhaupt noch keine Bestellungen gemacht und dürfen wir wohl erwarten, daß diese das Verkaufte recht bald nachholen.

Mit dem Versand beginnen wir in dieser Woche; bis zum 22. September dürfen alle bis zum 1. September bestellten Exemplare den Zweigvereinen zugegangen sein.

Die Broschüre, betreffend Verkürzung der Arbeitszeit, ist bis jetzt in 100 000 Exemplaren hergestellt. Die gesamte Auflage ist auch erscheinungsweise bereits vergriffen, so daß eine dritte Auflage hergestellt werden muß. Wir erwarten weitere Bestellungen, besonders von solchen Zweigvereinen, die bis jetzt Bestellungen noch nicht gemacht haben.

Das Buch „Arbeit und Kultur“ ist noch vorrätig. Die Anschaffung des sehr interessanten und lehrreichen Buches kann den Mitgliedern nicht dringender empfohlen werden.

tariffverträge. Eine ganze Anzahl Zweigvereine hat uns ihren in diesem Jahre abgeschlossenen Tarifvertrag noch nicht zugefandt. Wir erwarten nimmlich die Zufendung, und zwar in fünf Exemplaren, wenn der Tarif gedruckt ist und in zwei Exemplaren bei handschriftlicher Ausfertigung.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übergeben:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbendeckung.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 26. August bis 1. September für folgende Mitglieder erteilt:

Herrn. Barth-Weitz (Frank), Verb.-Nr. 88 819; Geralt-Weiss-Weitz (Frank), 65 216; Heinrich-Weitz-Weitz, 4087; Joch. Schöffer-Gewinnig, 229 648; Joh. Köder-Merane, 86 601; Karl Schmauder-Eintgart (Frank), 47 670; Frdr. Schmidt-Weitz (Frank), 40 688; Gust. Bröckel-Merane, 66 808; Ernst Schindler-Lindach (Frank), 156 425; Ernst Weitz-Weitz (Frank), 54 269; Franz Brodmüller-Völsingen, 115 807; Herrn. Käsebaue-Weitz (Frank), 66 988; Herrn. Käsebaue-Weitz (Frank), 108 827; Aug. Schmidt-Weitz (Frank), 163 211; Karl-Weitz-Weitz, 227 767; Joh. Vetter-Weitz (Frank), 144 855; Wilh. Vetter-Weitz, 144 650; H. Andreus-Weitz (Frank), 108 053; Ernst Grisch-Weitz (Frank), 67 642; Wilh. Giersch-Weitz, 72 662.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köder, Hamburg 1, Rensinstraße 86, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 26. August bis 3. September sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.  
Wilhelmsbader A. 1600, Altona 1000, Dortmund 1000, Regensburg 700, Rehm 800, Weiskopf 400, Rehm 400, Regensburg 800, Elmshorn 800, Celle 250, Merane 200, Regensburg 100, Schwiebus 100, Weiskopf 100, Peterow 100, Weiskopf 100, Bonn A. 53,80, Hamburg u. Umgeg. 8000, Bremen u. Umgeg. 5000, Ostfriesland 800, Eichen 800, Karlsruhe u. Umgeg. 1350, Eisenach 500, Bruchmühl 400, Würzburg 200, Adeln 200, Rumbach 100, Großsied 42, Rastan in

Bommern 4, Gelsenkirchen 1000, Straßburg i. Elz. 800, Landsberg a. d. Warthe 350, Markranstädt 801,50, Markranstädt von hiesiger Streikunterstützung zurückgeliefert 41,67, Erfurt und Umgeg. 800, Sangerhausen 150, Altm. 100, Rudolfsb. 80, Neustadt von hiesiger Streikunterstützung zurückgeliefert 65,65, München u. Umgeg. 2500, Wiesbaden u. Umgeg. 1200, Elbing 600, Gerdorf 76,38, Freudenwalde 6, Graudenz 700, Solingen 400, Homburg 200, Vergeborf 150, Coswig 150, Oherode a. Harz 19,80, Gr. Mühlberg 13,20, Ostsch. 22,50, Grimmschau 48,31, Schwab. Gmünd 9,12, Halberstadt 11,25, Seemoor 15, Bernburg 109,20, Heidelberg 800, Altenburg 600, Kötha 150, Cronau i. Hann. 99,10.

### b) Für Futterale.

#### c) Für „Arbeit und Kultur“.

Bonn A. 15, Eisenach 75, Babel 15.

#### d) Bericht der Bauarbeiter-Kommission.

Bonn A. 15, 75 A.

e) Ein Mahnwort zur Verkürzung der Arbeitszeit.  
Celle A. 15, Merane 11,25, Gelsenkirchen 30, Landsberg a. d. Warthe 13,75.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandmitglieder aller Zweigvereine, die in der vorigen Woche das Wahlprotokoll eingekandt haben.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Joh. Schöffer-Hof a. d. S. (Verb.-Nr. 130 470), Georg Hartmann-Mainz (40 450), Joh. Schaffgild-Mühlrodt (37 481), Joh. Kron-Mühlrodt (388 007), Joseph Segla-Frankfurt a. M. (40 041), Alwin Fiedler-Berlin (49 694), Julius Gerhardt-Torgelow (104 563), Fr. Abel-Gumburg (125 718), Leop. Schöffer-Horn (127 497), Otto Jung-Essen (134 856), Aug. Baberich-Dradenberg (143 488), Paul Müller-Guben (154 264), Paul Jachob-Sinter (152 718), Otto Mühlbach-Mühl (248 871), Brunetti Nicosi - Dortmund (297 123), Gustav Lang - Leipzig (383 557), Franz Heinrich-Ratowitz (321 124), Alois Pelka-Ratowitz (369 406).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 27 b des Statuts vom Zweigverein D. a. b. d. c. Heinrich Weitz (Verb.-Nr. 84 915); J. A. b. d. c. Friedrich Grath (167 621), Wilhelm Köppen (248 967), Hermann Senkel, August Linke (355 815), August Ehrenberg (167 622), Wilhelm Wähle (167 608); Gelsenkirchen a. d. S. J. Weitz (130 821); G. A. b. d. c. Reinhold Wolf (154 648); Reichenh. a. d. S. Georg Scheller (247 601); Berlin: Franz Ratowitz (365), Gustav Ratowitz (81 679), Hermann Wöhrer (136 106), Karl Böhm (6884), Fritz Deere in Jendelhof (10 997), J. Fiedler in Jendelhof (268 806); Rensb. a. d. S. J. Clausen (96 893), J. Clausen (96 899), C. Niehe (96 928), C. Nau (150 613), H. Jürgens (96 952).

N. B. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein S. J. a. b. c. Anton Rath aus Elmstein (Verb.-Nr. 330 992), Johann Münch aus Weiler i. Rhld. (385 774); D. a. b. c. Franz Schall, geb. am 7. Februar 1886 zu Dessau; P. o. b. c. Ernst Kadeberg, geb. am 6. März 1873 zu Rastowien (244 841).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereiner oder uns Mitteilung zu machen.

### Der Verbandsvorstand.

### Berichte.

#### Schlussbericht vom Gau Braunschweig.

Am Schluß unseres vorjährigen Berichts sprachen wir aus, daß wir, da eine Vergrößerung des Gaus seitens des Verbandsvorstandes nicht vorgenommen wurde, unserer nächsten Konferenz empfehlen müßten, entweder den Vorsitzenden des Zweigvereins Braunschweig mit den Arbeiten des Gauvorsitzenden zu betrauen, oder uns dem Gau Hannover anzugliedern. Die maßgebende Konferenz unseres Gaus, die am 25. Februar dieses Jahres tagte und sich mit dieser Frage befaßte, beschloß im Beisein des Verbandsvorsitzenden, sich mit Hannover zu verschmelzen. Dieses ist am 1. Juli cr. geschehen. Es erstreckt sich daher dieser Bericht, außer einigen ergänzenden Ausnahmen, auf die erste Hälfte dieses Jahres.

Gleich zu Anfang des Jahres hatten wir die freudige Ueberraschung, daß das herzoglich braunschweigische Staatsministerium nach langjährigem Drängen der Braunschweiger Bauarbeiter am 8. Februar ein Gesetz für das ganze Land erließ, das bezüglich des Bauarbeiter-schutzes, sowie auch der sanitären Vorschriften auf Bauten wesentliche Verbesserungen enthält. Dieser Verordnung sind gleichfalls die wichtigsten Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften für Unternehmer und Arbeiter der Hannoverischen Bauerverbände zugeordnet, zu der ja bekanntlich das herzoglich braunschweigische Gebiet, beifügt. Wir erkennen keineswegs, daß dieses Gesetz wesentliche Verbesserungen enthält. Namentlich wird auf hygienischem Gebiete, und zwar in Bezug auf Baubuden und Aborte, eine vollständige Umwälzung stattfinden müssen. Jedoch haben die wichtigsten Wünsche der Arbeiter keine Berücksichtigung gefunden. Zur Uebernahme dieser Vorschriften sind die Stadtbauämter und die Baukommissionen berufen. Mit dieser Aufgabe Bauunter-reckture aus Arbeiterkreisen zu betrauen, dazu hat man sich noch nicht aufgeschwungen vermocht, obgleich dieses das einzige Mittel ist, die Mängel bauernd zu beseitigen. Die „Kerne“ der Verordnung bildet jedoch der § 11. Dieser lautet:

Die Herzoglichen Kreisdirectionen bezw. die Stadtbauämter können unter besonderen Umständen, namentlich bei einfacheren Bauten und in den kleinen Städten und in den Landgemeinden, von einzelnen Bestimmungen dieser Anweisung mit Ausnahme der Bestimmungen der Anlage Dispensationen erteilen.

Hiernach drängt sich uns fast die Ueberzeugung auf, daß dieses Gesetz nur für die Hauptstädte gelten soll, denn man scheint sich selbst, wo der Segen dieser Verordnung überhaupt noch nicht verspürt wurde, auch zu den kleinen



Städten zu rechnen, in welchen den Bauunternehmern Dispensation erteilt werden muß, obgleich Gelmstedt mit seinen rund 18 000 Einwohnern die kleinste Stadt des Herzogtums ist. Unsere Gelmstedter Kollegen sind dabei, durch statistische Aufnahmen über die Wohnstände auf den Bauten der dortigen Polizei die Augen zu öffnen. Hieraus ist zu erhellen, mit welcher Ungleichgültigkeit solche Gesetze von den zuständigen Behörden gewürdigt werden und wieviel den gesetzgebenden Körperschaften daran liegt, Arbeitergesetze zu verwilligen. Unerwähnt wollen wir jedoch nicht lassen, daß in einzelnen, selbst kleineren Orten die Unternehmer zur Durchführung dieses Gesetzes angehalten wurden. Es ist daher Aufgabe der Kollegen, dahin zu streben, daß die jetzt noch in den einzelnen Orten bestehenden Mißstände den zuständigen Behörden zur Anzeige gebracht und um Abhilfe gebeten wird. Sollte dieses ohne Erfolg sein; so wende man sich an den Bauvorstand, um mit diesem gemeinsam die weiteren Schritte zu veranlassen.

Um diese Verordnung so populär wie möglich zu machen, haben wir sie in einem kleinen 16seitigen Schriftchen vervielfältigt und den einzelnen Zweigvereinen zum Selbstkostenpreise von 5 x pro Exemplar überlassen. Die erste Auflage ist vergriffen. Es ist unumgänglich notwendig, daß Anfang kommenden Jahres nochmals eine Auflage erscheint, damit den Kollegen diese Bestimmungen ganz in „Reich und Müt“ übergeben.

Bei dieser Gelegenheit müssen dann selbstverständlich die Kreise Blankenburg und Holzminden des Herzogtums, die ja nicht zu unserem Agitationsgebiet gehören, mit bearbeitet werden. Referenten stehen, speziell in diesem Punkte, den Zweigvereinen auf Kosten der Gaukasse stets zur Verfügung.

Die Abrechnung über die Vervielfältigung der Verordnungen, gestaltet sich wie folgt:

Einnahme: Von den Zweigvereinen Wodum M. 2,50, Braunschweig 30, Braunschweig (Christlicher Verband) 5, Braunschweig (Kauarbeiter) 10, Braunschweig (Dachdecker) 3, Goslar 6,50, Gr. Müden 3, Gelmstedt 10, Hildesheim 1,50, Königslutter 7,50, Langelsheim 3,50, Salzhausen 1,50, Schöningen 6, Schöppenstedt 1,50, Seesen 6, Wolfenbüttel 4,50, Summa M. 104,15. Ausgabe: Für Druckkosten M. 72,50, für Wundinbearbeitung 12,50, für Porto 1,50, Summa M. 86,50. Bilanz: Einnahme M. 104, Ausgabe 86,50, Ueberschuß M. 17,50.

Diese Summe ist dem Zweigvereinsvorstand Braunschweig mit der Mahnung übergeben, daß sie für die künftige Neuaufgabe den Grundstein bildet.

Die Bautätigkeit kann im ganzen Gebiet als aufreißend bezeichnet werden. Selbst Braunschweig hat sich wieder etwas erholt. Dieses kommt schon in der Angabe über die Mitgliederzahl zum Ausdruck. Im zweiten Quartal 1905 wurden 681 und im zweiten Quartal 1906 892 Mitglieder angegeben. Vom „Arbeitsnachweisbureau“ der Unternehmer konnten sich im Monat Juni 1905 22 und im Juni 1906 125 Kollegen einen „Zettel“ holen, weil es ihnen gelang, Arbeit zu finden. Im großen und ganzen kann man ja nach den Angaben dieses „Arbeitsnachweises“ keine richtigen Schlüsse ziehen, weil bei vielen Unternehmern ein „Zettel“ nicht verlangt wird. Aber immerhin lassen sich obige Zahlen auf einen Aufschwung schließen.

Da wir gerade beim „Arbeitsnachweis“ des Arbeitgeberverbandes sind, müssen wir, um einer Regendenbildung vorzubeugen, einige Angaben desselben richtigstellen. Nach den Angaben des „Reichs-Arbeitsblatt“ kann es bei den Ueinegewerbeten den Anschein erwecken, als ob im obigen Bureau Arbeit vermittelt wird. Es wird hier von Arbeitsfindenden, offenen und besetzten Stellen gesprochen. Es ist aber im Gegenteil zu konstatieren, daß hier, mit ganz vereinzelten Ausnahmen, keine Arbeit nachgewiesen wird, sondern der „Glückliche“, der Arbeit fand, muß, wenn dieses bei einem Schachtmacher der Fall ist, sich in diesem Bureau die Papiere kontrollieren lassen. Nachdem dieses geschehen ist, und man sich überzeugt hat, daß der „Arbeitsfindende“ nicht „schwarz“ angestellt ist, läßt man sich dann gnädigst herbei, den zur Arbeit berechtigenden „Zettel“ auszufüllen.

Erfreulicherweise legen jedoch die meisten Unternehmer diesem Mäßigkeitsbureau keinen Wert bei. Darum ist es auch nur zur Zeit der Depression mit Erfolg von den Unternehmern zu halten.

Daß man ein solches Institut im „Reichs-Arbeitsblatt“ aber unter der Rubrik „Arbeitsnachweise“ führt, ist ein großer Fehler, der verursacht, daß der Ueinegewerbe vollständig im unklaren über die Funktionen eines solchen Mäßigkeitsbureaus bleibt.

Außer einigen kleineren Zweigvereinen, die im vorigen Jahre Lohnverbände erzielt hatten, traten die Kollegen des ganzen Gaubeiets in Lohnbewegungen ein. Die Erfolge sind aus folgender Tabelle ersichtlich.

Name des Lohngebiets	Stundenlohn vor der Bewegung	Stundenlohn nach der Bewegung	Zahl der Kollegen	Die Erfolge wurden erzielt durch	Unkosten der Streiks und Sperrn
Braunschweig-Hollersleben	31	34	69	—	90,—
Braunschweig-Verhe	32	36	82	—	111,30
Braunschweig-Salzgitter	27	30	30	—	—
Goslar	38	40	143	—	80,—
Greene	27	30	62	—	—
Harzburg	37	38	160	—	—
Gelmstedt	37	40	226	—	—
Gelmstedt-Emmerstedt	36	38	17	—	—
Gernburg	30	32	78	—	—
Hornleben	35	38	58	—	—
Sergheim	30	32	106	—	—
Königslutter	36	38	45	—	692,40
Königslutter-Sippflingen	34	36	33	—	—
Langelsheim	30	35	48	—	—
Obelsbude	30	32	78	—	—
Seesen	40	44	152	—	4800,—
Schöppenstedt	30	32	132	—	94,68
Seesen	30	33	139	—	—
Wolfenbüttel	43	50	82	—	700,—

\* Im Wolfenbüttel ist die tägliche Arbeitszeit von 10 auf 11 1/2 Stunden herabgesetzt.

Jeder vernünftige Mensch hätte bei den in diesem Jahre verschlechterten Lebensverhältnissen des Arbeiters, annehmen können, daß die Unternehmer den Lohnforderungen der Kollegen in einseitigster Weise entgegengekommen wären. Auch wir waren nur genug, anfangs daran zu glauben. Die Enttäuschung war aber sehr stark, als sich das Gegenteil herausstellte. Wir müssen gestehen, daß wir auch nicht ein flüchtiges Mitgefühl für die traurige Lage der Arbeiter bei dem Unternehmertum wahrnehmen konnten.

Wie ja unsere Tabelle ausweist, ist es bei vielen Lohnbewegungen zu Streiks oder Sperrn gekommen. Mehrere Lohnbewegungen wurden auch in Güte zwischen den Parteien geregelt. Dieses geschah in erster Linie darum, weil die bestehenden örtlichen Zweigvereine die sichere Gewähr für eine erfolgreiche Arbeitseinstellung boten, oder aber auch die Erhöhung des Lohnes im Nachbarlohngebiet die örtliche Bewegung günstig beeinflusste.

Es ist wohl nicht notwendig, daß wir über unsere gestiegenen Streiks und Lohnbewegungen nochmals berichten. Sie sind alle zur Zufriedenheit der Beteiligten verlaufen und in unseren wöchentlichen Streikberichten im „Grundstein“ einer genügenden Erörterung unterzogen worden.

Die Kollegen in Braunschweig und Schöningen stehen jetzt noch in einem schweren Kampfe.

Da die Bautätigkeit etwas besser ist, wie im vorigen Jahre, so hat auch die Mitgliederzahl zugenommen. Es ist ja nicht möglich, jetzt schon Schlüsse für dieses Jahr zu ziehen. Bemerken wollen wir nur, daß am Schlusse des zweiten Quartals dieses Jahres von den Zweigvereinsvorständen rund 400 Mitglieder mehr angegeben werden konnten, als am Schlusse des gleichen Quartals im vorigen Jahre, und zwar liegt die Zahl von 1700 auf 2100. Der Zweigverein Braunschweig ist hierbei mit einer Zunahme von 250 Mitgliedern beteiligt.

Außer obigen Mitgliederzunahmen sind solche noch in unseren neugegründeten Zweigvereinen Greene und Harzburg zu verzeichnen. In diesen beiden Orten beträgt die Zahl der Mitglieder 150.

Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß die Zunahme, wie sie am Schlusse des zweiten Quartals verzeichnet ist (350 Mitglieder), für das ganze Jahr maßgebend bleiben wird, weil wegen der Streiks in Braunschweig und Schöningen Hunderte von Kollegen das Gaubeit verlassen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch gleich folgendes richtigstellen: In Nummer 17 des „Grundstein“, von diesem Jahre veröffentlicht, hat der Verbandsvorstand in der Tabelle der „durchschnittlich pro Mitglied in den einzelnen Gauen verlaufenen Beitragsmarken“, daß in unserem Gau im Jahre 1904 38,89 und 1905 38,27 Mark pro Mitglied verlaufen sind. Die Zahl für 1905 muß 38,96 heißen.

Unsere Schlussfolgerung vermögen wir heute noch nicht zu geben. Wenn nicht eher, so wird sie spätestens im nächsten Jahresbericht des „Gaus Hannover“ mit gebracht werden.

Die Korrespondenz war ziemlich umfangreich. Ausgegangen sind bis heute 401 und eingegangen sind 324 Briefwendungen.

Zum Schluß ersuchen wir alle Kollegen unseres bisherigen Gaubeiets, nach wie vor rührig für das fernere Gedeihen unserer Organisation einzutreten, damit wir tatkräftige Mitglieder in unserer neuen Gaueinstellung werden, und weiter auch in der Lage sind, ständig für unser Wohl und Wehe in die Schranken treten zu können. Allen den Parteigenossen und Kollegen, die uns bei der Agitation und bei dem Führen der Lohnbewegungen hilfreich zur Seite standen, sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.

Braunschweig, den 14. August 1906.  
Karl Obermeyer.

Breslau. Ein Opfer unserer heutigen Reichspräsidenten ist unser Kollege Widera, Kassabesitzer des hiesigen Zweigvereins, wegen Vergehen gegen den bekannten § 163 der Gewerbeordnung verurteilt worden. Kollege Widera hat Dienstag, den 28. August, nachdem das Oberlandesgericht die Revision gegen das Urteil der Verurteilung zurückgewiesen hatte, auf vier Wochen unfreiwilligen Aufenthalt dort nehmen müssen, wo schon mander brave Verbandskollege, der sich in den Dienst der Arbeiterbewegung stellte, gewesen ist. Wir hoffen und wünschen, daß Kollege Widera ungehindert an Geist und Gesundheit in unsere Reihen zurückkehrt. Der Breslauer Kollegenrat möge dieses aber ein Ansporn sein, in Zukunft noch in erhöhtem Maße für die Interessen des Verbandes einzutreten und tüchtig zu agieren, bis auch der Indifferenzismus von den Prinzipien der Arbeiterbewegung überzeugt ist.

Ebingen. Am 13. August wurde hier eine öffentliche Versammlung der Maurer, Gipser und Bauhilfsarbeiter abgehalten, die aber leider nicht gut besucht war. Von den circa 140 bis 150 in Betracht kommenden Berufsangehörigen hatten bloß etwa 60 die Versammlung besucht. Es ist sehr zu bedauern, daß die Arbeiter in Ebingen trotz alles Schaffens und Tuns über die Mithat der Organisation einsehen. „Wir lassen die anderen sein und wir eintreten.“ Die Versammlung wurde von dem Vorkämpfer eröffnet, der dann dem Kollegen Winnig vom „Grundstein“ das Wort erteilte. Kollege Winnig sprach über: „Gewerkschaftliche Forderungen“. Wir wollen ihn hier jedoch nicht weiterverfolgen, aber es ist schade, daß ihn nicht alle Mitglieder hörten. Als zweiter Redner nahm unser Gauborstand, Kollege Stolle, das Wort. Er behauptete, daß in Ebingen noch eine solche Plausibel herrsche, obwohl doch nach nur ein-jährigem Bestehen des Zweigvereins eine Lohnsteigerung von 40 auf 50 x erreicht worden sei, und erwähnte die organisierten Kollegen, immer eifriger für die Organisation zu arbeiten. Es folgte dann noch eine kleine Diskussion, worauf die Versammlung geschlossen wurde. Kurz noch einige Bemerkungen: Obwohl im Mai dieses Jahres ein Arbeitsvertrag zwischen den hiesigen Bauunternehmern und dem Zweigverein Ebingen abgeschlossen worden ist, der die Arbeitsbedingung verbietet, so können sich einige von den Meistern immer noch nicht daran gewöhnen, sondern suchen immer wieder, bestimmte Arbeiten in Affid ausführen zu lassen. Leider finden diese Bestrebungen der Unternehmer, den Tarif zu umgehen, bei einigen Kollegen Unterstützung,

die vor nicht langer Zeit noch der Vorstandschaft angehört. Das muß ganz scharf gerügt werden; denn wenn das geschieht am grünen Holz, was soll am dünnen werden? Aber, Kollegen von Ebingen, richtet Euch nicht nach den schlechten, sondern nach den guten Beispielen. Sorgt dafür, daß sich alle die Berufsangehörigen, die heute noch außerhalb unserer Reihen stehen, in nächster Zukunft dem Verband anschließen, damit wir, wenn es wieder einen Kampf für unsere Existenzkosten soll, gerüstet sind.

Ebingen. Ein Dieb aus alter Zeit finden wir in der „Ebing. Btg.“ — Die verschwundene Gewerkschaft macht der Ebingen Maurergesellenbrüderschaft viel Kopfzerbrechen. Die Maurergesellenbrüderschaft hat ihr Heim in der „Gerberge zu den drei Bergen“. Da sich die Gesellenbrüderschaft überlebt haben, freuten sie sich nur noch ein bescheidenes Dasein. Die Arbeiter und Gesellen schließen sich den neugebildeten Organisationen an. Nur wenige Männer zählt die Maurergesellenbrüderschaft noch zu ihren Mitgliedern. Vermögen und Einnahmen sind infolgedessen gering und können die Ausgaben nicht decken. Der Gerichts-vollzieher war schon mehr als einmal Gast in der Gerberge der Brüderschaft, und einige Mitglieder mußten verhaftet werden, um Geld zu schaffen. Als jetzt auch das alte Banner der Maurer, das aus dem Jahre 1845 stammt, mit Beschlag belegt werden sollte, war es nicht mehr aufzufinden. Das Banner blieb trotz eifrigsten Nachforschens verschwunden. Ob sich ein Dieb diese Fahne als Beute ausgesehen hat, oder ob sie aus anderen Gründen beiseite geschafft worden ist, ließ sich noch nicht aufklären. Man weiß nur soviel, daß die Fahne im Mai dieses Jahres noch vorhanden war. Sic transit gloria mundi!

Frankenberg. Am 21. August tagte unsere Mitgliederversammlung, in der das Verhalten der Köhlerischen Maurer scharf beurteilt wurde, weil diese elf Stunden arbeiten. Der Vertrauensmann berichtete, was bereits davon worden ist, um sie von ihrem schändlichen Treiben abzubringen; auch heute seien sie schriftlich eingeladen, daß die meisten hielten es nicht für notwendig, zu erscheinen. Nur einige böhmische Kollegen, die es doch besser begriffen zu haben scheinen als die hiesigen, waren gekommen. Nachdem sich nun verschiedene Kollegen gegen das Ueberarbeiten ausgesprochen hatten, wurde gegen zwei Stimmen beschlossen, die Betreffenden aus dem Verbande auszuschließen. Hierauf wurden noch verschiedene Mißstände kritisiert, die auf hiesigen Bauten bestanden. Ferner wurden noch einem erkrankten Mitglied M. 10 beihilft und daran erinnert, daß jeder Kollege verpflichtet ist, alle 14 Tage eine Monatsmarke zu entnehmen. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, die Versammlungen besser zu besuchen und fester zum Verband zu halten.

Großhobdungen. Nachdem hier am 1. August ein Zweigverein gegründet wurde, tagte am 28. August eine öffentliche Maurerverammlung. Kollege Schent aus Erfurt referierte über: „Zweck und Ziele des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands“. In seinem 14stündigen Vortrage führte der Referent die Notwendigkeit der Organisation den anwesenden Kollegen in breiten Worten vor Augen. Daß die Kollegen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren, bewies der Beifall am Schluß. In der Diskussion schilderte der Kollege Kiel die sich ent-wickende Konjunktur und die Notwendigkeit des Zusammen-schlusses aller Kollegen, wenn wir von der Konjunktur ebenfalls unseren Anteil haben wollten. Nachdem noch der Vorstand vervollständigt war, erfolgte nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands Schluß der Versammlung. — Der Erfolg der Versammlung war sechs Neuaufnahmen, so daß nun der Verein nach vier Wochen 66 Mitglieder zählt. Hoffentlich beherzigen alle Kollegen den Wunsch, daß in der nächsten Zeit jeder noch einen mit-bringt, damit unsere Mitgliederzahl recht bald der Zahl der Beschäftigten entspricht. Da ja auch der Christliche Verband Mitglieder wirbt und im neuen Neustadt eine Zahlstelle errichtet hat, so heißt es, alle Kräfte anspannen, um vorwärts zu kommen.

Königsberg i. Pr. Hier, wo der mit päpstlichen Orden beglückte Organisator der gelben Gewerkschaft, genannt „Christliche Bauhandwerkerbrüderschaft“, und italienische Streikbrecher, Maurermeister Kauser, sich, will es in diesem Jahre nicht mehr recht klappen, trotzdem der größte Terrorismus von den Unternehmern im Bunde mit den gelben Agitatoren noch immer gegen die Königsberger Bauhandwerker ausgeübt wird. Daß die Wahrheit liegt, scheint sich selbst in Schreien, so noch so manches Un-mögliche möglich ist, zu bewahrheiten. Im vergangenen Jahre gab es noch Bauhandwerker genug, die den „Schöne-las“, der ihnen verabsagt wurde, nicht erprobt hatten, und darum angezogen wurden. Aber in diesem Jahre zieht er nicht mehr; denn jetzt haben sie erfahren, daß der „Kau-ferische Räs“ nämlich dieselben Eigenschaften an sich hat, als aller „Schöne-las“. Darum standen Käufer in diesem Jahre nicht mehr genügend Maurer zur Verfügung, um den Vernichtungskampf gegen die Arbeiterverbände erfol-reich führen zu können. Fast jede Woche wurde die von ihm gegründete gelbe Gewerkschaft mobil gemacht und die gelben Agitatoren, genannt „Christliche Arbeiterfreier“, boten alles auf, um Leute von außerhalb heranzuziehen. Aber alle Bemühungen waren umsonst. Die Maurer hatten die Schande erkannt, die ihnen in Königsberg angetan werden sollte, und darum kamen sie nicht, sondern vergüteten auf die Wohlthaten von Käufer und seiner Gelben. Da Käufer aber Rat schaffen oder mit seiner Weisheit einpanden mußte, hat er wieder einen großen Kasten Italiener angeworben und bei Rindernecht am Rastbau untergebracht. So lange hat er die Probing mit dieser Sorte Menschen versorgt. Nach allen Ecken und Enden — so sich nur die Maurer für die Verbesserung ihrer Lage regten — hat er sie hin-dirigiert, so daß Streikbrecher ziemlich besät ist mit italieni-schen Streikbrecherherden. In Königsberg konnte er sie aber nicht los werden; denn die Unternehmer hatten sich schon im Jahre 1904 den Magen und den Geldbeutel mit dieser Frucht verborben. Da aber Rindernecht zu den besten Stülben für Ordnung und Einte, und somit selbstver-ständlich zu den eifrigsten Schachschleifern gehört, hat er es noch einmal riskiert und sich die italienische Brut aufgeladen. Nun haben sich die gelben Sekretäre Raimow



und Schönerlas wieder zur Ruhe gesetzt; denn die Gefahr, daß den Zentralverbänden die Tore geöffnet werden könnten und diese dann mit dem Streikbrecherverband aufträmen, ist glücklich durch das Eingreifen ihres Gönners und Säuglings Käufer abgewehrt. Aber wie lange wird es dauern, dann werden die Italiener wieder abgeschoben und die anderen werden von den Verbänden wieder angestrichen werden sein und auf die gleiche Farbe verzichtet. In diesem Jahre ist es den gelben Schlingern noch gelungen, die Verbesserung der Lebenshaltung der Königsberger Bauhandwerker zu hintertreiben. Aber lange werden sich die Königsberger Maurer dieses nicht mehr gefallen lassen, sondern ihre Interessen wieder gemeinsam wahren und mit der ganzen Brut aufräumen. Der Höhepunkt ist lange überschritten. Die Mehrzahl hat sich wieder dem Zentralverbande angeschlossen.

**München.** In einer gutbesuchten außerordentlichen Mitglieder-Versammlung in den „Zentralpalast“ referierte Dienstag, 28. August, Kollege Heintz Stolle aus Stuttgart über „Die Ziele der Unternehmervereine und das Jahr 1906“. Einleitend sprach der Referent seine Freude darüber aus, daß es ihm die Gelegenheit erlaube, vor den Münchener Kollegen sprechen zu dürfen; vor circa 19 bis 20 Jahren sei er ebenfalls hier gewesen, als noch der Fachverein bestand, während jetzt eine große starke Organisation entstanden sei. Redner schildert hierauf in anschaulicher Weise die Entwicklung der freien Gewerkschaften, führte den Kollegen ziffermäßig ihre großen Erfolge vor Augen; nicht nur aus der Zahl der Mitglieder, sondern auch aus den Kampfergebnissen sei ersichtlich, welche riesige Fortschritte die freie Gewerkschaftsbewegung gegenüber den verschiedenen Gruppen von Ausbegriffen gemacht habe. Die stetigen Erfolge der modernen Organisationen seien den Unternehmern verbündet ein Dorn im Auge. Besonders unbequem scheine ihnen die Vertiefung der Arbeitszeit zu sein, da die Arbeiter sich in ihrer freien Zeit mehr Aufklärung verschaffen könnten und immer mehr und mehr einsehen würden, daß auch sie als Menschen geboren sind und ihnen eine menschenwürdige Behandlung und Entlohnung gebühre. Die meisten Unternehmervereine seien noch jüngerer Datums. Während sich früher die Unternehmer zu ähnlichen Zwecken vereinigten, hätten sie sich jetzt zum direkten Kampfe gegen die Arbeiter zusammengeschlossen. Jede, auch die bescheidenste Forderung der Arbeiter sei von ihrem Standpunkte aus unbillig, weil sie „Dorn im Auge“ sein und die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach ihrem Gutdünken festlegen wollen, um recht ungehindert die Arbeiter ausbeuten zu können. Das Bestreben der Arbeitgeberverbände sei auch, die Regierung zu veranlassen, solche Gesetze zu schaffen, durch die die Arbeiterbewegung im Keime erstickt werden könne. Redner erinnert an den schrecklichen Entwurf der „Zuchthausvorlage“, die aber zum größten Leidwesen der Herren Unternehmer im Reichstage abgelehnt wurde. Durch größere Ausperrungen versuchen sie es nun, die Klassen der Organisationen zu sprengen. Da auch dies nichts half, versuchen sie, die Arbeiter zu Krawallen aufzureizen, wie die Vorgänge in Augsburg, Leipzig, Breslau und gegenwärtig in Nürnberg beweisen, um Grund dafür zu haben, den Arbeitern Polizei und Militär auf den Hals zu heben. Und mit solchen gemeinen Mitteln glauben sie, die Arbeiterbewegung unterdrücken zu können. Redner weist ferner auf den Verband der Industriellen hin, der es ablehnte, mit Gewerkschaften Tarifverträge abzuschließen, ja sogar die Entschliebung der bayrischen Staatsregierung vom 2. März 1905, die den Abschluß von Tarifverträgen empfiehlt, bedauerte. Wenn jedoch die Unternehmer im Baugewerbe gewissermaßen auf den Abschluß von Tarifverträgen binarbeiteten, so dürfte man ja nicht glauben, daß diese Herren aus einem anderen Halse geschrien sind. Es sei dies kein Beweis von der Friedensliebe dieser Herren; sie tun das nur, um in Ruhe ihre Organisation auszubauen und uns schließlich doch noch zu überwinden. Der Abschluß von Tarifverträgen, die in einer großen Anzahl von Orten am 31. März ablaufen, beweist, daß seitens des Arbeitgeberverbandes im Baugewerbe eine Kesselaussperrung geplant ist, vermutlich um den Zentralverband der Maurer zu sprengen. Die Unternehmer dürfen ja nicht glauben, daß sich die Arbeiter dadurch ins Bodenhorn jagen lassen. In ihrer Hülfslosigkeit hätten sich die Unternehmer stets an die Regierung gewandt, die sich diesen gegenüber immer sehr willfährig gezeigt habe, was die jüngsten Vorkommnisse in Nürnberg, die die in Breslau und Jülich noch übertreffen, neuerdings beweisen. Redner geißelt hierauf scharf das rohe Vorgehen der Nürnberger Polizei, die auf ganz ahnungslose wehrlose Bürger eingekerkert und sogar Kinder und Frauen nicht verschont hat. (Wiederholte Witze.) Durch Aufklärung müssen wir dafür sorgen, daß kein indifferenten Kollege mehr vorhanden ist und daß die Finanzen so gestaltet werden, daß wir den geplanten Schlag der Unternehmer jederzeit abwehren können. Ebenfalls müsse man durch eine richtige Taktik die Kämpfe so führen, daß sie siegreich für uns enden. (Lebhafter Beifall.) In der Diskussion kritisierte Kollege Schäfer ebenfalls scharf die blutigen Vorgänge in Nürnberg, geißelt ferner das schamlose Verhalten des christlichen Arbeiterblattes „Münchener Tagblatt“, das schreibt, es könne den Schutzleuten kein Tadel ausgeprochen werden, diese hätten sich sogar sehr schneidig gezeigt (Witze). Er bezeichnet ferner die christlichen Gewerkschaften als Feindpaß unserer Bewegung, was durch verschiedene Beispiele nachgewiesen werden kann. Bauen wir unsere Organisation so aus, daß mächtigen Unternehmertum und Regierung innewohnen, was sie wollen, wir doch zum Ziele gelangen werden. (Beifall.) Nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen Stolle schloß der Vorsitzende Grösel mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands die musterhaft verlaufene Versammlung.

**Köln i. W.** Zum 17. August hatten die Sozialorganisten, genannt „Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands“, im Gewerkschaftshaus „Schillerpark“ eine Versammlung veranstaltet, die den Zweck haben sollte, einen Ortsverein für Köln zu gründen. Zu diesem Zwecke war Fritz Rater, Nebstatter der „Einigkeit“, aus Berlin angewand. Er sprach, wie vorauszusetzen war, vor unbesetzten Stühlen. Wir waren vorher der Meinung, daß die Indifferenten und die Streikbrecher es der Mühe wert hätten würden, zu erscheinen, um sich mit den Ideen der „Freien

Vereinigung“ vertraut zu machen; wir hatten uns jedoch geirrt, denn selbst diese hatten es vorgezogen, fernzubleiben. Vieles in dem Referat war an und für sich ganz gut. Nur unsere Unterhaltungen kritisierte der Referent. Unsere Mitglieder würden nicht richtig erzogen, sie hätten keinen richtigen Kampfscharakter aufzuweisen. Ihm wurde jedoch das Gegenteil bewiesen und zum Überflus noch eine Resolution angenommen, die also lautet: „Die heute im Gewerkschaftshaus „Schillerpark“ tagende Bauhandwerker-Vereinigung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten nicht einverstanden, da sie nicht ganz der Wahrheit entsprechen und nur darauf berechnet sind, die rückständigen Elemente für sich zu gewinnen. Die Versammlung berurteilt auf das schärfste die Versuche der sozialorganisierten freien Vereinigung, Zersplitterung in die Reihen der organisierten Arbeiter zu tragen, um bei dieser Gelegenheit im Trüben zu fischen und Sonderprivilegien für sich herauszuschlagen. Die Versammlung verspricht, mit allen Mitteln nur für die Ausbreitung und Stärkung des Zentralverbandes einzutreten, da nur der Zentralverband infolge seiner Macht und Größe die Interessen der Arbeiter vertreten kann.“ Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Nachbormwahl.** Sonntag, den 28. August, fand eine von der hiesigen Zählstelle anberaumte öffentliche Maurer- und Bauhilfsarbeiter-Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: „Wie verbessern wir unsere Lage?“ Als Referent war im Auftrage des Gewerkschafts-Kollegen Reichow aus Köln angewand; außerdem war Kollege Hof aus Eberfeld von den Bauhilfsarbeitern erschienen. Der Referent schilderte in längeren Ausführungen die Entstehung der Arbeiterbewegung und ihre Entwicklung bis auf den heutigen Tag. Insbesondere besprach er die Kämpfe im Baugewerbe während der letzten Jahre, und zeigte die Erfolge, die die beiden in Betracht kommenden Verbände dabei erzielten. Zum Schluss wies Redner darauf hin, daß die Arbeiterkraft nur dann in der Lage wäre, ihre erbärmlichen Verhältnisse zu verbessern, wenn sie, wie das heutige Unternehmertum, ein geschlossenes Ganzes bilde. Dieses könne aber nur durch den Zentralverband der Maurer und durch den Bauhilfsarbeiter Deutschlands geschehen. Kollege Hof forderte gleichfalls, in diesem Sinne überall tätig zu sein. In der Diskussion meldete sich dann von den anwesenden Christlichen der Kollege Weder (Remscheid) zum Wort. Wenn bisher nur rein wirtschaftliche Fragen erörtert waren, ohne dabei auf die christlichen Organisationen Bezug zu nehmen, so gab es jetzt eine Wandlung. Weder legte los; zunächst war es, wie immer, die Sozialdemokratie und die Religion, die herhalten mußten. Es wäre nach Meinung des Redners nötig, daß das Licht zwischen den Christlichen und der Sozialdemokratie geschnitten würde, dieses hätte Bruch schon kurz vor dem Jenaer Parteitag eingegeben. Die Gestalt des „Grundstein“ und der Zukunftsaussicht wurden dann wieder einmal, wie meist zum vierten Male, verhandelt und anders umfänglich Zeug geschwätzt. Dem Referenten war es leicht, den tollen Unfinn Weders zu widerlegen und den lächerlichen Christenmenschen unter dem tosenden Beifall der Versammlung eine schamvolle Niederlage zu bereiten. Nachdem ihm dann noch der Rat erteilt worden war, er möge in Zukunft etwas geschickter operieren, wenn er für seine Christlichkeit Erfolge erzielen wolle, schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung mit der Mahnung, für die freien Gewerkschaften kräftig zu agitieren und Mitglieder zu werben.

**Spremberg.** Der hiesige Zweigverein hielt am 26. August eine Generalversammlung ab. Als Referent war Kollege Venn aus Berlin erschienen. Redner schilderte in seinem Vortrag die Entstehung der Organisation. Er wies darauf hin, wie notwendig es ist, die Kollegen vom Lande zu organisieren. Dies könne jedoch nur gelingen, wenn die Solidarität unter den Kollegen besser gepflegt werde. Weiter wurde angeregt, daß es notwendig ist, die Kollegen auch politisch zu organisieren. Der Vorsitzende sprach ebenfalls im Sinne dieser Ausführungen und ermahnte die Kollegen, sich mehr an der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit zu beteiligen. Auch müsse das Bau-deputiertenamt besser gepflegt werden. Darauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

**Werden.** Am 19. August tagte hier eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Der Besuch war so schwach, daß es jeden Kollegen befremden muß, der die hiesigen Verhältnisse kennt; sogar die Vorstandsmitglieder fehlten. Im ganzen Zweigvereinsgebiet wird der Tarif nicht eingehalten; die Unternehmer seine in Werden und Zoh. Notmann in Kettwig, die dem Arbeitgeberbund angehören, lassen sogar erst Stunden arbeiten; bei den übrigen Unternehmern wird 10½ Stunden gearbeitet. Es konnte konstatiert werden, daß die Abbedung der Wälsen an den Neubauten der Unternehmern Otterbein und Nabemacher gänzlich fehle; ebenfalls befanden sich die Weitergänge in schlechtem Zustande. Am ersten Neubau von Frielingsdorf, ebenfalls an der Karl Fortmannstraße, war die Abbedung sehr mangelhaft; Schutzgerüste fehlten gänzlich. Von diesem Bau war der Maurer Michel von der Frontspitze bis auf die Straße gestürzt. Diese Bauten werden für den Stadtbaumeister ausgeführt, aber für den Schutz der daran beschäftigten Arbeiter wird nicht gesorgt. Da in der Umgebung genügend Arbeit vorhanden ist und jederzeit nachgemietet wird, sollten die Arbeiter und Maurer diesen Bauten den Rücken kehren. Recht nett sieht es auch auf der Friedr. Krupp'schen Festungsgelände aus. Einer gewissen Fürsorge hat sich daselbst eine Kolonne Zippel'scher Maurer unter Leitung des Poliers Bruggemann zu erfreuen, die die Kessels des dortigen Betriebsführers Marks sind. Diese Kolonne ließ sich während des Krieger Streiks 1900 auf den Friedr. Krupp'schen Werken daselbst als Streikbrecher verwenden. Diese Maurer haben nun die Vergünstigung, daß sie pro Stunde 55 S. Lohn erhalten und erst zwölf und noch mehr Stunden arbeiten dürfen. Die andere Kolonne, unter Führung des Poliers Mönkemeyer, hat den Zehnundtag und erhält 50 S. Stundenlohn. Am 22. August legten sieben Maurer, ein Schmied und zwei Bauhilfsarbeiter der Firma Koch in Rüdenscheid auf der Baustelle in Saide bei Hellinghausen die Arbeit nieder. Seit mehreren

Monaten wurde ständig über die Mißstände bei Koch geklagt, aber in keiner Weise für Abhilfe gesorgt. Nun arbeiteten auch vier Italiener unter einem Kostengeldner, der ebenfalls Italiener ist, an dieser Baustelle; dieser verweigerte nun dem „Grundstein“ beizutreten, als er die Zeitung brachte, die Kontrolle seines Bundes. Der „Grundstein“ beizutreten wurde auch noch obenrein aus der Kasse, wo sie haufen, herausgehinausgeschmissen. Dieser Mann hat nun Tag und Nacht gearbeitet und in einem Zeitraum von vier Wochen einen Nebenberuf von M. 180 gehabt.

**Wilhelmshaven.** Die Bauarbeiter-Kommission hatte zum 30. August eine öffentliche Versammlung aller im Baugewerbe beschäftigten Handwerker und Arbeiter nach dem „Kopphörner Hof“ (früher Anter) in Kopphörn anberaumt. Zunächst gab der Naturheilkundige Herr Ransen als Einleitung zu seinem Lichtbildervortrag eine kurze Geschichte des Arbeiterchubes. Sodann wies er an der Hand interessanter Lichtbilder die Anwesenheit in die Funktionen der Organe des menschlichen Körpers ein und kam dann auf die einzelnen Berufskrankheiten und auf deren Vorbeugung zu sprechen. Im zweiten Teil behandelte Redner ebenfalls an der Hand von Bildern die Unfallfolgen und die erste Hilfe bei Unfällen. Der anderthalbstündige lehrreiche Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Im zweiten Teil des Abends appellierte der Vorsitzende der Bauarbeiter-Kommission, Maurer E. Krug, an die Anwesenden, mehr als bisher für den Arbeiterchub zu tun. Er skizzierte die Schritte, welche zur Erlangung eines besseren Arbeiterchubes getan worden sind und den augenblicklichen Stand derselben in den einzelnen Ländern. Redner kritisierte im weiteren, daß noch nicht einmal der vorhandene geringe Arbeiterchub eingehalten werde. Die behördliche Kontrolle lasse noch sehr zu wünschen übrig; die Kontrollen seien an Zahl völlig ungenügend und die Unfälle hätten sich vermehrt. Da hätten die von den Arbeitern gewählten Kontrollkommissionen, die den Arbeitgebern ein Dorn im Auge sind, gute Dienste geleistet. Auch im hiesigen Bezirk, besonders in Wilhelmshaven, zeige sich wieder, daß noch viele Mißstände vorhanden seien. Die vielen Unfälle bewiesen dies. Nicht weniger als 51 Unfälle seien im vorigen Jahre zu verzeichnen gewesen, wobei 63 Personen verletzt worden seien. Viele Unfälle seien auch gar nicht gemeldet worden, und vielfach sei die Folge davon, daß die Rente verweigert wird. In diesem Jahre seien bereits 11 Schwerkere, davon einer tödlich, und 12 leichtere Unfälle gemeldet worden. Über die umfangreichen Berufskrankheiten und Unfälle habe auch die Statistik der Oberrhein Ortskrankenkasse eine bereite Sprache geführt. Redner ging schließlich noch näher auf die Unfälle der letzten Tage ein, die bereits im „Nordb. Volksbl.“ wahrheitsgemäß verzeichnet wurden, und schlug hierauf folgende Resolution vor, die angenommen wurde: „Es ist eine der prinzipiellen Forderungen der deutschen Bauarbeiter, daß die Reichsregierung für ausreichenden Bauarbeiterchub Sorge zu tragen hat. Diese Verpflichtung hat das Reich jedoch den einzelnen Bundesregierungen überwiesen. Da nun die preussische Regierung Bedenken getragen hat, für eine einheitliche Regelung des Bauarbeiterchubes zu sorgen, weil die örtlichen und klimatischen Verhältnisse im Lande verschiedene seien, und es den einzelnen Regierungspräsidenten und Polizeibehörden überlassen hat, Verordnungen selbst zu erlassen oder zu ergreifen, wünscht die Versammlung hinsichtlich der vielen Unfälle, die in kurzer Zeit hier passieren, eine baldige Revision der Baupolizeordnung von Wilhelmshaven, so daß dieselbe wirksamen Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeit bietet. Um einen solchen Schutz zu erreichen, hält es die Versammlung auch für unbedingt notwendig, daß eine regelmäßige Überwachung der Bauausführungen durch vom Staate oder den Gemeinden angestellte und besoldete, mit dem Baubetrieb vollständig vertraute Beamte zu erfolgen hat und zur Durchführung und strengen Beobachtung der Arbeiterchubbestimmungen von den Berufsorganisationen gewählte Baukontrolleure aus den Reihen der Arbeiter angestellt werden. Die Versammlung hält die Baukontrolle im Nebenamt für völlig ungenügend, da bei den stetigen Veränderungen auf Baustellen für einen wirksamen Arbeiterchub eine tägliche Kontrolle notwendig ist. Im übrigen vertritt die Versammlung, der Bauarbeiterchubkommission stets mit Rat und Tat zur Seite stehen zu wollen. In der Diskussion bedauerte Maurer Vornmann, daß noch immer solche Mißstände zu verzeichnen sind, obgleich ja gegen früher gewisse Fortschritte nicht abzustreiten sind.“ Diese sind lediglich auf Konto der Bauarbeiterchubkommission und der Agitation zu setzen. Daß in Wilhelmshaven so wesentlich schlimmere Mißstände vorhanden, liegt an der mangelhaften Gesetzgebung und behördlichen Kontrolle. Die wenigsten in Wilhelmshaven ein Interesse an dem Bauarbeiterchub habe, zeige auch die Tatsache, daß der Einleitung auf dieser Versammlung keine der Behörden aus Wilhelmshaven gefolgt ist. Gefordert müsse auch für Wilhelmshaven immer wieder ein Kontrolleur aus Arbeiterkreisen werden; denn die Kontrolle der Polizei ist ungenügend und der Besuch des Kontrolleurs der Berufsgenossenschaft habe nur eine kurze Wirksamkeit. Die Hauptsache aber sei, daß jeder Arbeiter bei jeder Gelegenheit auf die Gefahr, in der er schwelgt, aufmerksam gemacht wird. Unglaubliche Schwierigkeiten verursachen oft die Berufsgenossenschaften, ehe sie Rechte zahlen. Allgemein nehmen ja auch die Unternehmer an, die Arbeiter seien selbst schuld an den Unfällen. Da heißt es: „Für die Arbeiter, mehr Interesse an dem Arbeiterchub zu zeigen und auch dahin zu wirken, daß bessere Arbeiterchubbestimmungen geschaffen werden.“ Die Maurer Karl Krug und Lange machten ebenfalls noch längere Ausführungen im Interesse des Arbeiterchubes, worauf die Resolution angenommen und die Versammlung um 12 Uhr geschlossen wurde.

### Verbot oder Reform der Akkordarbeit

II.  
Die Folgen der Akkordarbeit sind also jedenfalls sehr schlimm, und wenn wir ein Mittel hätten, sie zu beseitigen, ganz radikal zu beseitigen, dann würde ich der erste sein, mit aller Kraft dafür einzutreten. Aber das ist die schwierigste Frage, die wir zu erwägen haben. Aber was



ten? Sind wir in der Lage, die Affordarbeit und ihre Ausdehnung zu beschränken, oder können wir sie einbinden, sie für bestimmte Zweige kontingenzieren, oder beschließen, daß nur unter bestimmten Regeln, tariflich geordnet, in Afford gearbeitet werden darf? Mit dieser Frage beschäftigen wir uns ja auch nicht das erste Mal. Ich erinnere daran, daß schon auf dem ersten Kongreß in Berlin, vor der sozialistengesellschaftlichen Zeit, im Jahre 1878, der gewissermaßen als internationaler Maurer- und Steinhaugerkongreß anzuprehen ist, sich unsere Kollegen sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt haben. Sie haben all die Schäden schon damals festgestellt, sie haben gesagt, daß Affordarbeit entwidelt sich so: wo früher ein Maurer für ein bestimmtes Stück Arbeit 2 bekommen hat, ist es durch die Affordarbeit dahin gekommen, daß er für denselben Preis noch einmal so viel Arbeit machen muß. Man hat damals schon festgelegt, daß die Affordarbeiter unter allen Umständen eine Stunde weniger arbeiten sollten, als die im Tagelohn Arbeitenden, einmal im Interesse der Affordarbeiter selbst, zum andern aber auch als Gegenmittel gegen die Affordarbeit, um sie dem Unternehmer zu verweigern. In den späteren Jahren ist wiederholt über die Möglichkeit der Beschränkung der Affordarbeit geredet, und es sind entsprechende Beschlüsse gefaßt worden. Dann haben wir uns auf unseren Verbandstagen, zuerst 1899 in Berlin, mit dieser Frage beschäftigt. Es wurde die bekannte Resolution gefaßt, die heute noch Geltung hat. Es heißt in dem Beschluß: „In Erwägung, daß die Affordarbeit ungleich mehr als jede andere Lohnarbeit dazu angetan ist, die Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer und besonders auch die Inflation Gefahr auf den Bauten zu fördern, und daß auch die Affordarbeit dazu angetan ist, die Solidarität der Arbeiter hintanzuhalten, spricht der Verbandstag den dringenden Wunsch aus, daß die Mitglieder für die Abschaffung der Affordarbeit wirken mögen.“ Diese Resolution ist dann regelmäßig auf den Verbandstagen angenommen worden. Des öfteren haben Vorträge vorgelegen, die Affordarbeiter tuergehend aus dem Verband auszuschließen. Mehrere Zweigvereine haben ja auch solche Beschlüsse mit mehr oder weniger Glück durchgeführt. Die Verbandstagen haben sich aber bisher nicht entschließen können, einen solchen Beschluß für den Gesamtverband zu fassen, weil wir noch nicht stark genug sind, noch nicht den nötigen Einfluß haben, und weil es noch an der Klärung fehlt, ob es möglich ist, die Affordarbeit ohne eigene Kraft abzuschaffen. Deshalb wurde diese Resolution, die ja sehr viel, aber auch wieder sehr wenig besagt, angenommen. Sie macht es jedem Verbandskollegen zur Pflicht, für die Bekämpfung der Affordarbeit einzutreten. Ohne Zweifel gibt es sehr viele Verbandsmitglieder, die immer die Resolution besolgt haben, viele haben sich vielleicht nie darum gekümmert. Andere wieder werden sagen: wie ist es uns denn möglich, die Affordarbeit zu bekämpfen? Anders als durch Verbot schafft man sie nicht aus der Welt, und weil ein solches Verbot nicht bürgeht, ist es uns nicht möglich, etwas dagegen zu tun. Doch allemal hat doch auch diese Resolution gewirkt. In sehr vielen kleinen Städten in ganz Deutschland ist die Affordarbeit beseitigt. Die Unternehmer sind es schon gewohnt, sie bieten unseren Kollegen gar keine Affordarbeit mehr an. Nun darf man allerdings diesen Erfolg nicht allzu hoch einschätzen; es handelt sich meistens um Orte, wo die Affordarbeit nie recht Boden gefaßt hat, wo immer nur gelegentlich eine verschwindend kleine Zahl in Afford gearbeitet hat. In Orten, wo der Afford für bestimmte Arbeiten seit langem die Regel war, ist durch die Resolution nichts geändert worden.

Die Arbeiterkollegen täuschen sich aber auch über den Umfang der Bauerngewerbe. Wer glaubt, die Affordarbeit wäre im Bauerngewerbe sehr weit verbreitet, ist im Irrtum. Die Statistik hat uns gezeigt, daß recht wenig im Bauerngewerbe in Afford gearbeitet wird, ja, daß der Prozentfuß der Affordmänner äußerst gering ist. Nun ist allerdings diese Statistik nicht unter allen Umständen beweiskräftig. Sie wird immer aufgenommen zu einem bestimmten Zeitpunkt, an einem bestimmten Tage, und da ist es ja sehr leicht möglich, daß es sich gerade so trifft, daß in den meisten Orten nicht in Afford gearbeitet wird, während einige Wochen später ganz bedeutend mehr Kollegen in Afford arbeiten, je nachdem die Bauten vorgeschritten sind. Es ist möglich, daß später Bauarbeiten oder andere Arbeiten noch in Afford fertiggestellt werden. Also insofern bietet die Statistik kein ganz genaues Bild. Aber soweit man überhaupt einer Statistik trauen kann, muß man doch sagen, es sind sehr wenig Kollegen ermittelt worden, die in Afford arbeiten. Das Verhältnis wird aber sofort anders, wenn wir einige größere Orte und einige Spiegelgruppen für sich betrachten. — Aus solchen Orten vornehmlich kommen auch die wiederholten Anregungen, man solle die Affordarbeit durch Beschluß verbieten und jeden, der dagegen handelt, aus dem Verband ausschließen. Ein solcher Beschluß kann aber sehr leicht zu einer erneuten Spaltung in der Organisation führen, und die weitere Folge ist dann, daß die Affordarbeit erst recht nicht beseitigt wird.

Die Affordarbeiter in Orten, wo es sich um 10 oder 20 Mann handelt, würden sich ja vielleicht befrieden, sie würden sich auch als Sonderorganisation nicht halten können, aber wo die Zahl erheblich größer ist, da find die etwa ausgeschlossenen oder ausgeschreitenden Kollegen sehr wohl in der Lage eine Sonderorganisation zu bilden. Die Gefahr, daß wir eine Reihe abendwärtiger Sonderorganisationen bekommen, besteht also. In unserem Gewerbe macht die Spezialisierung reichende Fortschritte, das Puvergewerbe selbst gliedert sich wieder in verschiedene Zweige; neben den Plattenfern haben wir fellenweise mit Verblendenmauern, mit Bruchsteinmauern, mit Ziegeln usw. zu rechnen. Und alle wollen auf Kosten des Muttergewerbes und der Mutterorganisation Sonderborteile erringen. Und wenn ihnen irgend etwas wider den Strich geht, dann geben manche dieser Spezialkollegen leicht dem Gehanten Raum, eine eigene, selbständige Organisation zu gründen. Mit Ausschließen der Affordarbeiter würden wir solcher Organisationspielerei aber geradezu Vorhub leisten, vielleicht würden wir den Affordmauern zu einer lebensfähigen Organisation befähigen, die zu uns, wenn wir auf unserem Standpunkt beharren wollten, in einen strikten Gegensatz treten müßte. Also wir würden mit einem Beschluß, wie ihn verschiedene Kollegen wünschen, nur herbeiführen, daß unsere jetzt so fragende Organisation gesplittert würde,

daß wir uns eine neue Nebenorganisation schaffen, die es uns in manchen Orten erschweren würde, die Sozialisierungsbewegungen zu verbessern. Um diese Gefahr heraufzuheben, müßte die andere Gefahr größer sein. Da ist mir die Gefahr, die ich nicht leugnen will, daß die Unordnung unheimlich gefährlich wirkt, doch nicht groß genug. Allerdings, wenn es gar kein anderes Mittel mehr gibt, dann muß der Schritt gemacht werden, auch solange noch nicht alle anderen Mittel erschöpft sind, sollte man diesen Abstand nehmen, solche radikal scheinenden und doch die entgegengesetzte Wirkung herbeiführenden Beschlüsse zu fassen.

Die zweite Frage ist die: ist es möglich, durch Tarifizierung, durch scharfe Kantelen die größten Unsummen der Affordarbeit zu bescheiden? Ich glaube, daß es möglich sein wird, aber, daß ich ein Weg, den man sich möglicherweise zu beschreiten scheut. Wir haben seit zehn oder mehr Jahren die Affordarbeit auf das scharfste belästigt, wir haben immer mit dem Schlagwort operiert: Afford ist Mord! Gewiß ist es so, aber alle andere Arbeit ist auch Mord, wenn man ihr keine Beschränkung geben kann durch die Organisation. Nun sollte man meinen: kann man der Lohnarbeit Schranken ziehen, so kann man das auch der Affordarbeit. Bei der Festhaltung kann man das deshalb leichter, weil der eigene innere Trieb schon zu der Regelung hilft, aber bei der Affordarbeit läßt der Egoismus diese Regelung ungleich schwerer zu. Aber wir müssen doch annehmen, daß sich schließlich immer mehr die Erkenntnis Bahn bricht, daß es ohne gewisse Kantelen, ohne eine gewisse Regelung, ohne eine Beschränkung der Arbeitskraft nicht länger geht. Wenn man fortgesetzt die Affordarbeiter darauf hinweist, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, daß bestimmte Vorschriften erlassen werden, und wenn die organisatorische Disziplin besser zur Wirkung kommt, so werden wir auch bei der Affordarbeit zu besseren Verhältnissen kommen. Wir haben ja in einigen Orten schon früher Tarife gehabt, und wir haben ein Land, das eigentlich vorbildlich hierfür ist, das ist Dänemark. In ganz Dänemark wird in unserem Gewerbe fast nur in Afford gearbeitet, nämlich in Kopenhagen, dort werden sogar Reparaturen nach Afford berechnet, und ich glaube, wenn jemand unseren Kopenhagener Kollegen den Zeitlohn predigen würde, der würde ausgelacht werden. Die Kollegen wollen absolut nicht anders als in Afford arbeiten, sie haben ihre festen Tarife, haben einen garantierten Mindestlohn ufm. Solche Orte hatten wir ja auch früher in Deutschland. Ich erinnere mir an Hensburg. Ich kann es mir sehr wohl denken, daß wir zu ähnlichen Zuständen zurückkehren könnten, wenn wir statt der Belästigung der Affordarbeit sagen würden: „Regelung der Affordarbeit“, wenn wir einen möglichst genauen Tarif für diese, oder jene Arbeit und einen bestimmten Mindestlohn festsetzen würden, der den Arbeitern von den Unternehmern zu garantieren ist. Es wäre möglich, daß wir dadurch zu einem besseren Resultat kämen.

Man wird nun einwenden  $\frac{1}{2}$  und mit einem gewissen Recht, daß es doch einmal Erfragungsfall ist, daß bei der Affordarbeit der einzelne mehr leisten muß, wenn er mehr als im Zeitlohn verdienen will... daß schon jetzt fortgesetzt Arbeitskräfte brach liegen, und daß, wenn wir die Affordarbeit begünstigen, noch mehr Kräfte brach liegen werden. Veredigt ist ferner der Einwand, daß nicht alle Kollegen in Afford arbeiten können, wie auch richtig ist, daß nach wie vor diejenigen, die in Afford arbeiten, eine günstigere Position haben, als die in Zeitlohn Arbeitenden. Aber die kranken Liebeskinder würden doch verschwinden, wenn die Affordarbeit geregelt würde, sie würden überall verschwinden, wo wir Organisationen haben, die mächtig genug sind, den Tarif durchzuführen. Wo wir das nicht können, da find auch die Liebeskinder beim Zeitlohn schließlich genau so schlimm wie bei der Affordarbeit. Wo wir Einfluß ausüben können, werden wir viel mehr erreichen, wenn wir Tarife haben; die werden es uns ermöglichen, auf das Maß der Arbeitsleistung mehr als bisher Einfluß zu gewinnen. Wenn auch dieser Weg nicht gangbar ist, so müssen wir schließlich die Geschichte lassen, wie sie ist. Wir müssen uns dann darauf beschränken, immer wieder die Forderung zu erheben: jeder Kollege soll nach Möglichkeit dafür eintreten, daß die Auswüchse der Affordarbeit unter allen Umständen beseitigt werden. Ich wüßte nicht, welche anderen Mittel wir sonst anwenden könnten.

# Centralkränkenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 26. August bis 1. September sind folgende Beträge eingegangen: Von der brüßlichen Verwaltung in Berlin M. 5000, Nordor 1000, Hamburg 750, Romawas 500, Cöpenick 400, München 300, Rostok i. Medib. 300, Alt-Glencide 200, Wilhelmshagen 200, Herzberg a. d. Elster 120, Gershin 100. Summa M. 8870.

Zuschüsse erhielten: Stuttgart M. 300, Holtensen 100,  
Butter a. Wg. 50.

Altona, den 1. September 1906.

Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

## Dom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

(Die Zweigvereinsvorsitzende werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt werdenden Unfälle, mit kurzer Anführung der Begleitumstände und der überschaubaren Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Verlauf von Arbeiterschutzbestimmungen und über Submissionsergebnisse.)

**Augsburg.** Am 27. August, 5½ Uhr Abends, rutschte auf dem Erdaußhub des Neubaus Heizer, gelegen in der Schepferstraße, ein Teil Erdreich ab und verschüttete den arbeitswilligen Maurer Peter Meyer aus Lechhausen. Der Streikbrecher Meyer war 20 Minuten und der noch mit verschüttete Tagelöhner 30 Minuten unter dem Erdreich, zum Glück im Unglück ohne weiteren Schaden an der Gesundheit zu erleiden. Am anderen Tage verrichteten sie bereits wieder

Streifbrecherdienste. Schuld an der Sache war die schlechte Abseifung.

Berlin. Am 29. August, Vormittags 10 Uhr, stürzte auf dem Neubau des neuen Schillertheaters in Charlottenburg plötzlich mit großem Krachen ein circa 6 m hohes Gerüst zusammen. Vier Kollegen von den auf dem Gerüst beschäftigten Putzern, Spannern und Trägern wurden mit in die Tiefe gerissen und unter den nachströmenden Brettern und Balkenlasten begraben. Von den Verunglückten war der 46jährige Möbelspanner Wilhelm Dittmann am schwersten verletzt, so daß er, nachdem auf der Unfallstation schwere Rippenbrüche festgestellt waren, nach dem Krankenhause Moabit gebracht werden mußte. Die anderen Kollegen hatten glücklicherweise nur äußere Hautabrischungen und Quetschungen davongetragen. Die Ursache der Katastrophe, die leicht einer Anzahl Familienväter das Leben kosten konnte, ist auf die letztmögliche Feststellung des Gerüstes zurückzuführen, indem die Stützen, die nicht lang genug waren, auf eine ganz unverantwortliche Art verlängert wurden. Die Mängel wurden von dem bauausführenden Maurermeister Bähge in Spanbau aufgestellt. Dieser bedauerliche Gerüsteinbruch ruft die Erinnerung an einen Vorfall wach, der sich im Frühjahr dieses Jahres bei demselben Maurermeister auf dem Bau abspielte. Die damals auf dem Bau beschäftigten Maurer wurden, weil sie eine vorrichtsmäßige Feststellung der Gerüste verlangten, von dem Maurermeister Bähge einfach gemargreißt. Der Bau wurde dann von Affordmaurern besetzt. Die Kollegen von Charlottenburg betriefen sofort eine Protestversammlung ein und beschlossen, an die Stadtverordnetenversammlung eine Resolution zu senden, die die Entlassung der Affordmaurer verlangt, weil die „Praktiken der Affordmaurer unter Auserkennung aller technischen Vorschriften nicht dazu angetan sind, eine gute und solide Arbeit zu verüben.“ In der Sitzung der Stadtverordneten vom 28. März 1906 brachte unser Fraktionsredner die Angelegenheit noch einmal zur Sprache; er wies unter anderem nach, daß nicht einmal Sicherheitsvorschriften innegehalten wurden, die die Bauaufsichtsbehörde verlangt und daß auf sehr vielen Stellen auch die von der Berufsgenossenschaft erlassenen Unfallverhütungsvorschriften nicht befolgt würden. Der Vertreter des Sozialrats, Oberbürgermeister Schucherus, wies alle sozialdemokratischen Behauptungen als aus der Luft gegriffen zurück, um jedoch ein langes Skandalis über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie anzustellen. Er schloß unter lebhaftem Beifall der Vertreter der Bourgeoisie mit den Worten: „Der Herr Bähge (das ist der Baumtänzer) soll eben tun, was die Organisation befehlt. Meine Herren, den Grund habe ich aus den von mir angeführten Verhandlungen genommen, daß die einzelnen Maurer gar nicht so schlimm sind, gar nicht auf die Differenzen aus sind, daß sie für sich allein ganz verständige und ruhige Leute sind. Aber sie dürfen nicht. Die Organisation kommt dazu, und der Führer der Organisation sagt: Das dürft Ihr nicht tun, sonst kommen wir über Euch! Und das, meine Herren, ist das Böse und meines Erachtens sehr Bedeulende bei der Sache, was sich gerade auch bei diesem Bau wieder heraufstellt, daß die sozialdemokratische Organisation es ist, die die Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hineinträgt und dadurch die Leute selbst und die Sache schädigt.“

Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung stimmte diesen sozialdemokratischen Ausführungen zu und lehnte den sozialdemokratischen Antrag auf Anstellung von Baukontrolloren aus der Arbeiterklasse ab. Leider hat die Zukunft den Beweis dafür erbracht, wie recht die sozialdemokratischen Stadtverordneten hatten. Trotzdem darf man sich nicht der Hoffnung hingeben, daß der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung von Charlottenburg, deren Untätigkeit zweifellos mitverantwortlich für den Bauzustand ist, nimmer eine vernünftiger Haltung einnehmen werden. Wandel wird erst dann geschaffen werden, wenn die Arbeiterklasse Charlottenburgs von ihrem Wahlrecht in umfassenderem Maße Gebrauch macht und dafür sorgt, daß wenigstens in der dritten Wählerabteilung kein Vertreter der Bourgeoisie mehr gewählt wird.

Essen. Mittwoch, den 20. August, verunglückte die Kollegen Wils, Siab und Joh. Kattien am Erweiterungsbau der Eisenbahndirektion in Essen. Genannte Kollegen waren damit beschäftigt, das Dachgefins, das aus schweren Gusssteinen besteht, zu verlegen. Durch einen unglücklichen Zufall klappte ein Gefinsstück vorn über und fiel auf das 30 cm tiefer liegende Gerüst, dieses konnte der Last nicht stand halten, weil ebenfalls die Mauerriegel zu weit auseinander lagen, es brach durch, durchschlag das darunter liegende mangelhafte Schutzgerüst und riß die beiden genannten Mauer mit in die Tiefe. Durch die Erschütterung lösten sich noch drei weitere Gusssteine und stürzten ebenfalls ab. Die Verunglückten wurden in das Krankenhaus geschafft, wo kurz darauf Kollege Siab verstarb. Kollege Kattien liegt schwer darnieder. Die hauseinsführende Firma ist Diebst. Seit kurzer Zeit ist dieses schon der dritte Verunglückte der tot aus dem Geschäft herausgetragen wird.

Schwaa n. Am 10. August ereignete sich auf einem Räuchereineubau ein schwerer Unglücksfall. Durch Einsturz des Rauchofens wurde der Maurer Weder erschlagen und der Arbeiter Thielle, am Kopf schwer verletzt. Er mußte ins Krankenhaus geführt werden.

Sechste Seite. Dienstag, den 28. August, ereignete sich in Ragow ein schwerer Baumfall. Dort hat die Firma Dertwig von hier eine Villa erbaut, die bis zum Herbst fertig war. Um nun Platz zum Hol- und Stallgebäude zu erhalten, mußte der dicht hinter der Villa gelegene Berg, der bedeutend höher ist als die nur aus Sand bestehende, ausgehöhlet werden. Zu diesem Zweck hatte man die Stützpunkte vom Schacht an das Haus gelegt. Sei es nun, daß der Regen den Sand weggeführt hat, oder ob andere Ursachen mitwirkten, muß dahingestellt bleiben, um 4½ Uhr drückten die Sandmassen nach, die Steifen die Villa einbrückend, um fünf Mann, darunter den Unternehmer selbst, unter sich begraben. Ein Klempner, der auf dem Dach arbeitete, kam auch noch in die Trümmer; sein Kollege entging nur dadurch der Gefahr, daß er sich zur selben Zeit auf der Post befand, wo er nach neuem Material telephonirte. Hülfe war sofort zur Stelle, und es gelang, sofort alle Mann



zu befreien, die anderen wurden erst nach dreiviertel- und weisungsbefehl hervorgeholt; glücklicherweise sind die Verletzungen nicht allzu schwer. Dem Unternehmer ist das Verbrechen verhängt und der Verletzung Fellenberg erlitt eine Gehirnerschütterung, die Abgaben kamen mit leichten Verletzungen davon. Aber die Schuld an dem Unglück trägt, konnte noch nicht festgestellt werden.

**\* Bauteilkontrolle in Hamburg-Altona.** Eine kürzlich vorgenommene Kontrolle in Hamburg-Altona ergab nachfolgendes Resultat: Kontrolliert wurden 23 Bauten (davon waren 25 Staatsbauten), 2 Steinmetzplätze und 32 Zimmerplätze, insgesamt 359 Arbeitsstellen. Hieron entfallen auf Altona 66 Bauten (davon 4 städtische Bauten), 1 Steinmetzplatz und 6 Zimmerplätze.

Die Unfallverhütungsvorschriften der hamburgischen Baugewerkschaftsgenossenschaft hängen an 814 Bau- resp. Arbeitsstellen aus, während sie auf 45 Bauten fehlen; von letzteren Bauten wurden 13 von zwölf hiesigen und einem Altonaer Innungsmeister ausgeführt.

Die zur Verwendung genommenen Gerüste wurden auf 186 Bauten von Zimmerern, auf 49 Bauten von Maurern und Bauhilfsarbeitern und auf einem Bau nur von Bauhilfsarbeitern hergestellt. Genügend brauchbares Gerüstmaterial war auf 211 Bauten vorhanden, auf 25 Bauten nicht; die Gerüste selbst waren auf 216 Bauten in gutem, auf 20 Bauten in mangelhaftem Zustande. Genügend abgefeuert waren 211 Gerüste, ungenügend 14. Wurfschlingen und Brustriemen wurden an 205 Gerüsten ermittelt, an 15 Gerüsten fehlten sie. Bei 112 Bauten wurden die Außenmauern resp. Putzarbeiten von festen Ständergerüsten aus berichtet, während auf 80 Bauten über die Hand gemauert wurde resp. die Putzarbeiten von Auslegergerüsten ausgeführt wurden. Unter dem Gerüst, auf dem gearbeitet wurde, befand sich auf 27 Bauten ein vollständig abgedecktes Gerüst, während auf 160 Bauten ein solches fehlte. An 14 Bauten, wo über die Hand gemauert wurde, war ein Schutz resp. Ganggerüst angebracht, während auf 151 Bauten solches gänzlich fehlte. Auf 9 Bauten waren die Balkenlagen nur sehr mangelhaft abgedeckt. Auf 7 Bauten blieben die Fußgerüste für die bei der Dacharbeit Beschäftigten (Dachdecker, Klempner) bis zur Fertigstellung der Dacharbeit stehen, auf 18 Bauten wurden die Gerüste vorher entfernt, dafür wurde auf 12 Bauten ein Schutzgerüst angebracht; auf 4 Bauten wurden diese Arbeiten ohne jegliche Schutzvorrichtung ausgeführt.

Für Altona besteht eine Verordnung, daß nach Fertigstellung des Rohbaues die Bauten eine vierwöchige Ruhezeit zum Austrocknen des Baues zu überleben haben. Während dieser Zeit, wo die Fußgerüste noch stehen, werden dann die Dacharbeiten fertiggestellt.

Der Transport der Materialien geschah auf 6 Bauten mit Maschinen, auf 6 Bauten mit Winden, auf 192 Bauten auf Reihern und auf 93 Bauten auf Treppen. Auf 209 Bauten waren die Treppen mit einem Geländer versehen, wegen ein Geländer an den Treppen auf 29 Bauten fehlte. Poßeste zum Abheben der Lasten beim Transport wurden auf 157 Bauten ermittelt, auf 22 Bauten fehlten sie.

Schuttbauvorrichtungen (Abfaltungen), um das Durchfallen von Materialien und Schmutz an den Leitern zu verhindern, wurden 118 vorgefunden, an 80 Bauten fehlten diese Schuttbauvorrichtungen.

Schutzbänder an den Außengerüsten zum Schutze der auf dem Baugrund befindlichen Bauten waren an 88 Bauten vorhanden, an 62 Bauten fehlten sie.

Baubuden (Unterstützungen) wurden auf sämtlichen Baustellen vorgefunden. Auf 7 Zimmerplätzen war kein abgeteilter Raum zur Einnahme der Werkzeuge vorhanden. Bei 9 Baubuden waren die Seitenwände und bei 8 Baubuden das Dach undicht. 5 Baubuden hatten keine Fenster, bei 164 Baubuden waren die Fenster zum Öffnen, bei 198 Baubuden nicht zum Öffnen eingerichtet. 42 Baubuden waren ohne Fußboden, 3 Baubuden hatten keine verstellbare Tür. In 238 Baubuden wurde ein Kasten mit Verbandmaterial ermittelt, dagegen fehlte Verbandmaterial (zum Zwecke der ersten Hilfeleistung bei Unfällen) auf 114 Baustellen. Eine Anleitung zur ersten Hilfeleistung hing auf 23 Baustellen aus, auf 329 Baustellen war eine solche nicht vorhanden. Baubuden, welche mit Gerüsten zum Aufsteigen der Arbeiter versehen waren, wurden nur 9 ermittelt; Buben zum Aufsteigen des Handwerkszeuges wurden 15 vorgefunden. Tische und Bänke wurden in allen Baubuden vorgefunden; Spundkäse wurden nur in 3 Baubuden ermittelt. Baumaterialien wurden in 14 Baubuden gelagert. Defen zum Erwärmen der Speisen waren nur in 51 Baubuden vorhanden. 5 Baubuden waren zu klein, um allen auf der Baustelle Beschäftigten Unterkunft zu gewähren. Auf 14 Bauten befanden sich Baubuden im Keller. 361 Baubuden wurden innerhalb der Woche gereinigt, davon 54 einmal, 233 zweimal, 41 dreimal, 22 sechsmal; 1 Baubude war bisher noch nicht gereinigt worden.

Abortanlagen wurden auf allen 359 Baustellen vorgefunden. 17 Abortanlagen waren so beschaffen, daß von der Baustelle resp. den nebenliegenden Gebäuden hineingesehen werden konnte. 18 Aborte hatten kein dichtes Dach, in 181 Abortanlagen fehlte ein Fußboden; in 37 Aborten waren keine Sitzbrillen, sondern nur eine Latte als Sitz vorhanden und an 216 Abortanlagen fehlte die Tür. Von den Abortanlagen waren 125 mit Spülung versehen resp. der städtischen Kanalisation angeschlossen; bei 26 Aborten waren Gruben vorhanden und bei 208 wurden Fäkalien (Exkremente) zur Abfuhr benutzt. Gereinigt wurden 333 Abortanlagen, nicht gereinigt 20. Ermittelt wurden, daß 8 Aborte einmal, 201 Aborte zweimal, 15 Aborte dreimal und 74 Aborte sechsmal wöchentlich gereinigt wurden. Desinfiziert wurden nur 198 Aborte. Bei 89 Abortanlagen mußten mehr als 15 Personen einen Sitz benutzen. Von den Abortanlagen befanden sich 82 im Keller, 20 im Parterre und 251 auf dem Bauplatz.

Rissortanlagen waren nur auf 126 Baustellen vorhanden, während auf 233 Baustellen solche fehlten. Urneimer in den Etagen auf den Bauten wurden auf 23 Bauten vorgefunden, auf 336 Bauten fehlten solche.

Auf nachfolgenden Bauten wurde den die Kontrolle ausführenden der Zutritt zur Baustelle dem Unternehmer resp. dessen Polier verboten: Unternehmer Wieland, Eric-

Brake; Röhlmann, Eimsbütteler Chauffee; Garries, Iffestraße, und Köpper, Zentralbahnhof. Trotzdem fanden die Kontrollen Gelegenheit, diese Baustellen zu besichtigen; dabei machten sie die Wahrnehmung, daß auf diesen Baustellen sehr vieles, saul war und die Unternehmer alle Ursache hatten, die Polizei auf ihren Baustellen nicht der Öffentlichkeit preiszugeben.

Das Ergebnis der Kontrolle beweist zur Evidenz, daß viele Unternehmer auf die gesetzlichen Bestimmungen betreffs Bauarbeiterbeschäftigung nicht die nötige Beachtung, ferner, daß die Kontrolle seitens der hiesigen maßgebenden Instanzen vollständig ungenügend ist. Gaben auch auf diesen Baustellen die leitenden Personen, Poliere, Posten, Gefellen etc., das Versprechen, daß die Mängel abgestellt würden, so liegt darin noch keine Gewähr, daß dieses auch wirklich ausgeführt wird.

Aber auch die auf den Bauten beschäftigten Arbeiter sollen mehr als bisher die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen befolgen und innehalten. Dieses gilt speziell für die Arbeiter, die oft bei den Arbeiten auf Reitergerüsten, Gängeleitern und sonstigen Gerüsten die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen außer acht lassen, des weiteren für die Bauhilfsarbeiter, bei denen das Abwachen des Materials auf der Baugrube fast gang und gäbe ist.

**\* Das Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe** beschäftigt sich in seiner Nr. 35 mit der von der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz veranstalteten Bauteil-enquete. Obwohl man natürlich von einem Unternehmerorgan keine objektive Würdigung dieser Aktion erwarten kann, muß die Stellungnahme des „Zentralblattes“ doch unsere Verwunderung hervorgerufen. Von diesem Blatt ist man geneigt, daß es bei der Beurteilung der Arbeiterbewegung einen weniger bornierten Standpunkt einnimmt als beispielsweise die „Baugewerks-Zeitung“, und einen weniger demagogisch-schamlosen wie die „Arbeiter-Zeitung“. In der neuesten Nummer des „Zentralblattes“ beweist, daß es sowohl an Borniertheit wie an schamlos-demagogischer Demagogie seinen ehrbaren Schwärmern absolut nichts nachgibt. Man lese folgenden blühenden Abschnitt:

„Ein bedenklicher Streitfall! Differenzen zwischen den Gewerkschaften und der Parteileitung drohten die Einheit im parteipolitischen Lager zu gefährden. Ein gefährliches Rückwärts anstalt eines unentwegten Vorwärts mußte eintreten, wenn die Bauarbeiterbewegung, insbesondere die Bauarbeiterbewegung Berlins mit ihren hohen, das Einkommen so manchen kleinen Amtsdirektors, Pfarrers oder Gymnasiallehrers weit hinter sich lassenden Löhnen der Parteileitung als Beitragszahlerin verloren ging. Politiker sind um die als Beitragszahlerin verloren ging. Politiker sind um Mittel nie verlegen. Der verlorene Zinsschein trieb das Wasser, um sich blitzschnell für seine Feinde unsichtbar zu machen; Politiker machen eine Digression, um etwaig gefühlige Reaktionen abzuwenden. Gibt es ein Schlagwort, das sicherer des organisierten Bauarbeiters Ohr fesselt, als das Wort „Bauarbeiterbewegung“? — Das Wort, mit dem sich die Ideen von Wahlbaukontrollen auf Kosten des Staates, von unbefristeter Herrschaft auf den Baustellen, von den Offizieren der Arbeitsbedingungen und der Höhe der Löhne verbinden?“

Die Zentralkommission für Bauarbeiterschutz trat in Aktion; die Meinung der schmutzigen Parteileitung wurde auf der nächsten Parteitagung verurteilt — wahrheitsgemäß wird es nur eine Meinung werden, die die widerwärtigen Elemente bekommen — und nun ging durch die Parteileitungen der Agitationsrummel. Eine Bauarbeiterbewegung-Enquete!“

Es ist schon viel bummer Zeug über die Arbeiterbewegung geschrieben worden, aber dem allerübelsten stellt sich diese Falsche vollberechtigt an die Seite. Man sollte meinen, daß die Leute, die die Aufgabe haben, die Spalten dieses Unternehmerrblattes zu füllen, wenigstens etwas Dunst von gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterbewegung hätten; beim Zentralblatt läuft man sich aber ganz gewaltig, wenn man ihm irgend welche Einsicht in die Materie anmutet. Welch groteske Komik liegt nicht darin, die Erhebungen über Bauarbeiterschutz und die sich augenblicklich abspielenden Vorgänge zwischen der sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften in Verbindung zu bringen! Vielleicht weiß das Zentralblatt ganz gut, welchen Unfuss es damit seinen Lesern vorsetzt, tut es aber, um einen bestimmten Zweck zu erreichen, den man zwischen folgenden Zeilen herauslesen kann:

„Um so mehr aber sind beide Stellen (Berufsgenossenschaft und Baupolizei) berechtigt, gegenüber unberechtigten Angriffen gegen ihre Tätigkeit und deren Erfolge den Schutz der Reichs- und Staatsbehörden zu erwarten und zu verlangen“; dann bleibt aber zu sagen, daß es ein gerüttelt Maß von Einfalt bei diesen Reichs- und Staatsbehörden voraussetzt. Die in diesem Jahre vorgenommenen Erhebungen waren bereits im frühen Frühjahr beschlossene Sache. Des Rubels Kern ist, daß diese Erhebungen dem Unternehmertum, besonders den Berufsgenossenschaften, schwer im Magen liegen. Nicht umsonst hat man dort eine Gegenaktion in der Wege zu setzen versucht. Man fürchtet die gemachten Feststellungen, und man fürchtet sie mit Recht. Soweit wie wir davon unterrichtet sind, sind die Erhebungen derart ausgefallen, daß ihr Zweck erreicht sein dürfte. Die Öffentlichkeit wird zu gegebener Zeit davon hören.

Das das „Zentralblatt“ sonst noch räsonniert, wollen wir übergehen; es steht auf derselben Höhe, wie das bereits zitierte. Wenn es keine Gelegenheit vorbeigehen läßt, um seinen Eifer in Sachen eines guten Bauarbeiterschutzes zu betonen, so wollen wir darauf nur damit antworten, daß wir konstatieren: Was heute bei den Berufsgenossenschaften, Behörden, und sonst irgendwo an Interesse für den Bauarbeiterschutz vorhanden ist, ist einzig und allein dem Auftreten der organisierten Bauarbeiterbewegung zu danken; wir haben sie dazu gezwungen und wir werden dafür sorgen, daß dies Interesse stets lebendig bleibt.

**\* Unternehmer finden milde Richter.** Aus Halle a. S. berichtet man uns: Eine furchtbare, durch leichtsinniges Unternehmertum hervorgerufene Baufatastrophe, die sich hier am 9. Mai gut und zur Folge hatte, daß der Bau-

arbeiter Magner getötet, der Bauarbeiter Edart durch den Bruch der Wirtelsäule schwer und der Maurer Weder leicht verletzt wurde, beschäftigte heute die Ferienkräftelammer. Angeklagt waren wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und Verstoßes gegen die Regeln der Bauordnung der Ziegeleibesitzer und Bauunternehmer Rüttig und der Bauunternehmer Ufer. Beide hatten, Rüttig zur Errichtung eines 8 m hohen Stalles und Ufer zur Herstellung einer Wirtelsäule, auf ihren Grundstücken nebeneinander Mauern aufgezogen, die schlecht fundamementiert, teils zu schwach und mit sehr schlechtem Mörtel gemauert waren. Als die genannten drei Bauarbeiter in der Mittagsstunde etwas Erholung schöpften, brachen die Gebäude zusammen und überschütteten die Unglücklichen. Magner wurde tot unter den Trümmern herabgezogen. Die Angeklagten wollten sich bei der Mauerer nichts Schlimmes gebacht haben. Als aber Rüttig durch den Maurer Magner und durch Ufer gemauert worden war, sagte er: „Nicht nicht solchen Käse; das steht schon!“ Der Sachverständige Maurermeister Gehardt sagte aus, sein Gewissen hätte solche Mauerer nicht zugelassen. Nach den Bestimmungen der Bauordnung sollen zum Mörtel auf einen bestimmten Teil Kalt nur drei, höchstens sieben Teile Sand verwendet werden. Rüttig hatte aber mit Mörtel aus einem Prozent Kalt und 47 1/2 Sand mauern lassen. Selbstverständlich wurde die Verhaftung dadurch fast beeinträchtigt. Der Polizeibauinspektor Rosenbaum, den die Angeklagten als besagten anklagen wollten, sagte als Sachverständiger aus, als er nach dem Geschehnis den Arbeiter erfaßt hätte, wie sie unter solchen Umständen hätten überhaupt noch weiterarbeiten können, da hätten die Arbeiter eingekerkert. „Ja, hätten wir uns beschämt, dann hätten wir unsere Arbeit verloren!“ Die Angeklagten wurden antragsgemäß mit je zwei Wochen Gefängnis bestraft. — Vergleiche man diese Strafen mit den Strafen, die häufig gegen streikende Arbeiter wegen Vergehens gegen § 163 der Gewerbeordnung verhängt werden, und man wird sicher zu der Ansicht kommen, daß die Justiz im Lande mit den geschützten Rechtsgeheimnissen in den besten Bahnen wandelt.

**\* Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe wird im „Reichs-arbeitsblatt“** folgendermaßen geschildert:

Das Baugewerbe wie in den meisten Orten, aus denen Berichte vorliegen, eine sehr günstige Arbeitslage auf; ein Nachlassen der Beschäftigung wird aus Berlin und aus Köln gemeldet. Wo Arbeitermangel herrscht, wird er teilweise auf die landwirtschaftlichen Saisonarbeiten zurückgeführt; außergewöhnlich stark war der Mangel, namentlich in Bayern, in Königsberg, Frankfurt a. M. In Wiesbaden, wo die Stundenlöhne der Stukatureur bei gleichzeitiger Erhebung der Arbeitszeit auf neun Stunden auf 80 % erhöht wurden, in Chemnitz und Schleiden Städten, wie Breslau und Bielefeld, wo die streikenden Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben, waren genügend Arbeitskräfte vorhanden. In Braunschweig herrscht im gesamten Baugewerbe seit dem 12. Juli ein Streik. Aus Köln und Berlin wird ein Ueberangebot an Arbeitskräften gemeldet.

Von den mit dem Baugewerbe in Zusammenhang stehenden Industrien wird aus der Ziegeleiindustrie eine gegenüber dem Vorjahr günstige Beschäftigung gemeldet. Geeignete Arbeitskräfte waren trotz eingetretener Lohnerhöhung nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Die Holzindustrie war normal, während der Ernte etwas schwächer, beschäftigt, jedoch von der Offiziellen abgesehen, weniger lebhaft als im Vorjahr. In verschiedenen Berufen fehlten Arbeitskräfte.

In der Zementfabrikation war die Beschäftigung gut; infolge Arbeitermangels, der auch hier durch Abströmen von Arbeitskräften zur Ernte veranlaßt wurde, wurde teilweise Ueberarbeit erforderlich.

In der Chemateindustrie war die Beschäftigung gut, so daß teilweise Arbeiter mangelten.

## Jahresbericht

über die Tätigkeit des Stadtbauamts III in Würzburg in Bezug auf den Arbeiterschutz

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1905.

Der Vollzug des Bauarbeiterschutzes gelangte auch im Berichtsjahre zu weiterer Entwicklung und Ausdehnung, insbesondere durch die Erlassung neuer oberpolizeilicher Vorschriften zum Schutze der bei Neubauten beschäftigten Personen vom 4. September 1905. Zugleich wurde, dem mit der Durchführung und der Kontrolle des Bauarbeiterschutzes beauftragten Stadtbauamt III die Ueberwachung der Steinhauereien, der Steinbruchbetriebe und verschiedener Staatsbauten in Bezug auf Einhaltung der einschlägigen Vorschriften neu übergeben.

In der Stellung und Tätigkeit des Aufsehers aus dem Arbeiterstande ist eine bemerkenswerte Veränderung nicht zu verzeichnen.

Im Jahre 1905 waren zusammen 415 Baustellen im Betriebe; außerdem 10 Steinhauereien und 18 Steinbrüche. Diese sämtlichen Baustellen und Arbeitsplätze wurden vorschriftsmäßig kontrolliert und die hierbei vorgefundenen Mängel meistens durch mündliche Anordnungen und Warnungen abgestellt. In einigen schwierigeren Fällen war das Eingreifen des Stadtmagistrates erforderlich.

Der Bauaufsicht aus dem Arbeiterstande hat im Berichtsjahre mit den Baukontrolle ausführenden Beamten des Stadtbauamts III und in besonderen Fällen gemeinschaftlich mit denselben 2784 Kontrollen vorgenommen. Außerordentliche Besichtigungen erfolgten noch an 12 Tagen zusammen mit dem Aufsehersbeamten der bayerischen Baugewerkschaftsgenossenschaft. Bei diesen Kontrollen wurden 776 Beanstandungen festgestellt. Diese betrafen: In 190 Fällen Verstoß gegen § 167 Abs. 1 ungenügende Abdeckung der Gebäude, in 71 Fällen unzureichende Schutzvorrichtungen bei Dacharbeiten, in 92 Fällen Transport von Lasten durch Arbeiter und Arbeiterinnen auf Eisgleitern, in 7 Fällen sicherheitsgefährliche Ausschachtung von Baugruben, in 17 Fällen Fehler der Treppengeländer, in 6 Fällen schädliche Kalkfeuerungen, in 61 Fällen Mangel bzw. nicht entsprechende Anlage von Bedürfnisanstalten und Unterflurkammern, in 14 Fällen Fehlen von Verbandmaterial, in 17 Fällen schädliche Zugluft, in 48 Fällen das Fehlen von Aus-



hängelasteln und Unfallverhütungsvorschriften, in 16 Fällen Verurteilungen von Neubauten, in 55 Fällen Mauerwerk über die Hand nach außen, in 16 Fällen schadhafte Seitengänge, in 14 Fällen unvorhergesehenes Umfallen von Gerüsten.

Die Vergebung dieser Beanstandungen erfolgte in den meisten Fällen durch direkte mündliche Aufforderung und Anordnungen, in 18 Fällen waren jedoch magistralische Auflagen veranlaßt.

Zur Kenntnis kamen vier Baumunfälle; davon hatten zwei den Tod des Verunglückten zur Folge. Die in allen Fällen eingeleiteten Untersuchungen haben nur bei einem Unfall ein Verschulden Dritter ergeben, so daß Verurteilung erfolgte.

Wie aus vorstehendem ersieht werden kann, beansprucht die Handhabung der Vorschriften des Bauarbeitergesetzes eine umfassende Tätigkeit, insbesondere des Bauaufsichters aus dem Arbeiterstande, doch zeigt sich der Erfolg in der geringen Anzahl verschuldeter Unfälle.

Zugleich ist anzuerkennen, daß solche Firmen, Bauleiter und einschüßliche Arbeiter selbst auf Einhaltung der Vorschriften, Anordnungen und entsprechenden Vorkehrungen der Kontrollorgane Bedacht nehmen und den Anordnungen derselben mäßig Folge leisten.

Anberücksichtigt die Abstellung des Ueberdiehandmauerens, des Transports von Baumaterialien auf Steigeleiten, des gefährlichen Tragens größerer Werkstücke durch mehrere Arbeiter, des ungeschützten Arbeitens auf Dächern und Längergestirnen noch manche Schwierigkeiten.

Im allgemeinen ist jedoch gegen früher eine weitere Besserung der Verhältnisse zu erkennen, und es steht zu erwarten, daß sich die fernere Tätigkeit auf dem Gebiete des Bauarbeitergesetzes auch weiter erfolgreich gestaltet.

### Bauarbeiterverhältnisse in Preussen.

Die preussischen Fabrikinspektoren konstatieren in ihren Jahresberichten für 1905, in Uebereinstimmung mit den bekannten Tatsachen, daß die allgemeine Wirtschaftslage, so auch der Geschäftsgang im Baugewerbe günstig war. Der Königsberger Fabrikinspektor berichtet, daß in den Städten des Bezirkes und eine rege Bautätigkeit herrschte, die Arbeiter befriedigenden Verdienst ergab und danach ihre Lebenslage aufgebessert haben. Nicht so steht es in den Bezirken Allenstein und Braunsberg. Hier ist es namentlich die Preissteigerung der Lebensmittel im allgemeinen und die Fleischsteuerung im besonderen gewesen, durch die ein gegen die Vorjahre etwas höherer Verdienst an Lohn völlig wett gemacht wurde. Im Bezirk Königsberg ist die Fleischsteuerung ebenfalls sehr empfinden. Auf Veranlassung der teuren Fleischpreise hat man in einzelnen Bezirken den Lohnsatz um etwa 10 pSt. erhöht. In einigen Orten ist der Verdienst gemacht, durch Bezug von Geflügel der Fleischsteuerung einmengen entgegenzutreten.

Den Arbeiterverbandsvorschriften und der Gewerbeinspektion waren unterteilt:

	1905	1904
Betriebe .....	2542	2445
Arbeiter .....	61469	61396
Männliche .....	61245	61164
Weibliche .....	227	232
Erwerbslose .....	57663	57664
Jugendliche .....	3798	3520
Kinder .....	8	12

Gegenüber 1904 ist die Zahl der Betriebe und der Arbeiter um etwas gewachsen; die der letzteren um 97, der anderen aber nur um 73. Es sollte aber kein einziger baugewerblicher Betrieb beginn, keine einzige Baustelle mehr ohne Unfallverhütungsvorrichtungen und ohne amtliche Aufsicht sein. Heute wird aber nur der kleinste Teil der Bauarbeiter des gesetzlichen Schutzes teilhaftig.

Wie überaus und dringend notwendig der allgemeine Bauarbeiterchutz ist, beweist jeder Jahresbericht der Baugewerkschaftsvereinigungen und jedes Fabrikinspektors. Auch die vorliegenden Berichte enthalten darüber zahlreiche statistische Angaben und Mitteilungen, leider aber keine zusammenfassende statistische Uebersicht. An bemerkenswerten Einzelheiten ist zunächst dem Königsberger Bericht zu entnehmen, daß bei Ausführung eines Fabrikumbaus einige noch nicht 14 Jahre alte Anaben eingestellt worden waren, um Giebelsteine von einer zu beseitigenden Mauer zu entfernen und zur Wiederverwendung zu reinigen. Einer dieser Anaben fiel nun vom Gerüst und beschädigte sich erheblich. Der Fabrikant wurde vom Schöffengericht zu 10 Mark Geldstrafe auf Grund des Kinderschutzgesetzes verurteilt. Ueber die Unfallversicherung durch den Fabrikanten oder durch die Unfallversicherung wird nicht berichtet. Im Gumbinner Bezirk entfielen von 9 tödlichen Unfällen 2 auf Arbeiter bei Hochbauten und 1 auf Erdbauten. Nach dem Berliner Berichte kamen von den 56 tödlichen Unfällen allein 45 (1904: 38) auf die baugewerbliche Baugewerkschaftsvereinigungen, ferner 113 (1902) von den schweren Verletzungen. Wie ungeheuer groß die Unfallgefahr und die Unfallhäufigkeit im Baugewerbe ist, läßt die Feststellung erkennen, daß auf 100 000 Fabrikarbeiter 11,8 Tote und 110,5 Schwerverletzte, auf 100 000 Bauarbeiter aber 45 Tote und 113 Schwerverletzte kommen. Im Westfälischen stellen sich diese Zahlen für das Baugewerbe noch ungünstiger; denn die Statistik I umfaßt außer dem Landespolizeibezirk Berlin noch mehrere Bezirke, aus denen Unfallangelegenheiten hier nicht eingehen. Im Bezirk Posen, wo namentlich in der Stadt Posen eine rege Bautätigkeit herrscht, wurden 504 Unglücksfälle auf Bauten gemeldet, wovon allein 388 auf die Stadt Posen entfielen. Im Bromberger Bezirk wird zutreffend ausgeführt, daß viele Unfälle im Bau- und Zimmergewerbe sowie in anderen Industrien namentlich beim Transport schwerer Gegenstände sehr vermeiden liegen, wenn die Betriebsunternehmer dafür sorgen wollten, daß beim Transport von kräftigen Hilfsmännern auf Verweisung steht; auch ein sachverständiger Meister mit richtigem Kommando ist für die Unfallgefahr von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Im Regnierer Bezirk wird als Grund für die behauerliche Vermehrung der Unfälle einerseits die erhöhte Tätigkeit im Baugewerbe, bei dessen Berufsvereinigungen die Zahl der Unfälle besonders hoch war, z. B. in der Gewerbeinspektion Girsberg i. Schl., um 28 pSt. höher

als im Vorjahre, andererseits die Zunahme der Zahl der Arbeiter, wobei insbesondere auch viele ungelernete Arbeiter eingestellt worden sind, die der Unfallgefahr leicht erliegen, angegeben. Verschiedene tödliche Unfälle, die durch Zusammenstürzen von Erdbänken herbeigeführt wurden, führten zu empfindlichen Gefängnisstrafen der verantwortlichen Betriebsleiter; in einem Falle von zwei Monaten. Gar so empfindlich ist diese strafbare, meistens aus Profitstreichende Vernichtung von Menschenleben nicht bestraft, um so weniger, als mit solchen und viel empfindlicheren Strafen tausende Arbeiter schon wegen der nichtigen Kleinigkeiten verurteilt wurden, von denen niemand weder materiellen noch körperlichen Schaden hatte. Im Bezirk Münster kamen 1654 Unfälle, wovon 24 tödlichen Unfälle hatten, vor, und davon entfielen 431 (1888) bezw. 7 (15) auf das Baugewerbe. Der Wiesbadener Bericht bezeichnet 1564 Unfälle, 49 schwere und 15 Unfälle mit tödlichem Ausgang gegen 1253, 49 und 4 in 1904, der Rönner Bericht 1176 (1904: 1278), so daß hier ein Rückgang eingetreten ist. Im Bezirk Trier kamen im Baugewerbe 220 Unfälle vor, wovon 240 leichte, 70 schwere und 10 tödliche; im Tiefbau 186, wovon 144 leichte, 87 schwere und 5 tödliche. 6 Bauarbeiter verunglückten im Aachen Bezirk durch Abwurf tödlich. 21 Unfälle beruhten auf dem Sigmaringer Aufsichtsbereich. Aus dem Bezirk Trier wird von 104 Transportunfällen im Baugewerbe berichtet, wovon 5 schwer und 99 leicht waren. Mit 3,2 Unfällen auf je 100 Arbeiter steht das Baugewerbe an der Spitze; daran schließen sich in verhältnismäßig weitem Abstande die Güttenarbeiter mit 1,92, und den Schluß macht die Textilindustrie mit 0,1. Dem Gildesheimer Bericht entnehmen wir: Beim Transport von Gegenständen ereigneten sich 51 schwere und 424 leichtere Unfälle. Das sind 21,2 pSt. der gemeldeten 2337. An diesen sind die Eisen- und Stahlindustrie, die Industrie der Steine und Erden, das Baugewerbe und die Holzindustrie am stärksten beteiligt. In diesen Fällen handelte es sich um Unfälle, welche Unvorsichtigkeit und Unwissenheit gegen Betriebsvorschriften aufzuführen waren, und nur durch Unterweisung und strengere Aufsicht Besserung zu erzielen war. Wo die Unfälle auf schlechte Wege und Treppen, ungenügende Transportmittel und Verwendung ungeeigneter Arbeitskräfte, namentlich von Arbeiterinnen und Jugendlichen, zurückzuführen waren, wurden entsprechende Bemerkungen veranlaßt. Die Folgen der Unfälle beim Transport waren im allgemeinen nicht leicht. Neben sehr Todesfällen kamen vorwiegend Verletzungen, Quetschungen, Knochenbrüche und innere Verletzungen vor.

Schlachtenbulletins — Bulletins vom Schlachtfeld der gewerblich-industriellen Arbeit kann man diese Angaben und Mitteilungen nennen, die jedermann die dringende Notwendigkeit genügender und zweckmäßiger Unfallverhütungen wie auch der allgemeinen Baukontrolle lehren. Wann aber werden wir endlich zu einem befriedigenden Bauarbeiterchutz kommen? Im Kölner Bezirk mußten z. B. 132 Anordnungen zur Anbringung von Schutzvorrichtungen, im ganzen 2643, getroffen werden.

Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen der Maurer werden in den meisten Bezirken erwähnt, so die Streiks in Osterode (Bezirk Königsberg), Tilsit (zu auch eine Ausperrung stattfand), Langenbielau, Pöppel, Danzig, drei Streiks im Bezirk Marienwerder in Posen, im Oppelner Bezirk, in Kiel, im Pinner Bezirk, im Münsterer Bezirk; ferner die Ausperrungen im Schleswiger Bezirk, im Münsterer Bezirk, in Dortmund und ganz Rheinland-Westfalen. Alle diese Kämpfe haben mit mehr oder weniger befriedigenden Erfolgen für die Arbeiter geendet. Der Königsberger Fabrikinspektor bemerkt zu den Kämpfen der Maurer und Zimmerer in Osterode: „Bemerkenswert ist an diesem Zustande, daß er durch eine nicht in Osterode bestehende Organisation veranlaßt wurde.“ Dunkel ist der Rede Sinn. Was für eine „fremde“ Organisation es wohl war? Recht interessant ist die Mitteilung im Kölner Bericht, daß ein größerer Tiefbauunternehmer für die einheimischen Arbeiter die neun-einhalb, für die Italiener aber die elfstündige Arbeitszeit hatte. Letztere forderten dann aber ebenfalls die neun-einhalbstündige, und durch einen Streik erreichten sie auch das gestellte Ziel. Ob da der Unternehmer die berechtigten „Teile und Gerichte“ politisch praktizieren wollte? Auf jeden Fall bedarf es je länger je mehr; denn die Gleichberechtigung anstrebbende Organisation befindet sich.

Auf verschiedene, allgemein interessante Einzelheiten der Berichte der preussischen Fabrikinspektoren werden wir gelegentlich zurückkommen.

### Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

\* Die Zementarbeiter des Gewerbebezirks. In diesem Jahre sind es gerade hundert Jahre her, seit das erste Gewerbegericht geschaffen wurde. Wandering wird sich über das hohe Alter dieser Institution, mehr wohl aber noch über seine Begründer wundern, es ist nämlich kein anderer als Napoleon I. Das erste Gesetz, das nach unter Napoleon selbst mehrere Änderungen erfuhr, wurde von den gesetzgebenden Körperschaften am 18. März 1806 beschlossen und am 28. März desselben Jahres von Napoleon unterzeichnet. Es war allerdings weder ein Gesetz, das sich auf alle Gewerbe und über ganz Frankreich erstreckte, noch war es gegeben worden, um den Arbeitern eine schnelle und geschäftliche Justiz zu sichern. Der Zweck des Gesetzes, das zunächst für die holländische Textilindustrie bestimmt blieb, war einfach der, die Arbeiter und Zwischenmeister der Ausbeutung schrankenlos preiszugeben. Das Gesetz war im Besonderen dazu bestimmt, den Arbeitern und Zwischenmeistern die Ausübung der günstigen Konjunktur unmöglich zu machen. Das Gesetz trug folgenden Titel: „Gesetz, enthaltend die Errichtung eines Sachverständigenrates (Conseil de Prud'hommes); der Name ist auch bis heute noch für die Gewerbebezirke beibehalten worden, in Lyon.“ Im Artikel 1 heißt es: „Es wird in Lyon ein Gewerbegericht errichtet, bestehend aus neun Mitgliedern, wovon fünf Händler-Fabrikanten und vier Werkstubeinhaber.“ Damit ist allein schon der Zweck des Gesetzes ausgedrückt. Die Händler-Fabrikanten — die Besitzer der Kapitalien fabrizierten nicht in eigener Regie, sondern beschäftigten

Zwischenmeister, „Werkstubeinhaber“, die ihrerseits die Arbeiter beschäftigten — hatten für sich allein die Mehrheit, während die Arbeiter überhaupt nicht vertreten waren. Das Gewerbegericht hatte die Befugnis ohne Berufungsrecht über eine Summe von 60 Franken — etwa das monatliche Einkommen eines Arbeiters — zu urteilen. Die Kompetenz des Gewerbebezirks ging jedoch noch weiter. Es war auch berechtigt, Hausdurchsuchungen vorzunehmen, um die Veruntreuungen der Zwischenmeister an Arbeitsmaterial festzustellen. Ferner war das Gewerbegericht eine Art Patentamt, wieder nur im Interesse der Kapitalisten. Jeder Fabrikant konnte sich den Musterstich einer Zeichnung sichern durch Zahlung von 1 Franc jährlich, d. h., daß die betreffenden Zwischenmeister ihre selbst entworfenen Muster nicht „verschleppen“ durften. Die dritte Befugnis des Gewerbebezirks bestand darin, daß es an die Zwischenmeister Arbeitsbücher ausstellte, worin der Fabrikant, wenn der Zwischenmeister aufträte, für ihn zu liefern, eintrug, ob und wieviel Vorlohn ihm der betreffende noch schulde. Der Fabrikant, für den der Zwischenmeister zu arbeiten begann, mußte ihm die Schuld vom Lohne abziehen. Da nun die Zwischenmeister alle Schulden hatten, weil die Fabrikanten ihnen gewöhnlich die Werkstube einrichteten, begreift es sich, daß sie vollständig der Willkür und der Ausbeutung der Kapitalisten preisgegeben waren. Das Gesetz wurde im Jahre 1809 — gegeben am 11. Juni 1809 im Hauptquartier zu Schönbrunn — mit verschiedenen Änderungen, u. a. waren auch die Arbeiter als Richter zugelassen, auf ganz Frankreich ausgedehnt. Seitdem ist das Gesetz in Frankreich selbst vielfach und wesentlich geändert worden. Von Frankreich verbreitete sich das Gewerbegericht nach Belgien und der Schweiz. So kam es auch nach Deutschland, wo es zunächst in den unter französischen Oberhoheit stehenden rheinischen Provinzialstädten einbürgerte und nach 1815 von Preußen beibehalten wurde.

### Polizei und Gerichte.

\* Nachweisen vom Zwickauer Maurerstreik. Wegen Uebertretung des § 153 der Gewerbeordnung hatte sich der Maurer Buschner am 29. August vor dem Schöffengericht Zwickau zu verantworten. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, am 24. Juli d. J. den Maurer Wilmann in der Wilhelmstraße beleidigt zu haben. U., welcher während des Maurerstreiks einige Wochen auswärts gearbeitet hatte, war noch vor Beendigung desselben wieder nach Zwickau gekommen und hatte beim Baumeister Fischer Arbeit genommen. U. soll in der Absicht, den U. zum Wiedererlangen der Arbeit anzuhaken, zu demselben am genannten Tage auf der Wilhelmstraße gesagt haben: „Du junger Mensch, schämst Du Dich nicht, jetzt fast Du eine Zeitlang auswärts gearbeitet, nun kommst Du wieder her und arbeitest hier.“ Darauf habe U. geantwortet: „Arbeite nur, Du Faulenzer.“ Empört über diese letzte Bemerkung, will U. ausgegippen und „Pui“ gerufen haben. U. bestritt jedoch, daß er die letzten Bemerkung gemacht habe. U. habe vielmehr direkt im Anschluß an die Vorhaltungen ausgegippen und „Pui“ gerufen. Obwohl der Zeuge Reinhold die Angaben Buschners bestätigte, wurde dennoch den Angaben Wilmanns Glauben geschenkt und der Angeklagte wegen öffentlicher Beleidigung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden dem Angeklagten die Kosten auferlegt und dem U. die Berechtigung ausgeprochen, das Urteil am Gerichtsprotokoll öffentlich anschlagen zu lassen.

14 Tage wegen eines Wortes und einer Handlung, die in gewöhnlichen Verhältnissen gar nicht beachtet werden. Sie sind aber von einem Streikenden gegenüber einem Arbeitswilligen angewandt worden, und in diesem Falle mußten sie schwer gezogen werden. Denn wir stehen ja im Zeichen des außerordentlichen Arbeitswilligen. Weiter soll der Maurer Schloßbrauer den Arbeitswilligen Simeel durch Schimpfworte beleidigt haben. Die zwei vernommenen Zeugen, ebenfalls Arbeitswillige, wollten wohl die in der Anklage angegebenen Schimpfworte „Lump“ und „Streikbrecher“ gehört haben, aber von der Behauptung, daß der Angeklagte an die Nase gegriffen und dabei eine beschwerliche Verletzung gebraucht haben soll, nichts wissen. Der Maurerlehrling Dünneberg gibt an, daß Schloßbrauer betrunken gewesen sei. Auch dieser hat nur die oben angegebenen Schimpfworte gehört und weiter nichts. Der Verteidiger machte geltend, daß der ganze Vorgang sich in einer Schnapsstube abgespielt habe und deshalb milder zu beurteilen sei. Statt der vom Verteidiger beantragten geringen Geldstrafe kam das Gericht aber zu der Verurteilung von einer Woche Gefängnis.

Die dritte Sache betraf den Maurer Sili. Er soll den Maurer Wilmert „Streikbrecher“ genannt und mit Ohnfeigen traktiert haben. Der Zeuge Wilmert gibt den Tatsachen folgendermaßen an: Sili habe zu ihm auf der Vogelweide gesagt: „Was, Du machst auch solche Arbeiten?“ Gleich darauf habe Sili ihm eine Ohrfeige verabreicht, die ihm nicht viel Schmerzen bereitet habe. Streikbrecher sei er aber nicht genannt worden. Eine zweite Ohrfeige habe er vom Angeklagten im „Meldeort“ nach einer Maurerversammlung erhalten, worauf ihm das Ohr blutete. Nachteil verlor er von der zweiten Ohrfeige sehr nicht mehr, er höre wieder ziemlich gut. Der Angeklagte wendet bezüglich der zweiten Ohrfeige ein, er sei von Wilmert geschuppt und sonach zur Austeilung derselben gereizt worden. Diesen Einwand des Angeklagten bestritt aber der Zeuge. Die Verabreichung der Ohrfeigen wird durch Zeugen bestätigt, auch der Angeklagte gibt dies zu. Von einem Zeugen wird aber eingewendet, daß Sili und Wilmert schon früher immer miteinander Händel gehabt hätten und sonach diese Angelegenheit sich nicht auf den Streik beziehen könne. Auch wird durch drei Zeugen bestätigt, daß Wilmert schon vor dem streik gehört und er dies auch erzählt habe. Sachverständiger Augen- und Ohrenarzt Esel setzt in seinem Gutachten aus, daß er Wilmert in Behandlung gehabt und eine Zerreißung des Trommelfells vorgefunden habe. Der entstandene Schaden sei aber ziemlich wieder geheilt und weitere Nachteile seien nicht zu befürchten. Weiter stellt er fest, daß Wilmert schon früher einmal Ohrenleiden gewesen sein könne und ein krankes Ohr würde durch einen Schlag viel leichter gereizt als ein gesundes. Das Urteil lautet in diesem Fall auf 8 Monate



1 Woche Gefängnis wegen Körperverletzung, und wegen Vergehens gegen § 163 der G.-O. auf Freisprechung. Der Gefangene hatte zwar den Antrag auf Befreiung wegen Körperverletzung zurückgezogen, der Staatsanwalt hielt ihn aber aufrecht.

### Verschiedenes.

**\* Die Kirche hat einen guten Magen! \*** Wenn diese Lasten auch auf drastisch bei den angesammelten Millionen der „toten Hand“ zu Tage tritt, so versteht sie jedoch auch im kleinen recht gut zu Geld zu kommen. Eine treffliche Illustration hierzu liefert nachstehende „Kostenrechnung“ oder Aufstellung der Trauungsgebühren, die in der gesamten Aufstellung und spezifizierten Aufzählung der einzelnen Leistungen unwillkürlich an eine Abolatenrechnung erinnert. Die ordnungsliebende und geschäftlich recht gewissenhafte Pfarrei, dem diese Aufstellung entstammt, ist die Stadtpfarrei St. Moritz in Augsburg.

Das denkwürdige Dokument sieht wie folgt aus:

#### Trauungs-Gebühren.

....Klasse	
für	
Barzamt	M. 3,—
Heilige Messe	—
Trauung	—80
Opfer dem Hochm. S. Pfarre	—80
St. Johanneswein	—50
Auftraggebühren	2,15
Verfanden	3,—
2 Dispensschreiben	2,40
Dispens	2,—
Schreiben nach	—
8 Stillschicken	1,35
Altaraufmachern	2,—
Wächter	2,—
Kirchenbienen	1,—
Ministranten	—50
Beleg	—06
Summa	M. 21,55

Besonders auffällig ist der letzte Posten von 5 A für den Beleg, also für die Rechnung selbst. Dieser Posten war in dem gedruckten Formular gar nicht vorgesehen. Der die Rechnung ausstellende Beamte hatte offenbar einmal auf einer Rechtsanwaltsaufstellung das ominöse „für dieses“ so und so viel Pfennig gesehen und hatte es nunmehr auch in seinen Beträgen praktisch angewendet. Der mit der Kostenrechnung Beglückte, ein Arbeiter mit laum 4 3 Tagelohn, hat in nicht gerade schmeichelhaften Ausdrücken berichtet, der Trauungsbett habe nur 3 bis 5 Minuten gedauert; noch vor Verlassen der Kirche sei ihm diese hochwürdige Kostenrechnung eingehändigt worden. Ordnung ehrt jedes Geschäft, warum sollte sich denn die Kirche der Ordnung schämen?

### Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 49 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Flagge und Wapp. — Partei und Gewerkschaft. Von Karl Kautsky. (Schluß). — Wahlrechtsbewegung und Massenstreik. Von Friedrich Stampfer. — Zur Frage der Landarbeiterorganisation. Von Otto Braun. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1905. Von Wilhelm Janßen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal. Das Heft kostet 25 A.

„Kommunale Praxis“, Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt, herausgegeben von Dr. A. Südekum, Verlag von Paul Singer.

Ein Führer durch die Militär-Pensionsgesetze ist fassen von der Buchhandlung Bornäcks in Berlin herausgegeben. Der vorliegende Führer bringt eine kurze Schilderung des Offizier-Pensionsgesetzes und eine ausführliche Erläuterung des Gesetzes über die Verlegung der Pensionen der Unteroffiziere. Allen Interessenten sei der hochkundig zusammengestellte Führer bestens empfohlen. Der Preis beträgt 50 A. Über die früher im gleichen Verlage erschienenen Gesetzbücher gibt das Schriftenverzeichnis der Buchhandlung Bornäcks Auskunft, das auf Bestellung gratis und franko zugesandt wird.

„In Freien Stunden“, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Von dieser Wochenschrift, die in Heften zu je 10 A erscheint, ist das 85. Heft erschienen. Dasselbe bringt unter anderem die Fortsetzung des Romans „Der Defektor“ von H. Buchanan, ferner „Die letzte Nacht“, „Dies und Jenes“, „Witz und Scherz“. Allen Familien, Arbeitern und Arbeiterinnen sei diese bequeme und dabei billige Romanbibliothek wärmstens empfohlen.

Der „Wahre Jacob“ hat fassen die 18. Nummer seines 28. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Aus dem Dreifaltigkeitssaal“ und „Die Zerkürstigte“. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 A.

„Süddeutscher Postillon“, Nr. 18. Das Titelblatt: Wo, wo, wenn einer hier pfeift (der Postillon meldet), verdiente, an die Eingangstür unseres Kolonialamtes angeklopft zu werden. Deutsch, framm preußisch-deutsch ist das Farbenbild: Bekehrung. — Das Schlupfbild sind bble Pata morgana für Auslands Wäterschen. Eine Reihe kleiner Bilder ziern den Text. Diese Nr. 18 des Süddeutschen Postillon empfehlen wir gern den Lesern.

### Briefkasten.

Proffizella, J. A. Der Fahrradhändler mußte erst Ihre Zustimmung zu dem Rechtsgeschäft, das er mit Ihrem Sohn abschließen wollte, einholen, da er ihm das Fahrrad verkauft. Da er dieses nicht getan hat, ist das Rechtsgeschäft unwirksam (§ 111 des Bürgerlichen Gesetzbuches). Dies hat

zur Folge, daß der Kaufvertrag über das Fahrrad nichtig ist und Sie zur Zahlung der Kaufsumme nicht angehalten werden können.

**Greifstadt.** Versammlungsanzeige kam um einen halben Tag zu spät.

**Braunshweig, St. O.** Gebuld, Gebuld lieber Freund! Von derauten kann doch wohl nicht gut die Rede sein. Gütlich, G. O. Aufschuß zur Krankenunterstützung zahlt die Invaliditätsversicherung nicht. Erst nach 28 wöchiger Krankheit, wenn die Krankenunterstützung aufhört, können Sie, wenn die Krankheit noch fortdauert, Invalidenrente erhalten.

**Lachendorf, W.** Aus Ihrer Mitteilung geht nicht mit Bestimmtheit hervor, ob die Kollegen bei demselben Unternehmer nur auf einem anderen Bau arbeiten, oder ob sie bei A. vollständig aufgehört haben und bei einem anderen Unternehmer in Arbeit getreten sind. Die Notiz ist darum zurückgestellt.

### Anzeigen.

#### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beilebe steht 15 A.)

**Boitzenburg.** Am 24. August starb nach langem Leiden unser langjähriges Ehrenmitglied **Franz Brockmüller** im Alter von 72 Jahren an Magenkrebs.

**Bromberg.** Am 27. August starb unser Kollege **Paul Pawlak** im Alter von 48 Jahren an Lungenentzündung.

**Essen a. d. Ruhr.** Am 29. August verunglückte der Kollege **Wilhelm Stüb** davor, daß der Tod kurz nachher eintrat. Der Verlorbene stand im 29. Lebensjahre. Wir verlieren an ihm ein eifriges Mitglied.

**Gary a. d. O.** Am 28. August starb unser Mitglied **Hermann Heister**, 58 Jahre alt, an Lungenleiden.

**Graudenz.** Am 27. August starb der Kollege **Adolf Art** im Alter von 47 Jahren an Schwindel.

**Großenhain.** Donnerstag, den 30. August, starb unser Kollege **Ang. Wilhelm** aus Naundorf an Herzschlag, 61 Jahre alt.

**Karlruhe-Wüßbach.** Am 26. August starb unser treuer Verbandskollege **Wilhelm Ziegler** an der Wassersucht im Alter von 35 Jahren.

**Kiel.** Am 29. August starb unser Kollege **Gottlieb Krieger** im Alter von 26 Jahren an Magenkrebs.

**Magdeburg.** Am 26. August starb unser Verbandskollege **Wilh. Berlet** im Alter von 56 Jahren.

**Regensburg.** Am 28. August starb unser treuer Kollege **Michael Leichter** im Alter von 35 Jahren an Lungenentzündung.

**Reichkirchen.** Am 30. August starb unser Verbandskollege **Johannes Zimmer** im Alter von 47 Jahren an Lungenentzündung.

**St. Johann.** Am 30. August starb unser Kollege **Friedrich Bueh** im Alter von 45 Jahren an Blinddarmentzündung.

**Tittau.** Dienstag, den 28. August, starb an Gehirnerschütterung unser Verbandskollege **Franz Alber** aus Krombach i. Böhmen im Alter von 37 Jahren.

Gere ihrem Andenken!

### Graudenz.

Der erste Zweigvereinsvorsitzende **Th. Bleudowsky** wohnt **Postdörferstr. 15, 1. Et.** Alle Schreiben sind an ihn zu richten. [M. 1,50]

### Barmen-Elberfeld.

Das Bureau des Zweigvereins befindet sich von jetzt ab: **Unterbarren, Wiesenstr. 10, part.** [M. 1,50] Der Vorstand. J. A.: Wilh. Walser.

### Göttingen.

Der Kassierer **E. Bertram** hat seine Sprechstunden nur **Dienstag Abends von 6 bis 8 und Sonnabends von 5 bis 7 Uhr** in seiner Wohnung, **Däckerstr. 21.** [M. 1,50]

Der Kollege **Josef Fuchs**, geb. am 16. 8. 1886 zu Deutsch Kassewitz, wird ersucht, seine Adresse dem Verbandsbureau in **Mannheim** einzufenden, da noch verschiedenes mit ihm zu regeln ist. Die Adresse des Verbandsbureaus ist: **Chr. Bauer, Mannheim, U. 6. 24.** [M. 1,50]

Wir ersuchen den nach Witten abgereisten Kollegen **Heinrich Malkranz**, das Verbandsbuch Nr. 338 773, welches er irrlicherweise mitgenommen hat, dem Kollegen **Wilhelm Schäfer** wieder zurückzugeben und gleichzeitig seine Adresse anzugeben. [M. 1,50] Der Vorstand der **Zahlstelle Wanne**. Fr. Polednik, Verbindungsstr. 12.

Die Adresse des Kollegen **Hermann Pfützenreuter**, geb. zu Worbis, zuletzt in Göttingen, wünscht zu wissen sein Bruder **A. Pfützenreuter**. [M. 1,20] **Caternberg b. Essen a. d. Ruhr**, Heinrichstr. 12.

### Fürstenwalde.

Sonnabend, der 15. September, Abends 8 Uhr:

#### Behtes Stiftungsfest

im „Schloßkeller“, verbunden mit Konzert, Theater, Vorträgen und Ball. Die Festrede hält **H. Silbermann**. Entrees Herren 30 Pfg. Damen 20 Pfg. Tanz 50 Pfg. Alle Kollegen laden freundlich ein. Das Komitee

### Gross-Krentz.

Sonnabend, den 29. September, Abends 7 Uhr:

#### \* Stiftungsfest \*

Sämtliche Kollegen aus der Umgegend sind freundlich eingeladen. [M. 2,40] Der Vorstand.

[M. 3]

### Iserlohn.

Sonntag, den 16. September, Nachmittags 4 Uhr:

#### Stiftungsfest

im Lokale des Herrn **Gustav Lange**, Bachstraße, bestehend in Konzert, Theater und Ball. Sämtliche Kollegen von Iserlohn und Umgegend sind mit ihren Familien freundlich eingeladen. Das Festkomitee.

### Elbing.

Sonntag, den 16. September, im Gewerkschaftshaus:

#### Siebtes Stiftungsfest

verbunden mit Konzert und Kinderbelustigungen. Abends Theater und Ball. Sämtliche Kollegen von Elbing und Neukirch-Niederung werden hierzu mit ihren Familien freundlich eingeladen. [M. 3,60] Der Vorstand.

### Bergen a. Rügen.

Sonntag, den 16. September, Nachmittags 3 Uhr:

#### Aechtes Stiftungsfest

im Saale des Herrn **Altm.** bestehend in: Preisdarstellungen für Herren und Damen sowie Kinderbelustigungen. Nachher: Ball. Alle Kollegen sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 3,90] Das Festkomitee.

### Cüstrin.

Sonnabend, den 15. September 1906:

#### Siebtes Stiftungsfest

verbunden mit Theater, Konzert und Ball. Alle Kollegen sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

### Frankfurt a. d. O.

Sonnabend, den 15. September 1906:

#### \* Stiftungsfest \*

im „Eldorado“. [M. 3] Sämtliche Kollegen von Frankfurt a. d. O. und Umgegend sind hiermit eingeladen. Der Vorstand.

### Unna i. W.

Sonntag, den 23. September, Nachmittags 5 Uhr:

#### Rekruten-Abschiedsball

im Lokale des Herrn **Jung**, Morgenstraße. bestehend in **Konzert, Theater und Ball**. Zur Aufführung gelangt: **Die Bollvorlage**. Sämtliche Kollegen von Unna und Umgegend sind freundlich eingeladen. [M. 3,90] Das Festkomitee.

### Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, den 9. September.

Dellitzsch. Nachm. 3 Uhr im „Altenhof“.

Werder. Nachm. 6 Uhr bei Koch.

Dienstag, den 11. September.

Liegnitz. Abends 6 1/2 Uhr.

Freitag, den 14. September.

Bünde. Abends 7 1/2 Uhr im Verbandslokal.

Sonnabend, den 15. September.

Göppingen. Im Lokal „Drei Könige“.

Sonntag, den 16. September.

Berlin. (Gruppe Bementier.) Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 16, Saal 1. Vortrag des Genossen **W. Wieste** über: „Rechtliche Erziehung“.

Gesellschaftliche Maurerversammlungen.

Montag, den 10. September.

Pirmasens. Abends 9 Uhr bei Herrn **Schäfer**. Referent: **Osterroth** aus St. Johann.

Zentral-Krankenkasse der Maurer-u. w.

Sonntag, den 16. September.

Berlin. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Z.-O.: 1. Wahl der Kassierers, 2. Vortrag des Berichtenden Mitgliedsbuch legitimiert. Nachm. 2 1/2 Uhr bei D. **Diemar**. Z.-O.: Antrag, betreffend Wahl eines Bevollmächtigten.

Neu-Ruppin. Wahl eines Bevollmächtigten. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt **Kner & Co.** in Hamburg.